



Kanton Basel-Landschaft

Nr. 2007 / 040

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2006 des Regierungsrates

vom 30. Januar 2007

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 2
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 3
Teil 3: Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Seite 25
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 44
Teil 5: Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 69
Teil 6: Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	Seite 80
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 103
Teil 8: Antrag	Seite 107
Anhang 1 Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 108
Anhang 2 Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 134

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2006. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2006 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) erfolgt. Vereinzelt sind neue Programmpunkte und / oder Massnahmen dazu gekommen. Diese sind mit dem Vermerk "neu" gekennzeichnet worden (und in der elektronischen Version zusätzlich gelb markiert).

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2006 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2006 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2006 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2005 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Nachhaltig handeln ist eine ethische Verpflichtung"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Der Kanton Basel-Landschaft ist nach wie vor ein attraktiver Wirtschaftsstandort und Wohnort. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Lebens- und Umweltqualität sind gut, und die Infrastruktur ist auf einem hohen Stand. Die internationale Rating-Agentur Standard & Poor's hat den Kanton Basel-Landschaft auch im Jahr 2005 mit der höchsten Note (AAA) eingestuft. Der Baselbieter Staatshaushalt hat in den letzten Jahren aber stets mit Defiziten von rund 50 Millionen Franken abgeschlossen. Dadurch hat sich das Eigenkapital stark reduziert. Die Analyse der Fehlbeträge hat ergeben, dass der Staatshaushalt des Kantons Basel-Landschaft zunehmend strukturell überlastet ist. Der strukturelle Fehlbetrag ist im Wesentlichen auf kurzfristig unbeeinflussbare Mehrbelastungen zurückzuführen, die über Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Verkehr zustande gekommen sind. Zur Überlastung trägt auch der hohe Anteil der Ausgaben des Kantons bei, die gesetzlich gebunden sind und deswegen kurzfristig nicht gesenkt werden können.

Die Schieflage des Finanzhaushaltes wird sich mit einem wirtschaftlichen Aufschwung nicht grundlegend verbessern. Und auch die einmalige Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven an den Bund und die Kantone wird an der Ausgangslage nicht viel ändern. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich bedrohlich öffnen, wenn wir jetzt nicht handeln. Wie eine private Person kann auch die öffentliche Hand auf die Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Zum Handeln zwingt uns nicht nur die Kantonsverfassung (§ 129 Absatz 1), sondern vor allem auch die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Eine nachhaltige Finanzpolitik, wie sie der Baselbieter Regierungsrat verfolgt, verbietet es, den nachfolgenden Generationen einen unüberwindbaren Schuldenberg zu überlassen.

An der Sanierung der Kantonsfinanzen gibt es also kein Vorbeikommen. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Ein Eingreifen erst zu einem späteren Zeitpunkt wäre für alle Beteiligten viel härter und schmerzhafter. Die deshalb von der Regierung eingeleitete Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) packt das Problem sinnvoll an. Sie ist ein erster wichtiger Schritt. In der gesamten kantonalen Verwaltung sind die Aufgaben überprüft und die Ausgaben und die Einnahmen analysiert worden. Die Regierung hat ein ausgewogenes und systematisch erarbeitetes Paket von Entlastungsmassnahmen im Umfang von rund 135 Millionen Franken geschnürt. Es berücksichtigt neben Priorisierungen auch eine gewisse Opfersymmetrie. Der Landrat hat den ihm unterbreiteten Massnahmen im Juni 2005 grösstenteils zugestimmt.

Die Regierung will mit den Entlastungsmassnahmen in erster Linie den Staatshaushalt nachhaltig ausgleichen und den politischen Handlungsspielraum zurückgewinnen für wichtige neue Aufgaben und Projekte wie zum Beispiel die Universität Basel. Die Regierung hat im Regierungsprogramm 2004 - 2007 dargelegt, wo sie die Schwerpunkte ihrer zukünftigen Politik setzen will, nämlich bei der Bildung, der Gesundheit und den Finanzen. Parallel zur GAP prüft die Regierung zudem die Einführung einer kantonalen Defizitbremse, welche die Aufwandsdynamik innerhalb klar definierter Grenzen an die Ertragsentwicklung koppelt. Danach darf der Negativsaldo der Laufenden Rechnung im Budget nicht über 3 Prozent der erwarteten Steuereinnahmen liegen. Diese Defizitbremse unterstützt das Ziel, den Haushalt nachhaltig auszugleichen.

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Der Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft soll in der laufenden Legislaturperiode ins Gleichgewicht gebracht werden. Ziel ist es, den Finanzhaushalt bis zum Jahr 2007 um rund 200 Millionen Franken zu entlasten. Dieses Ziel soll schrittweise realisiert werden, indem in den Budgetjahren bis zum Jahr 2007 ein stetig wachsendes Entlastungsvolumen umgesetzt wird.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 2.01.01	Einzelne Massnahme Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Die Entlastungen aus der GAP werden umgesetzt. Bei der Finanz- und Kirchendirektion wird ein Umsetzungscontrolling zu Handen des Regierungsrates etabliert. Die flankierenden Massnahmen im Personalbereich werden umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Entlastung von 49.67 Mio. total Entlastung von 33.85 Mio. FKD Belastung von 2.6 Mio.	Die im Budget 2006 enthaltenen Entlastungen aus der GAP können voraussichtlich im geplanten Umfang umgesetzt werden.
Nr. 2.01.02	Einführung einer kantonalen Defizitbremse Dem Landrat wird eine Vorlage zur Einführung einer kantonalen Defizitbremse unterbreitet. Die Inkraftsetzung ist auf das Budget 2007 vorgesehen.		Die Vorlage zur Defizitbremse (Landratsvorlage 2005 / 300) wurde im November 2005 an die Finanzkommission überwiesen. Das Parlament wird die Vorlage zur Defizitbremse im 1. Halbjahr 2007 behandeln. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. 1. 2008 vorgesehen.
Nr. 2.01.03	Befristete Aufhebung des Verkehrssteuerrabattes zur Finanzierung der H2 Die Inkraftsetzung ist per 1. Januar 2007 geplant.		Die Aufhebung des Verkehrssteuer-Rabattes wurde auf den 1. 1. 2007 in Kraft gesetzt. Mit dem Bau der H2 wurde gestartet.

Nr. 2.01.04	Umsetzung und Konkretisierung der Standards BS / BL in den einzelnen Aufgabenbereichen Die interkantonale Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz, vor allem mit dem Kanton Basel-Stadt, wird auf der Basis der Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) des Neuen Finanzausgleichs (NFA) weiter entwickelt. Die Zielsetzung besteht insbesondere darin, Transparenz bei den Kosten und der darauf basierenden Kostenabgeltungen zu erhalten. Etablierung der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel mit Integration der medizinischen Forschung und Lehre auf den 1. Januar 2007. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie den Baselbieter Gemeinden im Bereich der Kultur.		Die Standards BS / BL wurden im Vertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel umgesetzt. Über den Univertrag, mit welchem auch die Integration der medizinischen Forschung und Lehre umgesetzt wird, wird am 11. März 2007 eine Volksabstimmung durchgeführt. Das Teilprojekt zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie den Baselbieter Gemeinden im Bereich der Kultur ist noch im Gange. Die Bereiche "St. Jakob-Stadion" und "Zusammenlegung von Dienststellen" sind ebenfalls Verhandlungsgegenstand zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.
Nr. 2.02	Programmpunkt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) Strategische Zielsetzungen Zum Projekt WoV soll ein Bericht erstellt werden, welcher das weitere Vorgehen aufzeigt. Es ist Aufgabe der Verwaltung, die Aufgaben und die Prozesse laufend zu überprüfen. Im Rahmen der Vorbereitung der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) gewinnt dieser Punkt an Bedeutung.		↓Amtsbericht 2006 Das WoV-Projekt wurde mit dem Landratsbeschluss zur Vorlage 2006 / 147 beendet.
Nr. 2.02.03	Einzelne Massnahme Vorbereitung der Umsetzung der NFA Die Vorbereitungen werden weitergeführt, so dass die rechtzeitige Umsetzung (per 1. Januar 2008) gewährleistet ist und dass das Effizienzsteigerungspotenzial mittels Prozessanpassungen ausgeschöpft werden kann.		Die Landratsvorlage zur Umsetzung der NFA wird im 1. Quartal 2007 an das Parlament überwiesen.

Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen ▪ Durch den neu im Aufbau befindlichen Datenaustausch mit den Gemeinden konnte das Meldewesen - und damit auch der Arbeitsaufwand - zwischen den Gemeinden und dem Kantonalen Sozialamt erheblich vereinfacht resp. reduziert werden. Dieser Prozess ist fortzusetzen, wenn möglich auch für andere Bedürfnisse. ▪ Nachdem der Landrat im August 2004 das Dekret über die Verlängerung der Eingliederungsmassnahmen des Sozialhilfegesetzes beschlossen und damit die Geltungsdauer der §§ 16 - 19 und 34 bis zum 31. Dezember 2006 verlängert hatte, ist vor Ablauf dieser jetzt längeren und damit aussagekräftigeren Frist ein ausführlicher Bericht über die Wirksamkeit von Eingliederungen zu erstellen und eine entsprechende Landratsvorlage auszuarbeiten. ▪ Die Koordinationsgruppe "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" hat in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit Schwerpunkte inkl. Umsetzungskonzept zusammen mit weiteren fachnahen Kreisen erarbeitet und in einem Bericht festgehalten. Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit soll am 1. Januar 2006 im gesamten Kantonsgebiet eingeführt werden. ▪ Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilferecht (KKSH) wird für die beiden Bereiche "Junge Erwachsene" sowie "Lebens- und Wohngemeinschaften" mögliche Änderungen im Sozialhilfegesetz und den entsprechenden Verordnungen überprüfen und allenfalls dem Landrat beantragen. ▪ Die Ausarbeitung vielfältiger Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung für Behördenmitglieder sowie die Durchführung von periodischen und gezielten Kontrollen in den Gemeinden sind weitere Schwerpunkte für 2006. ▪ Nebst der Erarbeitung und Herausgabe der Sozialhilfestatistik 2005 wird abzuklären sein, in welcher Form das Bundesamt für Statistik aus dem Baselbiet Sozialhilfedaten erhalten kann, ohne dass in den Gemeinden ein Mehraufwand für die Aufbereitung und Bereitstellung von Daten entstehen wird. ▪ Die Ausarbeitung der Leistungsaufträge für das Jahr 2007 und die Zusammenführung sämtlicher Dienste an einem Standort werden weitere Hauptaufgaben darstellen.	↓ Amtsbericht 2006 ▪ Mit 11 Gemeinden funktioniert die Vernetzung, 8 weitere werden bis Mitte 2007 vernetzt sein. Mit diesen 19 Gemeinden können rund 80 Prozent aller Falleinheiten gemeldet werden. ▪ In 2. Lesung vom 22. Juni 2006 hat der Landrat die Vorlage 2006 / 091 beschlossen. Die Geltungsdauer wurde um sieben Jahre verlängert unter gleichzeitiger Schaffung der Möglichkeit, Lohnkostenbeiträge auch an nicht-gemeinnützige und nicht-steuerbefreite Unternehmen auszurichten. ▪ Mit RRB Nr. 1804 vom 29. November 2006 nahm der Regierungsrat vom unterbreiteten siebten Bericht der Koordinationsstelle IIZ zustimmend Kenntnis. ▪ Die Kommission hat im Berichtsjahr 13 Sitzungen einberufen und wichtige Geschäfte wie Eingliederungen, Lebens- und Wohngemeinschaften, Kranken- und Unfallversicherung, etc. vorbereitet. ▪ Sämtliche Kontrollen sind erfolgt. Zahlreiche Schulungsveranstaltungen, teilweise Grossveranstaltungen, prägten das Berichtsjahr. ▪ Im Sommer erschien die Sozialhilfestatistik 2005, wiederum in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt. Die Zusammenarbeit mit dem Bund wurde intensiviert. ▪ Die Leistungsaufträge werden Jahr für Jahr an die neuen Begebenheiten angepasst. Die Standortfrage ist offen.
-----------------	--	---

Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Nachdem der Landrat im August 2004 das Dekret über die Verlängerung der Eingliederungsmassnahmen des Sozialhilfegesetzes beschlossen und damit die Geltungsdauer der §§ 16 - 19 und 34 bis zum 31. Dezember 2006 verlängert hatte, ist vor Ablauf dieser verlängerten und aussagekräftigeren Frist ein ausführlicher Bericht über die Wirksamkeit von Eingliederungen zu erstellen. Der Bericht wird für die Jahre 2002 - 2005 erstellt werden. Planungsstand: Die bisherige Methodik als Grundlage der Wirksamkeitsprüfung wird angepasst. Eine Landratsvorlage zur Änderung des Sozialhilfegesetzes betreffend Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen, mit Wirksamkeit ab 1. Januar 2007, wird ausgearbeitet. Daten der Zielerreichung: Wirksamkeitsprüfung: 28. Februar 2006 Landratsvorlage: 30. Juni 2006.		Ziel erreicht Die Landratsvorlage wurde am 4. April 2006 und unter der Nummer 2006 / 091 durch den Regierungsrat an den Landrat überwiesen. Die landrätliche Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission befasste sich mit dieser Vorlage anlässlich ihrer Sitzung vom 31. März 2006. Die 1. Lesung im Landrat erfolgte am 8. Juni 2006, die 2. Lesung am 22. Juni 2006. Die Vorlage wurde mit 77:0 Stimmen beschlossen.
-------------	--	--	--

Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Koordinationsgruppe "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" ist eine vom Regierungsrat eingesetzte Fachkommission. In den ersten drei Jahren hat sie in ihrer Tätigkeit Schwerpunkte inkl. Umsetzungskonzept zusammen mit weiteren fachnahen Kreisen erarbeitet und in einem Bericht festgehalten. Die Vorbereitungsarbeiten und die Pilotprojekte sind abgeschlossen und die Projektbeschreibung wurde erstellt. Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit soll am 1. Januar 2006 im gesamten Kantonsgebiet eingeführt werden. Planungsstand: Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit soll am 1. Januar 2006 im gesamten Kantonsgebiet eingeführt werden. Die Zielsetzung 2006 besteht in erster Linie darin, die Erfahrungen in der Praxis auszuwerten und allfällige Anpassungen vorzunehmen. Ein Bedarf an zusätzlichen Assessment-Centern (Zuweisungszentren) besteht im Kanton nicht. Datum der Zielerreichung: 28. Februar 2006: Erste Ergebnisse aus der Praxis.		Ziel erreicht Mit RRB Nr. 1804 vom 29. November 2006 nahm der Regierungsrat vom unterbreiteten siebten Bericht der Koordinationsstelle IIZ zustimmend Kenntnis. Über folgende Themen konnte berichtet werden: - Rückblick und Entstehung; - Tätigkeiten im Jahr 2006: - Weiterführung der klassischen IIZ; - Lancierung des neuen Projektes "Jugendliche Arbeitslose"; - Das neue Projekt "MAMAC" (Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments mit Case-Management), Pilotkanton für den Bund; - Neue Projektstrukturierung, personelle Zusammensetzung und Ziele 2007: - Koordinationsstelle IIZ (Leitendes und koordinierendes Gremium); - Arbeitsgruppe IIZ-Klassisch; - Arbeitsgruppe Jugendliche Arbeitslose; - Arbeitsgruppe MAMAC. Gleichzeitig hat der Regierungsrat die Finanz- und Kirchendirektion beauftragt, per Frühling 2008 über die weiteren Entwicklungen und den Verlauf der koordinierten Zusammenarbeit zwischen den im Bericht genannten Sozialinstitutionen im Rahmen der vorgesehenen Massnahmen zu berichten.
-------------	---	--	--

Nr. 2.03.03	Datenaustausch mit externen Sozialhilfestellen der Gemeinden Innerhalb von zwei Jahren konnte das Meldewesen zwischen den Gemeinden und dem Kantonalen Sozialamt erheblich vereinfacht werden. Nach § 27 der Sozialhilfeverordnung teilen die Sozialhilfebehörden jede ergangene Unterstützungsverfügung innert zwei Wochen dem Amt mit und ergänzen sie mit Angaben über die Personalien, den Familienstand, vormundschaftliche Massnahmen, die Nationalität und den Aufenthaltsstatus sowie über allfällige familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge (Grundmeldung). Sechs Gemeinden arbeiten mit der EDV-Anwendung "KLIB", zusammen verwalten diese 33 Prozent aller Sozialhilfefälle im Kanton. Zehn Gemeinden arbeiten mit dem EDV-System "VIS", diese verwalten zusammen 41 Prozent aller Sozialhilfefälle. Insgesamt können mit den 16 Gemeinden rund drei Viertel der Meldungen auf elektronischem Weg verarbeitet werden. In einer weiteren Phase werden die Voraussetzungen dazu geschaffen, die bestehenden Angebote auf weitere Gemeinden auszudehnen und wo nötig anzupassen. Dieser Prozess ist fortzusetzen, wenn möglich auch für andere Bedürfnisse. Planungsstand: Noch im 2005 werden die einzelnen Themen in der bestehenden Arbeitsgruppe traktandiert werden. Diesem Gremium gehören - nebst je einer Vertretung der Abteilungen Datenschutz und Direktionsinformatik - zahlreiche Fachpersonen aus verschiedenen Gemeinden an. Datum der Zielerreichung: 30. September 2006.	Ziel erreicht Die Arbeitsfortschritte bei der Vernetzung mit den Gemeinden lassen sich per Ende Berichtsjahr in vier Phasen darstellen: - Phase I: Installation der Software KLIB im KSA: Im November 2002 erhielt das KSA das Klienten-informatiossystem "KLIB" sowie für seine intern geführten Klientenbuchhaltungen ein gleichnamiges Buchführungssystem. Konzipiert und installiert wurde diese Software durch die Diartis AG in Muri. In Zusammenarbeit der Direktionsinformatik und der Diartis AG wurden ab 2003 folgende Projekte umgesetzt: - Phase II: Vernetzung mit Gemeinden mit Anwendung KLIB: Die Vernetzung mit der Anwendung "KLIB" - elf Gemeinden verfügen über diese Software - funktioniert mit sechs Gemeinden optimal, bei vier weiteren Gemeinden wird dies in den ersten Monaten 2007 der Fall sein. Eine Gemeinde verzichtet auf die Möglichkeit einer Vernetzung. - Phase III: Vernetzung mit Gemeinden mit Anwendung "VIS": Die Vernetzung mit der Anwendung "VIS" mit einer Pilot-Gemeinde und vier weiteren Gemeinden läuft bestens. Insgesamt verfügen zehn Gemeinden über die Software "VIS." Im kommenden Jahr werden vier weitere Gemeinden vernetzt sein, eine Gemeinde verzichtet auf die Möglichkeit einer Vernetzung. - Phase IV: Vernetzung mit Gemeinden mit Anwendung "Tutoris": Zwei Gemeinden arbeiten zurzeit mit diesem System. Die Planungsarbeiten für die Vernetzung mit zwei Gemeinden mit der Anwendung "Tutoris" sind angelaufen. Eine erste Besprechung mit diesem Software-Lieferanten hat stattgefunden, eine entsprechende Offerte wird im Januar 2007 vorliegen, als Grundlage für das weitere Vorgehen mit den beiden Gemeinden. Wenn alle vier Phasen abgeschlossen sind, können rund 80 Prozent aller Falleinheiten in elektronischer Form gemeldet werden.
--------------------	--	--

Nr. 2.03.04	Zusammenführung aller Dienste an einem Standort Seit dem 9. April 2003 ist bei der zuständigen Stelle ein Raumbegehren für einen gemeinsamen Standort im Raume Liestal hängig. Planungsstand: Raumbegehren in der zuständigen Kommission pendent. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2006.		Ein Gesuch ist nach wie vor hängig. Im 2006 wurden zahlreiche Renovationsarbeiten in den Büroräumlichkeiten am Gestadeckplatz 8 ausgeführt.
Nr. 2.03.05	Externe Kontrollen und spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Durchführung von periodischen und gezielten Kontrollen in den Gemeinden. Diverse Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden ausgearbeitet, auch als einzelne Module zu spezifischen Themen. Die Schulungen erfolgen teilweise zusammen mit Fachspezialistinnen des Verbandes für Sozialhilfe Basel-Landschaft. In den Gemeinden werden wiederum gezielte Kontrollen durchgeführt. Planungsstand: Es werden jährlich neue Kursangebote erarbeitet und Vorbereitungen zur Kontrollarbeit getroffen. Datum der Zielerreichung: Externe Kontrollen: 31. Mai 2006 / 30. November 2006, Schulungen: 31. Mai 2006 / 30. November 2006.		Ziel erreicht Sämtliche geplanten Kontrollen sind erfolgt. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Schulungsveranstaltungen für Behördenmitglieder durchgeführt, teilweise Grossveranstaltungen wie beispielsweise im Dezember im Schloss Ebenrain, welche von rund 200 Personen besucht worden war. Der Vorsteher KSA hat zudem über ein Dutzend Referate zur Schulung und Weiterbildung oder für Veranstaltungen informativer Art gehalten. Die Schulungsmodule erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO).

Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr in einer höheren Auflage. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes). Planungsstand: Das Bundesamt für Statistik sieht für die Zukunft vor, die Daten im Kanton Basel-Landschaft ebenfalls zu erheben und in eine gesamtschweizerische Sozialhilfestatistik einfließen zu lassen. Da die Gemeinden bereits rund drei Viertel aller Grundmeldungen in elektronischer Form an das Kantonale Sozialamt senden, können diese auch für den Bund zur Verfügung gestellt werden. Somit ergibt sich für die Gemeinden kein Mehraufwand. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2006.		Ziel erreicht Im Sommer erschien die Sozialhilfestatistik 2005, wiederum in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt. Die wichtigsten Aussagen sind nachfolgend kurz zusammengefasst: - Die Zunahme innert Jahresfrist entsprach bei den Personen 4.9% und bei den Falleinheiten 6.9%. - Am 31. Dezember 2005 waren 5'210 Personen bzw. 2'817 Falleinheiten gemeldet. - 2005 waren somit 1.95% der Baselbieterinnen und Baselbieter auf Sozialhilfe angewiesen. Vergleiche Schweiz: 3%. Ein Tourismus im Baselbiet von sozialhilfeabhängigen Personen ist nicht im Gange. Detaillierte und fundierte Auswertungen haben ergeben, dass sich der so genannte Sozialhilfe-Tourismus in einem engen Rahmen bewegt und dass keine einzelnen Gemeinden als Zuwanderungsorte auszumachen sind.
-------------	--	--	--

Nr. 2.03.07	Sozialhilferecht Basel-Landschaft Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilferecht (KKSH) hat die Hauptaufgabe, sämtliche Änderungen in der Gesetzgebung Sozialhilferecht zu Handen der Regierung auszuarbeiten, neue Beiträge für das Handbuch Sozialhilferecht zu erstellen und die bestehenden Beiträge permanent auf ihre Aktualität zu überprüfen. Planungsstand: Für die beiden Bereiche "Junge Erwachsene" sowie "Lebens- und Wohngemeinschaften" sind mögliche Änderungen im Sozialhilfegesetz und den entsprechenden Verordnungen zu überprüfen und allenfalls dem Landrat zu beantragen. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2006 / 30. November 2006.		Ziel erreicht Die Konsultativkommission, bestehend aus Vertretungen des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG), des Verbands für Sozialhilfe des Kantons Basel-Landschaft (VSO BL), der Koordination Sozialarbeit politischer Gemeinden Baselland (KOSA) und des Kantonalen Sozialamtes, hat im Berichtsjahr 13 Sitzungen einberufen. Als Schwerpunkte wurden folgende Themen behandelt: Aufgrund verschiedener Gesetzes- und Verordnungsänderungen sowie basierend auf den bestehenden Praxiserfahrungen wurden die Bereiche Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen, Lebens- und Wohngemeinschaften, Kranken- und Unfallversicherung (Wegkauf des Leistungsaufschubes bei Prämienausständen), Vertrauensarzt und Kopfquotenberechnung diskutiert. Die Gemeinden wurden bezüglich der beabsichtigten Änderung der Sozialhilfeverordnung zur Vernehmlassung eingeladen. Die Sozialhilfeverordnung wurde in den notwendigen Punkten ergänzt sowie die entsprechenden Beiträge für das Handbuch "Sozialhilferecht" erarbeitet und aufgenommen. Eine entsprechende Informationsveranstaltung zu den Neuerungen wurde erarbeitet und durchgeführt.
Nr. 2.03.08	Leistungsaufträge 2007 Grundsätzliche Überprüfung der Leistungsaufträge 2007 für die Dienste unter den Rubriken 2107, 2109 und 2114. Planungsstand: Die Produkte werden auch ausserhalb der Eingabefristen laufend auf ihre Wirksamkeit überprüft. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2006.		Ziel erreicht Die Leistungsaufträge werden Jahr für Jahr an die neuen Begebenheiten angepasst.

Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig direkt ab Empfangsstelle zu. Die Zuweisungen erfolgen aus ökonomischen Gründen prioritär in die kommunalen Kollektiv-Unterkünfte. Er richtet den Gemeinden die bundesrechtlichen Vergütungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich aus und sorgt für die Bereitstellung der entsprechenden Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Asylsuchende. Er sorgt für die Bereitstellung der Nothilfe gemäss BV 12 für Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE). Die bestehende, bewährte Organisation des Asylwesens ist entsprechend weiterzuführen und muss zukunftsorientiert den Entwicklungen angepasst werden.	↓ Amtsbericht 2006 Im Berichtsjahr wurden gesamtschweizerisch 10'537 neue Asylgesuche gestellt. Dies ist eine Zunahme von 6.5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Bestand an Personen mit Status N + F im Kanton hat um 5.5 Prozent auf 1'529 Personen abgenommen. Die Aufnahmequote für die Gemeinden liegt seit dem 1. Juli 2005 bei 0.8 Prozent der Bevölkerung. Die aktuelle Quote im Kanton liegt bei knapp 0.6 Prozent. Die Differenz dient als strategische Leistungsreserve. Die Unterbringung der Asylsuchenden in den Gemeinden verlief ohne Probleme. Prioritär wurden die Asylsuchenden in den kommunalen Kollektivunterkünften untergebracht. Bestehende Individualwohnräume werden nur noch nach Rücksprache und auf Wunsch der Gemeinden neu belegt. Das im Kanton Basel-Landschaft installierte System, mit seiner schlanken und vollumfänglich durch Bundesgelder finanzierten Asyladministration auf Kantonsebene, der Zuweisung mittels Quotenregelung und die Abgeltung der Kosten in den Gemeinden über Tages- und Bestandespauschalen aus Bundesmitteln, hat sich auch in diesem Jahr gut bewährt. Die Zahlen im Bereich NEE waren in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 stark rückläufig. Der Sozialhilfestopp auf Bundesebene wird erst ab dem 1. 1. 2008 Realität. Auf Grund dieser Entwicklung und unter Berücksichtigung der Gesamtsituation hat der Regierungsrat beschlossen, die Notunterkunft in Muttenz auf den 30. 6. 2007 zu schliessen. Am 24. 9. 2006 hat das Volk das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz klar gutgeheissen. Die Einführung wurde vom Bundesrat zweigeteilt. Die Zwangsmassnahmen traten am 1. 1. 2007 in Kraft und die finanzwirksamen Bestimmungen werden per 1. 1. 2008 gelten. Die entsprechenden Schritte wurden eingeleitet. Grundsätzlich gilt es, soweit als möglich die Kostenneutralität für den Kanton zu wahren, ökonomische Grundsätze einzuhalten und die internen Strukturen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Der Zeitplan sieht folgenden Ablauf vor: Ende Februar 2007: Vorlage an RR; ab März 2007: Bereinigung mit Arbeitsgruppe VBLG / VSO; Juni 2007: Vernehmlassung Verordnungsanpassungen; Oktober 2007: Auswertung Vernehmlassung und Vorlage für RRB; November 2007: Instruktion der Gemeinden; 1. 1. 2008: Inkrafttreten der Anpassungen
-----------------	---	--

[illegible]

Nr. 2.04.04	Aufsicht über die kommunalen Kollektivunterkünfte im Asylwesen Periodische Überprüfung aller kommunalen Kollektivunterkünfte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften und Auflagen. Planungsstand: Laufende Kontrolle. Datum der Zielerreichung: 31. Oktober 2006.		Ziel erreicht
Nr. 2.06	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" - nach Vernehmlassungsverfahren im Jahre 2004 erschienen und auf grosse Zustimmung gestossen - zeigt Instrumente auf, die als strukturelle Rahmenbedingungen für die Koordination und die Führung der kantonalen Familienpolitik dienen. Die Umsetzung erfolgt gemäss der regierungsrätlichen Priorität und in Berücksichtigung der personellen und finanziellen Möglichkeiten.		↓ Amtsbericht 2006 Mit RRB Nr. 1847 vom 21. September 2004 wurden die empfohlenen Massnahmen des Gesamtkonzeptes "Familienfragen BL" vom Regierungsrat genehmigt. Die verwaltungsinterne Koordination der Familienfragen durch die Fachstelle für Familienfragen ist erfolgt. Die verwaltungsexterne Koordination wurde mit der Gründung des Baselbieter Bündnisses für Familien erfolgreich angegangen.
Nr. 2.06.01	Einzelne Massnahme Dokumentation und Beratung / Information Weiterführung der Arbeiten im bisherigen Rahmen.		Der Aufbau der Fachdokumentation ist abgeschlossen. Aufgrund der fehlenden Ressourcen kann der Betrieb der Fachdokumentation nicht aufgenommen werden.

Nr. 2.06.02	Umsetzung der Empfehlungen des Gesamtkonzeptes "Familienfragen Basel-Landschaft" Für 2006 können folgende Empfehlungen umgesetzt werden: ▪ Kantonales Familiengesetz (KFG) Mit RRB Nr. 578 vom 16. März 2004 wurde die Kommission "Gesetzesentwurf FEB / KFG" eingesetzt. ▪ Familienpass Per 1. Oktober 2004 initiiert und auf grosses Interesse gestossen.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mit RRB Nr. 578 vom 16. März 2004 wurde die Einsetzung der diesbezüglichen Kommission beschlossen. Die Kommission "Gesetzesentwurf familienergänzende Kinderbetreuung" befindet sich mit ihrer Arbeit in der Abschlussphase. In diesem Rahmen wurden die Kostenmodelle für den Vorschul- und den Schulbereich erstellt. Der Gesetzesentwurf wird im 2007 in die Vernehmlassung geschickt. Nach Abschluss des kantonalen Impulsprogramms "Familie und Beruf" Ende 2006 wurde die Zuständigkeit betreffend Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Fachstelle für Familienfragen übertragen. Im Rahmen des Baselbieter Bündnisses für Familien wurde die erste Plattform "Familie und Beruf" im Januar 2007 durchgeführt. Das Forschungsprojekt "Familiäres Wohlbefinden zwischen Zeit, Raum und Freiwilligkeit" ist der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Umsetzung der daraus resultierenden Empfehlungen bildet Bestandteil des Konzeptes "Baselbieter Bündnis für Familien". Der Familienpass Region Basel wurde eingeführt und wird von über 7000 Familien in der Region bezogen. Die externe Evaluation der Pilotphase fiel positiv aus. Mit der Gründung des "Baselbieter Bündnisses für Familien" als erstes Bündnis in der Schweiz wurde der Massnahme des Gesamtkonzeptes entsprochen, wonach familienpolitische Instrumente in Kooperation mit den familienpolitischen Akteuren umgesetzt werden.
Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Die anstehenden Steuergesetzrevisionen sind zur Erhaltung und Verbesserung der Standortattraktivität des Baselbietes voranzutreiben. Dabei sind die bundesrechtlichen Vorgaben und die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Basel-Landschaft zu berücksichtigen.	↓ Amtsbericht 2006

Nr. 2.07.01	Einzelne Massnahme Revision der Familienbesteuerung Weitere Bearbeitung und Vorbereitung der Inkraftsetzung der Vorlage zur steuerlichen Entlastung von Familien und tiefen Einkommen unter Berücksichtigung des Bundesgerichtsentscheides vom 27. Mai 2005 (Erhöhung Eigenmietwert / Abschaffung Mietkostenabzug). Parlamentarische Beratung 2006; Volksabstimmung 2006; Inkraftsetzung per 1. Januar 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ertragswirksam ab 2007	Die Revision ist abgeschlossen. Der Landrat hat der Vorlage 2006 / 108 am 21. September 2006 zugestimmt. Eine Volksabstimmung war aufgrund des Landratsbeschlusses nicht notwendig. Die revidierten Gesetzesbestimmungen sind seit dem 1. Januar 2007 in Kraft.
Nr. 2.07.02	Weiterführung der Unternehmenssteuerreform Abgleich mit der Gesetzgebung des Bundes; Vernehmlassung 2005; parlamentarische Beratung 2006; Volksabstimmung 2007; Inkraftsetzung per 1. Januar 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ertragswirksam ab 2008	Um eine Verknüpfung der Diskussion über die Revision der Unternehmensbesteuerung mit jener über die steuerliche Entlastung von Familien und tiefen Einkommen sowie der Umsetzung des BGE vom 27. Mai 2005 zu vermeiden, werden die beiden Steuergesetzesrevisionen gestaffelt behandelt. Deshalb konnte im Berichtsjahr erst die Vernehmlassung über die Revision der Unternehmensbesteuerung durchgeführt werden. Die parlamentarische Beratung folgt im Jahr 2007. Die Inkraftsetzung per 1. Januar 2008 bleibt möglich.
Nr. 2.07.05	Einführung einer Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende Einführung einer Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende im Rahmen der GAP und in Koordination mit dem Kanton Basel-Stadt. Inkraftsetzung per 1. Januar 2006.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehrertrag ca. 15 Mio.	Die Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende ist eingeführt. Zur Bewältigung der anfangs 2007 für die Löhne 2006 eingehenden Lohnausweise wird eine leistungsfähige Scanning-Lösung und die elektronische Überführung der Lohn Daten in das Steuerveranlagungsprogramm NEST installiert.

Nr. 2.07.06	Abschluss des Projektes "Census" Ablösung der bei der kantonalen Steuerverwaltung eingesetzten Informatikanwendungen durch die bereits in zehn Kantonen eingeführte Standardsoftware NEST (Neue Steuerlösung). Überprüfung und Dokumentation der Arbeitsabläufe im Rahmen des Projektes "Census". Verbesserung der Betriebssicherheit und der Prozesse sowie Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Steuerverwaltungen. Abschluss des Projektes "Census" gemäss Projektplan, insbesondere hinsichtlich: • Leistungsumfang (gemeinsamer Steuerbezug, Steuerregister, Veranlagung natürliche und juristische Personen); • Zeitplan (Erreichen der Meilensteine); • Projektkredit (Projektabrechnung und Einhaltung des gewährten Kredites). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 Total: Fr. 11'310'000.- (Konti 2100.318.83.600, 2100.318.81.600, 2120.318.20.600) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 7'340'000.- Budget 2005: Fr. 2'840'000.- Budget 2006: Fr. 1'130'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: Aufwand CHF 1'130'000 (im Rahmen des bestehenden Verpflichtungskredits)	Das Projekt "Census" wurde termingerecht, mit dem geplanten Leistungsumfang und im Rahmen des gewährten Projektkredites abgeschlossen. Die neuen Informatikanwendungen sind in Betrieb, die alte EDV-Lösung mit dem Host wurde abgebaut.
Nr. 2.07.08	Veranlagung natürliche Personen • Anwendung des Veranlagungsprogramms NEST für natürliche Personen bei den selbst veranlagenden Gemeinden und der kantonalen Steuerverwaltung; • Festigung der Bedienung des Veranlagungsprogramms bei den Veranlagungsmitarbeitenden mit regelmässiger Information und Wiederholungsschulungen nach Bedarf; • Einführung von NEST Veranlagungshilfen (Automation). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 siehe Nr. 2.07.06.		Die Veranlagung der natürlichen Personen mit NEST erfolgt seit anfangs 2006 ohne technische Probleme. Die Veranlagenden der Gemeindeverwaltungen und der kantonalen Steuerverwaltung bereiteten sich gut auf die Anwendung des neuen Veranlagungsprogramms vor und konnten mit ihrer Veranlagungstätigkeit ohne Verzug weiterfahren. Bereits im ersten Betriebsjahr liegt die Veranlagungsproduktivität bei den Gemeinden im Schnitt der früheren Jahre, bei der kantonalen Steuerverwaltung ist sie noch etwas tiefer, sie wird sich aber im Jahr 2007 verbessern. Auf einen weiteren Ausbau der NEST-Veranlagungshilfen (Automation) wird vorläufig verzichtet, da die Anwendung des neuen Veranlagungsprogramms sich zuerst festigen muss.

Nr. 2.07.09	Steuerbezug • Optimierung der Arbeitsabläufe beim gemeinsamen Steuerbezug bezüglich Auswertungen und Controlling; • Beteiligung weiterer Gemeinden am Bezug von Staats- und Gemeindesteuer mit einer gemeinsamen Rechnung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 siehe Nr. 2.07.06.		Der Bezug der Staats- und Gemeindesteuer mit einer gemeinsamen Rechnung funktioniert gut. Die Teams "Kundendienst" und "Inkasso" des Bereichs Steuerbezug haben ihre Arbeitsabläufe und Zuständigkeiten neu definiert. Die Voraussetzungen für die Beteiligung weiterer Gemeinden am gemeinsamen Steuerbezug sind vorhanden. Mit der Stadt Liestal wird eine Leistungsvereinbarung über den Bezug der Gemeindesteuer zusammen mit der Staatssteuer erarbeitet. Diese Leistungsvereinbarung dient als Modell für die im Jahr 2007 mit allen übrigen beteiligten Gemeinden abzuschliessenden Leistungsvereinbarungen.
Nr. 2.07.10	Anpassung des Steuer- sowie des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes Anpassung des Steuer- sowie des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes infolge Annahme des Partnerschaftsgesetzes. Vernehmlassung 2005; parlamentarische Beratung 2006; Volksabstimmung 2006; Inkraftsetzung per 1. Januar 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Ertragswirksam ab 2007	Die notwendigen Anpassungen sind seit dem 1. Januar 2007 in Kraft. Sie wurden in eine Sammelvorlage unter der Federführung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion integriert.

Nr. 2.07.11	Elektronische Übermittlung der Personendaten aus der Einwohnerkontrolle der Gemeinden • Anpassung der elektronischen Datenübermittlung (RZ-Subjekt) von den Einwohnerkontrollen der grossen Gemeinden zum Steuerregister für die Bedürfnisse der Quellensteuer; • Einführung der elektronischen Übermittlung für weitere Gemeinden im Rahmen des verfügbaren Projektkredites. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 siehe Nr. 2.07.06.		Der Projektsteuerungsausschuss stimmte im Rahmen des noch verfügbaren Projektkredites einem letzten Ausbaus Schritt von RZ-Subjekt zu. Damit konnte die elektronische Vernetzung zwischen Einwohnerkontrolle und Steuerregister für 97 Prozent der Einwohner und 86 Prozent der Gemeinden realisiert werden. Die Anpassung der elektronischen Übermittlung an die Bedürfnisse der Quellensteuer (Meldung des Arbeitgebers) ist erfolgt.
Nr. 2.07.12	Kommunikation und Projektmanagement • Durchführung von zwei ERFA-Tagungen für die Veranlagungsmitarbeitenden der Gemeinden; • Abwicklung des Projektes mit hohen Standards bezüglich Projektmanagement, Information und Controlling; • Erstellung eines Projektabschlussberichtes mit Überprüfung von Kosten und Nutzen, der Erreichung der Zielsetzungen und möglichen Folgeprojekten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 siehe Nr. 2.07.06.		Die zwei ERFA-Tagungen für die Veranlagungsmitarbeitenden der Gemeinden wurden durchgeführt. Dies wird auch zukünftig so gehandhabt. Wegen noch ausstehender Rechnungen und noch nicht abgeschlossener Arbeiten bei der buchhalterischen Abstimmung der Debitoren im NEST mit den Bank- und Postcheckkonti wurde die Vorlage des Abschlussberichtes über das Projekt "Census" auf das Jahr 2007 verschoben.
Nr. 2.07.13	Optimierung des Serviceangebotes Verbesserung des Dienstleistungsangebotes und Prüfung von Vereinfachungen im Steuersystem. Umsetzung dieser Vereinfachungen, soweit sie im Kompetenzbereich der kantonalen Steuerverwaltung liegen. Durchführung einer ERFA-Tagung mit Vertretern aus der Steuerberatung mit dem Ziel der Überprüfung und der Optimierung des Serviceangebotes.		Die mit Vertretern aus der Steuerberatung durchgeführte Tagung stiess auf ein sehr positives Echo. Der Gedankenaustausch wurde geschätzt und die Steuerverwaltung erhielt einige Anregungen zur Optimierung ihres Dienstleistungsangebotes. Bei der für die Verwaltung notwendigen, aber bei den Beratern nicht sehr beliebten Regelung über die Einreichungsfristen von Steuererklärungen konnte in der gemeinsamen Diskussion eine verbesserte Lösung gefunden werden.
Nr. 2.07.14	Weniger Bürokratie Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung von Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates vom September 2004 zum Postulat der CVP-Fraktion vom 18. Juni 2003 "Weniger Bürokratie im Steuersystem".		Die Zielsetzung der Vermeidung und wenn möglich des Abbaus von Bürokratie im Steuersystem und in der Verwaltung ist in Projekte, Gesetzesrevisionen und die tägliche Arbeit eingeflossen. Es zeigte sich, dass grössere Erfolge nur schwer zu erzielen sind.

Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Es muss eine Neuverteilung der Aufgaben im Kanton im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) zwischen Bund und Kantonen im Hinblick auf die Umsetzung per 1. Januar 2008 erfolgen. Die Zuordnung der Aufgaben auf die einzelnen Ebenen Kanton - Gemeinden soll nach Effektivitäts- und Effizienzkriterien vorgenommen werden. Ein Abbau der Redundanzen in der Adressenhaltung der Verwaltung, der Spitäler und der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist die Zielsetzung. Dieses Ziel wird mit dem Aufbau einer Kantonalen Namen- und Adressdatenbank (KANADA) angestrebt. Ein grosser Teil der heutigen Adressdatenbestände von rund 5 Millionen Adressen werden von den Gemeinden an den Kanton weitergeleitet, wo sie mehrfach gespeichert und nachgeführt werden.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 2.08.05	Einzelne Massnahme Baselbieter Gemeinden und NFA Überprüfen einzelner Aufgabengebiete, die vom Bund an den Kanton übertragen werden. Vorlage an den Landrat über die Zuordnung auf die entsprechende Staatsebene.	Die Umsetzung der NFA macht unter anderem eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes notwendig. Die Vorlage geht im 1. Quartal 2007 an den Landrat (siehe auch Kommentar unter Nr. 2.02.03).
Nr. 2.08.06	Aufbau einer kantonalen Namen- und Adressdatenbank (KANADA) Eine Vorstudie und ein Grobkonzept haben die Machbarkeit dieses Projektes belegt. Die Erarbeitung eines Detailkonzeptes soll die Grundlage für eine Landratsvorlage bilden.	Die Vernehmlassung für ein neues Anmeldegesetz und das KANADA-Gesetz wurde in der zweiten Jahreshälfte 2006 durchgeführt.
Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Mit der strukturellen Neuausrichtung des Personalamtes wird unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Grundlagen die Gestaltung einheitlicher HRM-Prozesse (HRM = Human Resources Management) eingeleitet. Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des Personalcontrolling und in der Konsolidierung der verschiedenen Personalentwicklungsmassnahmen gesetzt.	↓ Amtsbericht 2006

Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme Evaluation ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning) Der Kanton wird in den kommenden Jahren sein Personalsystem und die Finanz- und Rechnungswesenapplikation optimieren oder ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weitreichende Fragen auf (Softwarearchitektur, Organisation, Prozessoptimierungen, Funktionalitätsbedarf, zukünftige IT-Entwicklung, Wirtschaftlichkeit, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Bevor Einzelaktivitäten in Teilbereichen angegangen werden können, ist daher eine strategische Gesamtschau ("ERP-Strategie", Enterprise Resource Planning) zu erstellen. Die ersten Umsetzungsschritte werden - voraussichtlich im Personalbereich - dem Landrat im Jahr 2006 / 2007 vorgeschlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.0 Mio.	Die ERP-Strategie wurde erstellt. Es ist geplant, das Personal- und das Finanz- und Rechnungswesen-system auf den 1. 1. 2009 abzulösen. Die ERP-Evaluation für die Wahl des fachlich geeignetsten, wirtschaftlich günstigsten integralen Produktes für die Realisierung der konzernweiten ERP-Strategie wurde Mitte 2006 gestartet. Weiter ist die Wahl des best-qualifizierten Implementierungs-Partners für die Umsetzung und die Inbetriebnahme der neuen ERP-Applikation in den Bereichen Finanz, Personal und Logistik in der ERP-Evaluation eingeschlossen. Die Evaluation wird im Februar 2007 abgeschlossen. Mitte 2007 wird mit der Umsetzung des ERP-Projektes begonnen.
Nr. 2.09.02	Lohnwesen: Initialisierung von Projekten zur Weiterentwicklung des Lohnsystems Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) sind eine Vielzahl von Berufsausbildungen nach gesamtschweizerischen Vorgaben neu zu regeln. Einerseits werden neue Berufe mit den entsprechenden Ausbildungen konzipiert und andererseits werden für bestehende Berufe neue Ausbildungen entwickelt. Das Lohnsystem ist daraufhin zu prüfen, ob auf Grund dieser neuen Voraussetzungen Anpassungen im Einreichungsplan und in den Modellumschreibungen vorzunehmen sind.		Das Projekt "Weiterentwicklung bzw. Prüfung des Lohnsystems in Bezug auf das neue Berufsbildungsgesetz" wird im 2007 gestartet.
Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Entwicklung und Einführung der zweiten Stufe HR-Auswertungen mit dem Ziel, unter Einbezug der Anstellungsbehörden die Grundlagen zu schaffen, um weitere Kennzahlen ausweisen zu können. Mit erster Priorität: Fluktuationsraten, Krankheits- / Unfallquoten und ausgewählte Lohnarten wie Zulagen und Prämien. Im weiteren wird die Absicht verfolgt, periodisch die Anwendung des Lohnsystems zu analysieren. Das Fortschreiten der Arbeiten richtet sich nach der Datenverfügbarkeit.		In Anbetracht des Gesamtprojektes ERP wurde auf den modulartigen Weiterausbau auf dem derzeitigen System (HR Access) verzichtet, zumal die Erhebung neuer Kennzahlen unverhältnismässige Personal-ressourcen bei den dezentralen Organisationen und im Personalamt beansprucht.
Nr. 2.09.04	Personalentwicklung Konsolidierung der verschiedenen kantonsweiten Personalentwicklungsmassnahmen und -instrumente zum ganzheitlichen Personalentwicklungskonzept.		Ein ganzheitliches Personalentwicklungskonzept ist in Erarbeitung und wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2007 der Regierung zum Entscheid vorgelegt.

Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Die Region soll weiterhin über einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen verfügen, welcher die für Wirtschaft und Bevölkerung wichtigen Verkehrsverbindungen anbietet. Die Wohnqualität und die Umweltverträglichkeit sollen mit flankierenden Massnahmen im Luftverkehr gewahrt bleiben.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 2.11.03	Einzelne Massnahme Attraktivität des Flughafens Der Regierungsrat unterstützt die Bemühungen, die Attraktivität und die Wirtschaftlichkeit des Flughafens weiter zu verbessern. Insbesondere soll der erhebliche Verlust an Arbeitsplätzen auf dem EuroAirport wieder wettgemacht werden.	Die Kantonsvertreter im Flughafenverwaltungsrat engagieren sich in vielen Projekten, um die positiven volkswirtschaftlichen Effekte des Flughafens zu erhalten und zu verbessern (beispielsweise bei der Erschliessung neuer Industrie- und Gewerbeazonen auf dem Flughafen).
Nr. 2.11.04	Instrumenten-Lande-System auf Piste 34 (ILS 34) Die Regierung unterstützt das zur Verbesserung der Sicherheit geplante ILS 34. Es darf jedoch nur als Ersatz für das bisherige Südlandeverfahren dienen. Die Regierung setzt sich zudem dafür ein, dass zweckmässige Controlling-Instrumente vertraglich vereinbart werden.	Der Regierungsrat konnte seine zentralen Anliegen zur Benutzung des ILS 34 durchsetzen.
Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern Strategische Zielsetzungen In drei von fünf Bereichen, nämlich bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt, der Öffnung der Berufsbildung für Mädchen und dem Kanton als politischer Akteur, hat sich der Kanton Basel-Landschaft interkantonal in die "Spitzengruppen" von jeweils drei bis sechs Kantonen vorgearbeitet. Dabei schlägt der Leistungsausweis der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann laut Evaluationsbericht "Alles Spitze? Gleichstellungsziele und Gleichstellungsrealität in Baselland" (Liestal 2004) besonders zu Buche. Als kantonales Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen konzentriert sich die Fachstelle einerseits auf die Sicherung der guten Ergebnisse durch ein Gleichstellungs-Controlling, andererseits initiiert sie Massnahmen in denjenigen Handlungsfeldern, in denen Gleichstellungsdefizite festgestellt wurden. Neu hinzu kommt die Förderung der beruflichen Chancengleichheit in der Wirtschaftsregion.	↓Amtsbericht 2006 Anlässlich von zehn Jahren Gleichstellungsgesetz (GIG) fokussierte die Gleichstellungsarbeit auf die Wirkungen des GIG (www.gleichstellungsgesetz.ch) unter anderem mit einer Busplakat- und Postkartenkampagne, der Aktualisierung von "Zahlen? Bitte. Der Stand der (Un-) Gleichstellung in BL und BS" sowie einer Ringvorlesung an der Universität Basel. Gleichzeitig führte die Beantwortung des FDP-Postulates 2003 / 237 zur Evaluation, Überprüfung und ausführlichen Begründung der strategischen Neuausrichtung der Fachstelle und der Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann in der Landratsvorlage 2006 / 166.

Nr. 2.12.04	Einzelne Massnahme Gender- und Gleichstellungs-Qualitätssicherung in Volksschule und Berufsbildung Im Rahmen der Umsetzung des Bildungsgesetzes werden Grundlagen und Pilotprojekte zur Gender- und Gleichstellungs-Qualitätssicherung in Volksschule und Berufsbildung entwickelt (beispielsweise zum Schutz der sexuellen Integrität und zu geschlechtergerechter Pädagogik).	Finanzielle Auswirkungen 2006: Aus bestehenden Budgets und Finanzhilfen Dritter	Auf Volksschulstufe laufen zwei Pilotprojekte zur Einführung eines Gleichstellungs-Controllings. Der Nationale Tochtertag wurde als stufenübergreifender Gendertag mit Schwerpunkt auf jungenpädagogischen Massnahmen durchgeführt. Auf der Sekundarstufe II entwickeln Berufsschulen im Rahmen des interkantonalen Projektes "Persönliche Grenzen respektieren" Konzepte zum Schutz der sexuellen Integrität; zudem fanden Weiterbildungen aller Beteiligten statt.
Nr. 2.12.05	Vereinbarkeit von Familie und Beruf Es werden Massnahmen initiiert, welche der Evaluationsbericht "Alles Spitze?" in den Bereichen des Kantons als gleichstellungsfördernder Arbeitgeber sowie als politischer Akteur empfiehlt - insbesondere zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Aus bestehendem Budget	Neben der Mitarbeit am Gesetzesentwurf zur familienergänzenden Kinderbetreuung organisierte die FfG unter anderem mit dem Bäuerinnenverband direktionsübergreifend die Tagung "Hausarbeit im Schnittpunkt von Ökonomie, Gender und Lebensqualität", die für die Leistungen in Haus- und Familienarbeit sensibilisierte. Alle Beiträge und Resultate unter www.gleichstellung.bl.ch (Projekte).
Nr. 2.12.06	Bewerbungsführer für Frauen In grenzüberschreitender Zusammenarbeit wird ein zweisprachiger Bewerbungsführer für Frauen und Personen mit Familienpflichten entwickelt, welcher die berufliche Chancengleichheit in der Wirtschaftsregion fördert.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Aus bestehendem Budget und Finanzhilfen Dritter	Das Interreg-Projekt führte am 22. 6. 2006 den internationalen Erfahrungsaustausch in Strassburg zu "Leben und Arbeiten am Oberrhein. Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie" durch, dessen Resultate derzeit publiziert werden.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Es ist besser, in einer Wüste wach zu sein, als in einem Paradies zu schlafen."
(Waldemar Bonsels, deutscher Schriftsteller, 1880 - 1952)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Das Regierungsprogramm 2004 - 2007 hat die Arbeitsfelder der VSD bezeichnet. Auch im Jahr 2006 geht es darum, die "Feldarbeit" weiterzuführen. Die allgemeinen Rahmenbedingungen sind im Laufe der Legislatur nicht einfacher geworden. Der wirtschaftliche Aufschwung lässt auf sich warten, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes ebenfalls. Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion hat sich an den heutigen Gegebenheiten zu orientieren, beharrlich die Felder zu beackern und gleichzeitig die Akzente so zu setzen, dass aktuelle Fragestellungen jetzt und aktuell einer Antwort zugeführt werden, ohne zukünftige Weichenstellungen zu verhindern. Der Mut, das "Heute" zu bejahen, gibt uns die Kraft, das "Morgen" zu gestalten. Die Schwerpunkte der VSD im Jahr 2006 sind pragmatischer Natur: Die Direktion will die Massnahmen aus dem Projekt "Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)" umsetzen und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel mit Bedacht und wirkungsvoll einsetzen.

Programmpunkt Wald: Heute benötigt der Wald gezielte Pflanzungs- und Pflegemassnahmen, weil "Lothar" und die Sommertrockenheit 2003 die Bestände geschwächt haben. Morgen brauchen wir die Gefahrenkarte als Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten.

Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft: Heute sind die flankierenden Massnahmen vorzubereiten, um den freien Personenverkehr im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der erweiterten EU von morgen zu vollziehen. Bund und Kantone sind gefordert, die arbeitsmarktlichen Wiedereingliederungsmassnahmen für die heutigen Menschen ohne Arbeit zu verbessern. Mit dem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz, welches dem Landrat noch in der zweiten Jahreshälfte 2005 zur Beratung zugeleitet werden wird, geht es darum, die Zukunftschancen für den Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft zu erhalten und zu verbessern.

Programmpunkt Gesundheitswesen: Die regionale Zusammenarbeit in der Spitalversorgung von heute wird weiter konkretisiert. Die Vorbereitung auf die Integration der Medizinischen Fakultät in die Universität mit der damit verbundenen Umlagerung der Finanzierungsströme für Lehre und Forschung aus den Spitalbetrieben in die Medizinische Fakultät wird dabei eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten sein. Die Planung der baulichen Massnahmen betreffend das Kantonsspital Bruderholz von morgen ist an die Hand zu nehmen, gleichzeitig muss mit Bedacht die Betriebsfähigkeit des Kantonsspitals Bruderholz von heute (Sicherheitsmassnahmen) gewährleistet werden. Die Steuerung der Gesundheitsversorgung basiert heute noch auf Pflgetagen und Betten, morgen werden es pauschalisierte Leistungseinheiten (data related groups, DRG's) sein. Auch hier gilt es, die Arbeit nach Massgabe der heutigen Rahmenbedingungen verantwortungsvoll und mit Sorgfalt zu leisten und die Vorbereitung auf das System von morgen einzuleiten.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Waldentwicklung und einer volkswirtschaftlich optimierten Waldpflege sind der Kanton als Träger der Aufsicht über den Wald und die Waldeigentümer gefordert. Das Jahr 2006 wird auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die auf Stufe Waldeigentum eingeleiteten Massnahmen zur Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit werden durch das geplante Holzheizkraftwerk Basel weiteren Vorschub erhalten. Daraus resultieren eine Stärkung der Forstbetriebe und die volkswirtschaftliche Optimierung der Waldpflege.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.01.01	Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Bedingt durch die zeitliche Verzögerung auf Stufe Bund (Waldprogramm CH und Waldgesetzrevision) wurden die für das Jahr 2004 auf Stufe Kanton geplanten Arbeiten sistiert und erst 2005 aufgenommen. Geplant ist weiterhin die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik, begleitet durch eine Expertenkommission (Forum). Beginn der Arbeiten im Herbst 2005, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Sommer 2006, anschliessend Begleitung der Revision des kantonalen Waldgesetzes.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.
		Dieses Geschäft war weiterhin sistiert, weil auf Stufe Bund keine Klarheit über das weitere Vorgehen und den Inhalt der Gesetzesvorlage besteht. Nach aktuellem Wissensstand beabsichtigt der Bundesrat, die Botschaft zur Revision des Waldgesetzes im April 2007 zuzustellen. Vorher macht eine inhaltliche Bearbeitung zur Umsetzung auf kantonaler Stufe keinen Sinn. Erst im April 2007 wird abzuschätzen sein, welchen Einfluss die im Frühjahr 2006 eingereichte Volksinitiative "Rettet den Schweizer Wald" haben wird.

Nr. 3.01.02	Gefahrenhinweiskarte In Artikel 15 der Verordnung über den Wald vom 20. November 1992 werden die Kantone verpflichtet, Grundlagen für den Schutz vor Naturereignissen, insbesondere Gefahrenkataster und Gefahrenkarten, zu erarbeiten und diese bei allen raumwirksamen Tätigkeiten zu berücksichtigen. Ein erster Schritt in Richtung Erarbeitung der Gefahrenkarte bestand in der Erstellung der Gefahrenhinweiskarte. Diese Vorarbeit wurde vom Forstamt beider Basel in Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung und dem Amt für Raumplanung der Bau- und Umweltschutzdirektion geleistet. Die notwendige Landratsvorlage ist in Vorbereitung und soll vom Parlament in der ersten Jahreshälfte 2006 beraten und beschlossen werden. Die Federführung für das Projekt ist noch offen. Ebenso die Höhe der Gesamtkosten. Der Bund beteiligt sich an den Kosten. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen.		Der Landrat hat mit Beschluss vom 19. 10. 2006 der Vorlage 2006 / 058 vom 21. 2. 2006 "Verpflichtungskredit Naturgefahrenkarten Basel-Landschaft" zugestimmt. Mit der Bearbeitung des Projektes wird im Frühjahr 2007 unter der Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) gestartet. Das Projekt "Gefahrenhinweiskarte" ist abgeschlossen. Die Gemeinden haben "ihre" Auszüge der Gefahrenhinweiskarte anlässlich einer Informationsveranstaltung im Juni 2006 erhalten.
Nr. 3.01.03	Wiederherstellungsprojekt "Lothar" und Sommertrockenheit Ziel des Projektes ist es, auf Waldflächen (>0.5 ha), die durch den Orkan "Lothar" und die Folgen der Sommertrockenheit 2003 vollständig zerstört wurden, mit gezielten Pflanzungs- und Pflegemassnahmen die Grundlagen für stabile und widerstandsfähige Waldbestände zu schaffen. Landratsvorlage 2005 / 153; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 444'000.- (Konto 2225.362.72) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 148'000.- Budget 2006: Fr. 148'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.148 Mio.	Die Wiederherstellungsarbeiten konnten programm-gemäss weitergeführt werden. Insgesamt wurden 2006 rund 147 ha Jungwald gepflegt und dafür Kantons- und Bundesbeiträge im Umfang von Fr. 273'000.- ausgerichtet. Der Kantonsanteil alleine betrug gut Fr. 168'000.-. Rechnung 2005: Fr. 159'178.- Rechnung 2006: Fr. 168'370.-

Nr. 3.01.04	Waldschadenuntersuchung Fortsetzung der Untersuchung gemäss Landratsvorlage. Abrechnung des Verpflichtungskredites für das Untersuchungsprogramm 2000 - 2003, Fortsetzung des Untersuchungsprogramms auf reduziertem Niveau. Landratsvorlage 2005 / 152; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 529'000.- (Konto 2225.318.93) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 99'000.- Budget 2005: Fr. 131'000.- Budget 2006: Fr. 122'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.122 Mio.	Die Beobachtungsreihen konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Im Herbst wurde die Erstellung der vom Landrat geforderten Zwischenbilanz (Evaluation) in die Wege geleitet. Deren Ergebnisse werden im Juni 2007 vorliegen. Rechnung 2005: Fr. 255'729.- (2 Jahre) Rechnung 2006: Fr. 91'723.-
Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Umsetzung der in den verschiedenen bestehenden bzw. kurz vor der Genehmigung stehenden Waldbau-C-Projekten geplanten Massnahmen zur Sicherstellung und Wiederherstellung der Schutzwirkung vor Naturgefahren. Landratsvorlagen 2005 / 169 und 2005 / 170; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 709'000.- (Konto 225.372.72) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 135'000.- Budget 2006: Fr. 142'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.142 Mio.	Der Landrat hat am 20. 10. 2005 den beiden Vorlagen 2005 / 169 und 2005 / 170 und damit den beiden Verpflichtungskrediten für die Projekte in Laufen und in Röschenz / Dittingen zugestimmt. In den insgesamt 6 Schutzwaldprojekten konnten die Arbeiten zeit- und kostengerecht ausgeführt werden. Insgesamt wurden pauschalisierte Restkosten im Umfang von Fr. 225'500.- ausbezahlt. Es sind in keinem der Schutzwaldprojekte Gesamtkostenüberschreitungen zu erwarten. Rechnung 2005: Fr. 137'158.- Rechnung 2006: Fr. 225'500.-
Nr. 3.01.06	Leistungsvereinbarung / Stufe Bund und Waldeigentümer Aushandeln von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund und daraus abgeleitet Konkretisierung der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton und den Waldeigentümern zur Bündelung der Förderungsmassnahmen (Schutzwald und Biodiversität, allenfalls kantonale Produkte). Abstützung der neuen Subventionsinstrumente im kantonalen Waldgesetz.		Der Bund hat beschlossen, eine landesweite einheitliche Basis für die Ausscheidung von "nationalen" Schutzwäldern zu erstellen. Ziel ist es, ab 2010 nach einheitlichen Kriterien ausgeschiedene Schutzwaldflächen zu haben. Die Datenbasis dazu wurde dem Forstamt am 30. 11. 2006 eröffnet. Ebenfalls seit Herbst ist die "Bestellliste" bzw. die Zielvorgabe des Bundes bezüglich Biodiversität und Jungwaldpflege bekannt. Die Verhandlungen darüber werden in der ersten Jahreshälfte 2007 geführt.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Erfolgreiche Umsetzung der neuen, veränderten oder erweiterten Vollzugsaufgaben aufgrund der folgenden voraussichtlich in Kraft tretenden Erlasse: • Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge Schweiz - erweiterte EU (sofern diese in der Volksabstimmung vom 25. September 2005 angenommen werden); • Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit; • Departementsverordnung Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) über die Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) im Rahmen des Vollzugs des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG); • Familienzulagengesetz (sofern dieses in der Volksabstimmung vom 25. September 2005 angenommen wird).	↓ Amtsbericht 2006 Die Zielsetzungen wurden grundsätzlich allesamt erreicht. Anzumerken ist, dass zur erfolgreichen Umsetzung der flankierenden Massnahmen auf die personellen Ressourcen der Schwarzarbeitsbekämpfung gegriffen werden musste. Entsprechend konnten in jenem Bereich weniger Aktivitäten entfaltet werden. Im Budget 2007 ist deshalb eine zusätzliche Inspektorenstelle eingesetzt.	
Nr. 3.02.01	Einzelne Massnahme Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge Schweiz - erweiterte EU Die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die erweiterte EU wird mit einem Übergangsregime erfolgen, das bis zum Jahr 2011 dauert. Umgehend werden Verbesserungen zur Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen missbräuchliche Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Die Umsetzung dieser Neuerungen wird sowohl die Tripartite Kommission wie auch das KIGA Baselland in verstärktem Masse fordern. Der Bund beteiligt sich neu an den Kosten der Inspektoren zu 50 Prozent.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehrkosten gegenüber 2005 zu Lasten Kanton von ca. 0.04 Mio.	Die flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr dürfen in unserem Kanton als erfolgreich umgesetzt beurteilt werden; dies bestätigen sowohl die Beurteilungen des Bundes als auch der Sozialpartner. Die Aufgabe ist damit aber nicht erledigt, sondern wird für die nächsten Jahre eine wichtige Dauerthematik im Arbeitsmarkt bleiben.
Nr. 3.02.02	Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Das neue Gesetz wird der bestehenden Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit des KIGA Baselland eine bundesgesetzliche Grundlage geben, ihr mehr Kompetenzen und griffigere Massnahmen verschaffen. Der Bund beteiligt sich neu an den Kosten der Inspektoren zu 50 Prozent.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehrkosten gegenüber 2005 zu Lasten Kanton von ca. 0.05 Mio.	Entgegen den Erwartungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresprogramms 2006 setzte der Bundesrat das neue Bundesgesetz zur Schwarzarbeitsbekämpfung erst per 1. 1. 2008 in Kraft.

Nr. 3.02.03	Departementsverordnung EVD über die Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) im Rahmen des Vollzugs des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) Diese neue Verordnung regelt die Finanzierung der arbeitsmarktlichen Wiedereingliederungsmassnahmen (Bildungsmassnahmen, Beschäftigungsmassnahmen und Spezielle Massnahmen) für Arbeitslose völlig neu. Anstelle des bisherigen offenen Finanzierungsverfahrens tritt neu eine Kostenlimitierung in Kraft. Insgesamt darf das umgesetzte Angebot resp. der gewährte Rechtsanspruch nicht mehr als Fr. 3'500.- pro Stellen suchende Person im Jahresdurchschnitt kosten. Das System hat aber auch zur Folge, dass die kantonalen Amtsstellen mit ihren Anbieterschaften von Kollektivangeboten (Trägerorganisationen) verbindliche Leistungsvereinbarungen (mit Defizitgarantien) erstellen müssen, andererseits muss bei der Gewährung des Rechtsanspruchs AVIG-konform entschieden werden. Eine allfällige Überschreitung der Kostenlimite würde zu Lasten des jeweiligen Kantons gehen. Das KIGA Baselland hat sich am vorausgegangenen Pilotversuch beteiligt und feststellen können, dass die gewählte Vollzugspraxis dem neuen Pauschalfinanzierungssystem Rechnung trägt. Es gilt dies im Jahr 2006 zu bestätigen und zu konsolidieren bzw. definitiv zu etablieren.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Ohne finanzielle Auswirkungen für den Kanton, solange Pauschale eingehalten wird	Die neue Departementsverordnung zur Finanzierung der AMM konnte, auf der Basis der Erfahrungen der vorausgegangenen Pilotphase im Jahre 2005, ohne Probleme und unter Einhaltung der neuen Kostenlimiten umgesetzt werden. Die Umsetzung wurde im November 2006 durch die kantonale Finanzkontrolle überprüft mit gutem Resultat.
Nr. 3.02.04	Familienzulagengesetz Das neue Familienzulagengesetz bringt die Einführung des Grundsatzes "Ein Kind = eine Zulage". Dies ist insbesondere verbunden mit einer generellen Anschlusspflicht aller Arbeitgebenden (inkl. öffentliche Hand) an eine Familienausgleichskasse und einem Lastenausgleichsverfahren zwischen den Kassen. Je nach Abstimmungsergebnis werden auch die Zulagen eine Erhöhung erfahren. Die Umsetzung all dieser Punkte bedarf umfangreicher Begleit-, Informations- und Kontrollaufgaben durch die Zentrale Aufsichtskommission (ZAK / ZAF).	Finanzielle Auswirkungen 2006: Im Rahmen der bisherigen Kosten	Nach Annahme des neuen kantonalen Familienzulagengesetzes am 25. 9. 2005 erfolgte ab 1. 1. 2006 sogleich die erste Phase in der Umsetzung des neuen Gesetzeswerkes. Diese gestaltete sich etwas aufwändiger und gelegentlich auch komplexer als erwartet. Insbesondere das Anerkennungsverfahren für die Familienausgleichskassen nach neuem Gesetz führte zu einigen Verfahrens-Knacknüssen, die aber schliesslich alle gemeistert werden konnten. Die Annahme des neuen eidgenössischen Familienzulagengesetzes in der Volksabstimmung vom 26. 11. 2006 wird dazu führen, dass gewisse Punkte im kantonalen Gesetz angepasst werden müssen.

Nr. 3.02.05	KMU-Initiativen Die formulierte Verfassungsinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderinitiative) und zur formulierten Gesetzesinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Entlastungsinitiative) wurden von der Baselbieter Stimmbevölkerung mit klarem Mehr angenommen. Entsprechend sind nun die Umsetzungsarbeiten an die Hand zu nehmen.		Die gemäss § 5 des KMU-Entlastungsgesetzes vom 6. Juni 2005 vom Regierungsrat einzusetzende Konsultativkommission (KMU-Forum) wurde vom Regierungsrat per 1. 4. 2006 für eine vierjährige Amtsdauer bis 31. 3. 2010 gewählt. Sie hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. Per 1. 10. 2006 erfolgten die Inkraftsetzung der Verordnung zum Gesetz sowie eine Ergänzung der Verordnung über das Mitberichtsverfahren und das Vernehmlassungsverfahren. Für die Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung bei Erlassen werden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Verwaltungsmanagement der Zürcher Hochschule Winterthur ein Handbuch und eine Checkliste erarbeitet. Diese dienen für die Prüfung der bestehenden Erlasse und der neuen Erlasse und werden bis zum Frühjahr 2007 vorliegen. Die KMU-Anlaufstelle wird per 1. Februar 2007 eröffnet. Unter www.baselland.ch wurde ein Einstieg für KMU installiert. Die Arbeiten für die Prüfung der bestehenden Erlasse wurden aufgenommen. Gemäss § 8 des Gesetzes ist die Prüfung der bestehenden Erlasse innerhalb von 2 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes durchzuführen. Diese Frist ist zu kurz bemessen. Voraussichtlich wird es nötig sein, dem Landrat eine Fristverlängerung zu beantragen.
Nr. 3.02.06	Wirtschaftsförderungsgesetz Die verzögerte Totalrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes wird in der zweiten Jahreshälfte 2005 abgeschlossen. Die Beratung durch den Landrat wird sich voraussichtlich in die erste Jahreshälfte 2006 hineinziehen.		Die Arbeiten am Wirtschaftsförderungsgesetz konnten erst im Jahre 2006 abgeschlossen werden. Die Vorlage wurde am 27. 6. 2006 (Vorlage 2006 / 177) vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen.
Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Der erste Wirkungszeitraum des Tourismusgesetzes endet 2005. Entsprechend erfolgt eine Berichterstattung an den Landrat unter gleichzeitiger Beantragung eines neuen Verpflichtungskredites für den Zeitraum 2006 - 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.6 Mio.	Die Berichterstattung erfolgte mit der Landratsvorlage 2006 / 061 vom 21. 2. 2006. Der Landrat nahm sie in seiner Sitzung vom 11. 5. 2006 zur Kenntnis und genehmigte den Verpflichtungskredit (je 0.6 Mio. Franken pro Jahr) für den Zeitraum 2006 - 2008.

Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung wird weitergehen. Das Zentrum Ebenrain wird neue Aufgabenbereiche aufnehmen, wobei verschiedene Varianten zur Diskussion stehen. Zudem werden die GAP-Massnahmen, die 2007 umgesetzt sein müssen, vorbereitet. Dies betrifft insbesondere die Verordnung über die Tierzucht und den Viehabsatz. Es soll im Zusammenhang mit der GAP in allen Bereichen des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain geprüft werden, ob sich Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Nachbarkantonen ergeben.		↓ Amtsbericht 2006 Die revidierte Verordnung über die Tierzucht und den Viehabsatz trat am 1. 1. 2007 in Kraft. Mit 5 Nachbarkantonen wurde abgeklärt, ob eine engere Zusammenarbeit möglich ist. Sie zeichnet sich vorerst mit dem Kanton Aargau bezüglich Gemüsebauberatung sowie mit dem Kanton Solothurn bezüglich Weiterbildung ab.
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Aus- und Weiterbildung Die landwirtschaftliche Ausbildung wird den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BGBB) angepasst. Gemäss der GAP wird die Betriebsleiterschule am Ebenrain aufgegeben.		Zur Klärung, wie die landwirtschaftliche Ausbildung an das BGBB angepasst werden soll, erteilten die BKSD und die VSD einen Auftrag an die betroffenen Ämter. Die Betriebsleiterschule wird seit Mitte 2006 nicht mehr angeboten.
Nr. 3.03.02	Umschuldung von Betrieben Es besteht weiterhin ein Umschuldungsbedarf. Die Kreditbegehren kommen jedoch fallweise. Sobald fünf Kredite gewährt werden müssen, sind die verfügbaren Mittel aufgebraucht und es sind neue Bundesmittel erforderlich, die nur mit einer kantonalen Gegenleistung erhältlich sind. Deshalb sind für das Jahr 2006 200'000 Franken zur Auslösung von Bundesmitteln vorzusehen (im Budget enthalten).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Es wurden zwei Kredite über Fr. 330'000.- vergeben (Bund und Kanton zusammen).
Nr. 3.03.03	Ökologischer Ausgleich Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.016 Mio.	Im Dittingerfeld wurde für zwei schon im Jahr 2004 untersuchte Insektengruppen eine Zwischenerhebung durchgeführt, wobei die Tagfaltererhebung von 2006 einen überaus positiven Trend zeigt. Die Mittel sind wie geplant und gemäss dem Voranschlag verwendet worden.
Nr. 3.03.04	Konkordat Hochschule Wädenswil Gemäss Beschluss des Konkordatsrates wird das Konkordat für die Hochschule und das Berufsbildungszentrum Wädenswil per Ende 2006 aufgelöst. Die Schulen werden dem Kanton Zürich übergeben.	Finanzielle Auswirkungen 2006: - 0.2 Mio.	Alle Konkordatsträger stimmten der Auflösung des Konkordates und der Übergabe der Schulen an den Kanton Zürich zu. Im Kanton Basel-Landschaft ging die Zuständigkeit für die Schulbeiträge von der VSD an die BKSD über.

Nr. 3.04	Programmpunkt Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Rahmenbedingungen und Hafeninfrastruktur für den trimodalen Güterverkehr (Wasser / Schiene / Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert. Die Rheinhäfen beider Basel werden zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts zusammengelegt.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.04.01	Einzelne Massnahme Fusion und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BS / BL wird die Zusammenlegung und die Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts vorangetrieben. Dazu wird den beiden Kantonsparlamenten eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die Behandlung in den Parlamenten erfolgt in den Jahren 2005 und 2006, so dass das neue Unternehmen voraussichtlich per 1. Januar 2008 seine Tätigkeit aufnehmen kann.	Die Vorlage betreffend Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft datiert vom 13. 6. 2006 (Vorlage 2006 / 165).
Nr. 3.04.02	Verbesserung der Hafeninfrastruktur Die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft (HBL) soll zur Beseitigung von Engpässen in der Bahninfrastruktur infolge der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene mit einer Anbindung über das Areal Schweizerhalle zum Güterbahnhof Basel / Muttenz erschlossen werden (Ringanbindung). Für 2006 ist eine Landratsvorlage für einen Planungskredit geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.0 Mio.
		Die Vorlage zum Ausbau der Hafenbahn (Erschliessung des Hafenbahnhofes über das Areal Schweizerhalle) verzögert sich, da der Bericht und die Machbarkeitsstudie von massiv höheren Kosten als bis dato angenommen ausgehen und darum eine Risikoanalyse in Sachen Versorgungssicherheit empfehlen. Das weitere Vorgehen hängt unter anderem vom Entscheid der Zusammenlegung der Rheinhäfen und dem vom Bund gewünschten Zusammenschluss der Hafenbahnen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ab.

Nr. 3.05	Programmpunkt Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93) Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat zum Ziel, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen für Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung der neuen Amtlichen Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme und dadurch reduziertem jährlichem Kredit wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis zum Jahr 2017 abschliessen.	↓ Amtsbericht 2006
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PARZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden". Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 GIS Total: Fr. 2.8 Mio. (Kontengruppe 3) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 966'757.- Budget 2005: Fr. 295'000.-; Rechnung 2005: Fr. 160'030.90 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 1'126'786.94 Budget 2006: Fr. 295'500.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.296 Mio.	Die Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS BL verläuft planmässig. Wesentliche Teile des Beschlusses sind umgesetzt. Mit dem Abschluss der Vorlage wird Ende 2007 gerechnet. Mit der Aufschaltung der Geoinformationen über den Visualisierungsdienst geoView.BL im Internet, wurde im Berichtsjahr ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. Pro Arbeitstag zählen wir durchschnittlich 270 Aufrufe dieses Dienstes. (Stand November 2006). Die in der kantonalen Geodatenbank (GDWH) gespeicherten Geodaten wurden um 25 weitere Geodatensammlungen angereichert. Ein erheblicher Teil dieser neuen Geodaten wurde im Rahmen des GIS Schwerpunktprogramms 2006 der BUD bereitgestellt. Damit steht heute der Verwaltung, den Gemeinden und Dritten ein sehr umfangreiches und breites Angebot von Geodaten und Geoinformationen zur Verfügung. Die Erarbeitung der kantonalen Verordnung über Geoinformation (GeoVO) wurde in Angriff genommen. Provisorisches Ergebnis Rechnung 2006 (diverse Konten Gruppe 3): Fr. 183'820.-
--------------------	---	---	---

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2006 berücksichtigt erneut die neue Quote gemäss GAP-Massnahme und sieht die Bearbeitung von lediglich vier Gemeinden vor. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 / 2001 Total: Fr. 13.1 Mio. (Konto 2230.319.90-3) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 3'809'931.- brutto Fr. 1'626'012.- netto Budget 2005: Fr. 1'229'000.-, Rechnung 2005: 1'297'691.85 Zugehörige Ertragskonti: Konto 2230.460.00-3, Budget 2005: Fr. 121'774.-, Rechnung 2005: Fr. 103'550.70 Konto 2230.462.10-2, Budget 2005: Fr. 679'229.-, Rechnung 2005: Fr. 544'918.10 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 5'107'623.- brutto Fr. 2'275'235.85 netto Budget 2006: Fr. 1'137'400.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2006: Fr. 143'273.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2006: Fr. 518'095.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.137 Mio. brutto 0.476 Mio. netto	Das vorgesehene Programm 2006 zur 2. Etappe verläuft planmässig. Die Ausschreibungen der Operate 2006 liess Reserven stehen, welche für die Migration der AV-Daten in eine neue Version des Datenmodells verwendet wurden und eine Budgetdifferenz von + 26'000 Franken erwarten lässt. Provisorische Ergebnisse Rechnung 2006: 2230.318.90-3 Fr. 1'132'208.- / 2230.460.00-3 Fr. 142'983.- / 2230.462.10-2 Fr. 539'448.-
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft. Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe. Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und die Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden. Bodenverbesserungsmassnahmen wurden in der Vergangenheit vom Regierungsrat beschlossen. Die Massnahmen können jedoch zumeist nicht in einem einzigen Kalenderjahr zum Abschluss gebracht werden. Deshalb erfolgt ab dem Jahre 2005 eine Praxisänderung, indem dem Landrat Verpflichtungskredite (Sammelkredite oder im Falle von kommunalen Gesamtmeliorationen Einzelvorlagen) zulasten der Laufenden Rechnung unterbreitet werden.		↓Amtsbericht 2006 Die Gesamtmeliorationen: • LRV 2005 / 295 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Wahlen • LRV 2005 / 294 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Brislach • LRV 2005 / 293 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Blauen wurden vom Landrat an der Sitzung vom 23. 3. 2006 beraten und die entsprechenden Verpflichtungskredite beschlossen.

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte Die bereits bewilligten Projekte gemäss Beschlüssen des Regierungsrates werden weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.48 Mio.	Die im Meliorationsprogramm enthaltenen und durch den Regierungsrat bewilligten Bodenverbesserungen konnten in der Zwischenzeit ausgeführt und abgerechnet werden. In der Felderregulierung Roggenburg wurde die Neuzuteilung im Baugebiet durch den Regierungsrat genehmigt. Die Verpflockung und die Vermarkung läuft. Die Bauarbeiten für die letzten Bauetappen wurden eingeleitet, nachdem der Regierungsrat den Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten samt Projekt-ergänzungen genehmigt hat (RRB Nr. 208 vom 14. 2. 2006). Provisorisches Ergebnis Rechnung 2006: 2230.364.00-1 Fr. 451'185.-
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Auf der Basis des vom Regierungsrat im Herbst 2005 zu genehmigenden Rahmenkonzeptes zur Neudefinition der Gesundheitsförderung und der Prävention werden die Detailkonzepte zum Grundprogramm und zu den Schwerpunktprogrammen der kantonalen Gesundheitsförderung und der Prävention erarbeitet. Für mehrjährige Massnahmen aus diesen Programmen werden beim Landrat Verpflichtungskredite beantragt.		↓ Amtsbericht 2006 Die Vorlage betreffend Rahmenkonzept 2006 - 2010 der Gesundheitsförderung (Landratsvorlage 2006 / 092 vom 4. 4. 2006) wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 19. 10. 2006 zur Kenntnis genommen.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen: Spitalplanung BS / BL, Teilrevision des KVG Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt und Realisierung der im Bericht zur "Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt" vorgegebenen Ziele. Kontinuierliches Anpassen der von der Teilrevision des KVG betroffenen kantonalen Gesetze. Ausarbeiten der zur Einführung des Globalkredites notwendigen Controlling- und Reportingmassnahmen mit den kantonalen Spitälern. Erarbeitung des Versorgungskonzeptes mit Ausrichtung auf den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 3.08.01	Einzelne Massnahme Regionale Zusammenarbeit in der Spitalversorgung, speziell mit dem Kanton Basel-Stadt Der gemeinsame Bericht zur "Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt" (stationärer Bereich) bildet zusammen mit den Ergebnissen aus den Teilprojekten der Standards BS / BL des Partnerschaftsprojektes (vgl. Programmpunkt FKD 2.01.04) die Basis für die anstehenden Umsetzungsarbeiten.		Die Vorlage betreffend Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (stationärer Bereich) vom 20. 9. 2005 (Landratsvorlage 2005 / 250) wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 6. 4. 2006 zur Kenntnis genommen.
Nr. 3.08.02	Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Vgl. Programmpunkt BUD 4.04.02.		Die Vorbereitungen laufen. Die VSD ist mit einem Sitz im Projektausschuss und mit einem Sitz in der Baukommission vertreten.
Nr. 3.08.06	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes Das total revidierte Gesundheitsgesetz soll dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zur Beratung unterbreitet werden.		Die Gesetzesarbeit konnte im Jahre 2006 nicht abgeschlossen werden. Die Arbeiten wurden vorangetrieben und das interne Mitberichtsverfahren durchgeführt. Das externe Vernehmlassungsverfahren wird im Januar 2007 eröffnet.
Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz Strategische Zielsetzungen Abschluss der ersten Tranche von Sanierungsmassnahmen (SM 1) zur Sicherstellung des laufenden Betriebes, Sicherstellung des laufenden Betriebes durch Reparatur- und Sanierungsarbeiten ausserhalb der vom Landrat bewilligten Teilprojekte in enger Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion. Optimierung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwecks Verbesserung der Patientenzufriedenheit. Überprüfung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe und der internen Leistungskataloge zwecks Senkung der Betriebskosten. Konsolidierung der Integration zusätzlicher Mitarbeitender, welche im Zusammenhang mit dem Eidgenössischen Arbeitsgesetz im Bereich der Arbeitszeiten für Assistenzärzte angestellt wurden sowie restriktives Stellenmanagement zwecks Schaffung von Handlungsspielräumen und zur Einhaltung der Budgetvorgaben. Umsetzung der Vorgaben herrührend aus der gemeinsamen Spitalplanung BS / BL, Anpassung der Strategien als Grundlage für die Planung der baulichen Massnahmen betreffend Sanierung und Umbauten. Aufbau von Managementsystemen im Hinblick auf die Einführung neuer Finanzierungsmodelle.		↓ Amtsbericht 2006 17 Projekte sind abgeschlossen. Sehr gute und produktive Zusammenarbeit mit der BUD. Arbeitsgruppen überprüfen die Schnittstellen auf Verbesserungspotenzial. Einsatzpläne, beispielsweise in der Pflege, wurden angepasst. Der Stellenplan 2006 wurde eingehalten. Das Leistungsangebot wird optimiert und diverse Business Cases sind in Erarbeitung. Mögliche Raumrochaden zur Schaffung von Zusatzangeboten sind geplant. Mitarbeit im kantonal koordinierten eidgenössischen Spital-Projekt REKOLE (Revision der Kostenrechnung und Leistungserfassung) als Grundlage für die Umsetzung einer Kostenträger- oder Fallkostenrechnung.

Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss Landratsvorlage 2003 / 168: Fertigstellung der ersten Stufe; Vorbereitung und fallweise Umsetzung der zweiten Stufe gemäss der sich in Vorbereitung befindlichen Landratsvorlage (vgl. auch Programmpunkt BUD 4.04.02).		Von den 19 Teilprojekten konnten im Berichtsjahr 17 abgeschlossen werden. Zum Beispiel die Sanierung der Kälteanlage und der Kühlung NS-HV / USV (Niederspannungs-Stromhauptverteilung / unterbrochene Stromversorgung), die Erneuerung der Topfpöhlanlagen, die Verbesserung der Wasseraufbereitung und der Brandmeldeanlage. Die Sanierung der ersten drei Aufzüge wurde infolge eines Beschwerdeverfahrens um einige Monate verzögert, so dass diese Arbeiten erst im Juni 2007 abgeschlossen werden können.
Nr. 3.09.03	Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte (EPA) (vgl. Programmpunkt VSD 3.09.03 im Jahresprogramm 2005).		Bis Ende 2006 konnten folgende Schritte erfolgreich durchgeführt werden: - Durchführung eines Business Cases zur Abschätzung der Einsparungspotenziale und der Kosten eines EPA-Vollausbaus. - Start der Realisierung der zwei wichtigen zentralen Plattformen "Elektronisches Universalarchiv" und "Elektronisches Auftragsmanagement". - Initialisierung der priorisierten Workflow-Projekte in den Bereichen Pflege, Medizindiagnostik Ambulatorien / Sprechstunden, Notfallstation und OPS. - Auswahl eines zentralen elektronischen Managementsystems für nicht-radiologische Bilddaten.
Nr. 3.09.06	Restriktive Bewirtschaftung der Stellenpläne Verzögerte Wiederanstellungen bzw. gezielter Verzicht auf die Neubesetzung frei werdender Stellen durch den Abbau definierter Leistungspakete, um frei werdende Stellen in strategisch wichtigen Positionen einsetzen zu können.		Die Einhaltung des Stellenplans wurde mittels eines effektiven Controlling-Instrumentes sichergestellt. Auch der Personalaufwand wurde dadurch eingehalten.
Nr. 3.09.07	Verbesserung der Patientenzufriedenheit Definition der Aufgaben und der Verantwortlichkeiten zwischen dem Pflegedienst und der Hotellerie im Bereich der Patientenverpflegung und Einführung eines neuen Menüwahlsystems.	Investitionsbedarf 2006: 0.250 Mio.	Das neue Menüwahlsystem wurde evaluiert und bestellt. Die Parametrisierung ist in Arbeit. Nach entsprechender Schulung der Betroffenen wird das System im April 2007 definitiv in Betrieb genommen. Im Rahmen dieser Einführung ist auch die Erweiterung des Angebotes für die Patienten der Privatstationen (5. und 12. Stock) geplant. Im Jahre 2006 wurden rund Fr. 70'000.- investiert.

Nr. 3.09.08	Optimierung der Betriebsabläufe Konsolidierung der integrierten Terminplanung im Operationssaal und Optimierung der Nutzung der Säle. Überprüfen einzelner Leistungskataloge und Optimierung der Leistungserbringung durch Aufgabentransfers. Abschlüsse von internen Leistungsaufträgen zum Beispiel zwischen den Kliniken und den Beratungsdiensten.	Investitionsbedarf 2006: 0.2 Mio.	Die Einführung des OPS-Planungssystems wurde erfolgreich realisiert. Jetzt werden auch die Ist-Zeiten nachgetragen, was zu Zeiteinsparungen führt. Es wurde eine Stelle OP-Manager geschaffen, die mit einem Kaderarzt der Anästhesie besetzt wurde. Er übernimmt seine Funktion definitiv ab dem 1. 1. 2007. Im Jahre 2006 wurden rund Fr. 10'000.- investiert.
Nr. 3.09.09	Aufbau von Managementsystemen Einführung einer umfassenden Kostenträgerrechnung und Aufbau eines internen Case-Managements zwecks Kostenkalkulation und Kostenmanagement im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen.		Projekt REKOLE, vgl. oben 3.09 und nachstehend 3.10.04: Vorbereitung des Betriebes einer Kostenträgerrechnung in Kombination mit der bereits im 2004 eingeführten zentralen medizinischen Codierung. Damit besteht die Basis für die Berechnung von Fallpreispauschalen als absehbare neue Finanzierungsform.
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal Strategische Zielsetzungen Klinikreorganisation im Bereich Geburtshilfe an der Frauenklinik; Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE); Umsetzung der IT-Strategie in den Baselbieter Spitälern.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.10.02	Einzelne Massnahme Klinikreorganisation Frauenklinik Mit einer Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe (Prüfung des Einbezuges von Belegärzten) sollen bei gleich bleibendem Personalbestand die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und damit die Wirtschaftlichkeit der Klinik gesteigert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio. Ergebnisverbesserung	Die Frauenklinik wurde reorganisiert und die angestrebte Ertragssteigerung konnte erreicht werden. Zudem sind die Grundlagen für einen Einbezug von Belegärzten im Bereich der Geburtshilfe erarbeitet worden; ein entsprechender Vertrag ist von der VSD genehmigt worden. Das Angebot wird anfangs 2007 per Inserat bekannt gemacht.
Nr. 3.10.04	Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE) Weiterer Ausbau der Kostenrechnung und Anpassung der Strukturen zur Einführung von REKOLE (gesamtschweizerisch Revidierte Kostenrechnung und Leistungserfassung der Spitäler). Dieser Programmpunkt gilt für alle Spitäler.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Auf der Basis eines umfassenden Konzeptes erfolgten die notwendigen Anpassungen in der Leistungserfassung. Gleichzeitig wurden die Kontenpläne angepasst und die Kostenträgerrechnung per 2007 eingeführt. Die Projektziele konnten schrittweise erfüllt werden (Projektabschluss im Jahr 2007).

Nr. 3.10.05	Umsetzung der IT-Strategie in den Baselbieter Spitälern Einerseits werden die Strukturen für die strategische und die planerische Führung der Informatik in den Baselbieter Spitälern angepasst. Zum anderen soll ein Synergiepotenzial durch eine verbesserte Koordination der IT-Projekte und eine engere Zusammenarbeit der Spitäler erschlossen werden. Realisiert wird auch der Anschluss aller Spitäler und Annexbetriebe an das Kantonsnetz. Dieser Programmpunkt gilt für alle Spitäler.		Die Strukturen sind angepasst, d. h. es ist ein IT-Koordinator eingesetzt worden, welcher die Zusammenarbeit koordiniert und die Verbindung zur FGI (Fachgruppe Informatik BL) sicherstellt. Zudem ist auf der Basis des Kantonsnetzes ein Spitalnetz BL realisiert worden. Bei den weiteren gemeinsamen Projekten ist nebst dem vereinheitlichten Laborinformationssystem für die Kantonsspitäler Bruderholz, Liestal und Laufen auch der verschlüsselte Datenverkehr mit den Hausärzten erwähnenswert, der ab 2007 auf einer gemeinsamen Plattform in Betrieb ist.
Nr. 3.11	Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie (KIP) Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie. Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.11.01	Einzelne Massnahme Umbau und Modernisierung Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003 / 170. Mit dieser im Januar 2004 bewilligten Vorlage werden durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP hergerichtet. Ausführungsplanung 2004, Bezug Mitte 2006. Landratsvorlage 2003 / 170; Verpflichtungskredit LRB 15.1. 2004 Total: Fr. 11'200'000.- (Konto 2320.503.30-224) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 907'000.- Budget 2005: Fr. 8'000'000.- Budget 2006: Fr. 2'300'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.3 Mio.	Der Projektablauf erfolgte im Rahmen der Vorgaben sehr zufrieden stellend. Im Frühjahr 2006 konnten die neuen Räumlichkeiten fristgerecht dem Betrieb übergeben werden. Gemäss Reporting der BUD kann zudem ein Projektabschluss im Rahmen der bewilligten Mittel realisiert werden. Wegen noch ausstehender Abschlussarbeiten / Garantearbeiten liegt die definitive Bauabrechnung erst im Verlaufe des Jahres 2007 vor. Bezüglich Stand des Verpflichtungskredits wird auf die Amtsberichterstattung der BUD verwiesen.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 3.12.01	Einzelne Massnahme Massnahmen zur Effizienzsteigerung Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden. Zielsetzung für 2006: Erfüllung der Vorgabe aus der GAP.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio. Ergebnisverbesserung	Die Massnahme wird schrittweise realisiert. Im Rahmen des Projektfortschrittes erfolgte im Jahr 2006 eine Preisreduktion für die Spitäler. Die anvisierte Kosteneinsparung für die einzelnen Betriebe konnte somit nachhaltig erfüllt werden.
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen Strategische Zielsetzungen Erneuerung und Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Nachfrage und an die veränderten Rahmenbedingungen mit Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie. Einführung der für den Globalkredit notwendigen Instrumente bezüglich Leistungen, Controlling und Reporting.		↓ Amtsbericht 2006 2006 wurden in Verbindung mit dem Hochbauamt wesentliche Verbesserungen der Infrastruktur realisiert. Insbesondere wurde die bisherige Überwachungsstation zu einer vollwertigen IMC (Intermediate Care)-Station mit angegliedertem Aufwachraum ausgebaut. Die Controlling-Instrumente wurden aufgebaut und werden ab 2007 eingesetzt. Zudem erfolgten in der Informatik weitere wichtige Schritte zur Erhöhung der Integration und zur optimalen Nutzung der Ressourcen.
Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Hinblick auf eine Kreditvorlage an den Landrat.		Neben den vorstehend erwähnten zahlreichen kleineren Projekten wurde die Erneuerung der Radiologie eingeleitet. Sie ist zurzeit in der Bearbeitung und der Umsetzung. Die Erneuerung der Operationssäle und weitere grössere bauliche Vorhaben sind zusammen mit dem Hochbauamt in der Vorbereitung.
Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Aufnahme und Konsolidierung des Klinikbetriebes im umgebauten Haus A der Kantonalen Psychiatrischen Klinik. Umsetzung der Folgeplanung II in den Bereichen Psychiatrische Forensik und Alterspsychiatrischer Dienst.		↓ Amtsbericht 2006 Die Aufnahme und die Konsolidierung des Klinikbetriebes im umgebauten Haus A ist erfolgt und abgeschlossen.

Nr. 3.14.01	Einzelne Massnahme Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland Fachstelle für Psychiatrische Forensik Aufbau der Fachstelle für Psychiatrische Forensik an den Externen Psychiatrischen Diensten in Kooperation mit den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden Basel-Landschaft sowie der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft. Alterspsychiatrischer Dienst Die Landratsvorlage für die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes an den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wird beim Landrat eingereicht.		Fachstelle für Psychiatrische Forensik: Das Projekt wurde modifiziert. Die Fachstelle hat ihren Betrieb in reduzierter Form aufgenommen. Ein Klinikbett im Untersuchungsgefängnis Liestal ist vorgesehen. Der Betrieb steht kurz vor der Umsetzung. Alterspsychiatrischer Dienst: Die Planung ist fortgeschritten. Die Erarbeitung der Landratsvorlage ist weitgehend abgeschlossen. Letzte Abklärungen bezüglich Bau- und Raumprogramm stehen noch aus.
Nr. 3.14.03	Kantonale Psychiatrische Klinik: Aufnahme des Klinikbetriebes Umsetzung der an das umgebaute Gebäude angepassten Konzepte in den Bereichen Behandlung, Pflege und Hotellerie sowie der adaptierten Organisationsstrukturen.		Die Massnahme ist erfolgt.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Laboratorium Strategische Zielsetzungen Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Stadt und Aargau intensivieren.		↓ Amtsbericht 2006 Die Regierungen der Kantone BS und BL prüfen eine Zusammenlegung der beiden kantonalen Labors.
Nr. 3.15.03	Einzelne Massnahme Koordination mit den Labors der Kantone BS und AG Es wird ein Vertrag erarbeitet, wonach die Analytik in einem gemeinsamen Jahresplan koordiniert wird. Weiter sollen Schwerpunkte und Kompetenzen abgesprochen und gegenseitig zur Verfügung gestellt werden.		Der Vertrag wurde durch die Dienststellenleiter in den Kantonen AG / BS / BL unterschrieben und durch den Vorsteher der VSD genehmigt.

Teil 4 Bau- und Umweltschuttdirektion (BUD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Effizient in eine gemeinsame Zukunft"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Tiefbau

Die Bewirtschaftung des Gesamtnetzes des Strassen- und Schienenverkehrs sowie das Verkehrsmanagement erhalten hohe Priorität. Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler, regionaler und kommunaler Bedeutung, Schienennetze für den öffentlichen Verkehr im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden. Ein weiteres Anliegen liegt im Sicherstellen des Hochwasserschutzes unter gleichzeitiger Gewährleistung einer naturnahen Gewässergestaltung.

Hochbau

Im Zuge der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) wird die im Jahre 2004 eingeleitete Erarbeitung einer Grobstrategie für die räumliche Entwicklung der Verwaltung ausgeweitet zu einem übergeordneten Projekt, dem Aufbau eines Flächenmanagementsystems. Neben der Erarbeitung von raumrelevanten Strategien wird ein Massnahmenpaket zur kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung zusammengestellt.

Umweltschutz und Energie

Abfall, Stoffe

Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle. Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet (mit dem Kanton Solothurn).

Chemikalien, Altlasten

Das neue Chemikalienrecht ist eingeführt. Abschluss der Erhebung der belasteten Standorte. Die Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung werden weitergeführt.

Luftreinhaltung

Nachführen des Luftreinhalteplans vom Juli 2004 gemäss parlamentarischem Auftrag. Im Zusammenhang mit der sich in Revision befindlichen Luftreinhalteverordnung führt die Schwerpunktsetzung beim Feinstaub zu Vollzugsmassnahmen (Kontrollen und Sanierungen) bei Holzfeuerungsanlagen. Synergien und Abstimmung mit der kantonalen Energieförderung sind anzugehen.

Energie

Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien. Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel.

Nachhaltige Entwicklung

Mitwirkung bei der Umsetzung der Strategie "Nachhaltige Entwicklung Basel-Landschaft 2003 - 2007": Forum für nachhaltige Entwicklung; Erfolgskontrolle der

nachhaltigen Entwicklung (Nachhaltigkeitsaudit); "Impuls 21": Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden.

Umweltbeobachtung

Umweltbeobachtung liefert die Grundlagen zur periodischen Legitimation der Tätigkeiten gegenüber der Politik und der Gesellschaft. Es werden Grundlagen bereitgestellt für die strategische Steuerung sowie für die Erfassung der Wirksamkeit der Tätigkeiten.

Sicherheit

Der Vollzug von Störfallverordnung, Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie der Gefahrgutbeauftragtenverordnung hat das Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen und die Synergien und die Ressourcen optimal zu nutzen. Als Schwerpunkt werden einzelne Projekte im Bereich Mikroorganismen und beim Transport gefährlicher Güter forciert. Der Rangierbahnhof Muttenz als Knotenpunkt für den Transport gefährlicher Güter soll dank einer Risikoermittlung auf seine Sicherheit beurteilt werden und allfällige Massnahmen sollen verlangt werden.

Raumplanung

Im kommenden Jahr stellen die Planung mit dem Kantonalen Richtplan und dem Agglomerationsprogramm sowie der öffentliche Verkehr mit dem Generellen Leistungsauftrag und den Investitionen in dessen Infrastruktur die Schwerpunkte der Raumplanung dar.

Geografisches Informations-System (GIS)

Als Folge der Erhebung des Potenzials für Rationalisierung und Qualitätssteigerung durch den Einsatz von GIS ist dessen forcierte Einführung zum Dienststellen übergreifenden, interdisziplinären Schwerpunkt ernannt worden; die notwendigen finanziellen Mittel sind im Budget des Generalsekretariates gekennzeichnet.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Bei der Linie 10 stehen die Trasseerneuerung sowie der Ausbau von Münchenstein-Dorf bis BBC, bei der Linie 11 die Aufhebung bzw. die Absicherung von Niveauübergängen in Münchenstein, Reinach und Aesch sowie die Erneuerung der Innerortsstrecke Reinach-Dorf an. Ziele dieser Massnahmen sind nach wie vor die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit. Steigende Bedeutung kommt den Erhaltungsmassnahmen für die Schienen gebundenen Trassen zu. Hier drängen sich in der nächsten Legislaturperiode weitere Massnahmen auf, wie zum Beispiel in Allschwil die Erneuerung der Gleise für die BVB-Linie 6. Zudem ist ab 2006 die Realisierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahnübergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen.	↓ Amtsbericht 2006	
Nr. 4.01.01	Einzelne Massnahme BLT-Linie 10, Münchenstein Trasseerneuerung und Ausbau von Münchenstein-Dorf bis Haltestelle BBC. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1348 / 1989 Total: Fr. 68'100'000.- (Konto 2317.701.40-002) Neu Konto 2317 / 364.00-002 in der Laufenden Rechnung Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 53'279'048.15 Budget 2005: Fr. 100'000.- Budget 2006: Fr. 0.- (Der Realisierungsbeginn muss mangels zur Verfügung stehender Kredite verschoben werden.)		Mit den Bauarbeiten wurde im Sommer 2006 begonnen.
Nr. 4.01.02	BLT-Linie 11, Münchenstein, Reinach und Aesch Ortsdurchfahrt Reinach, Projektierung Innerortsstrecke. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2481 / 1995 und 1478 / 2002 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003) Neu Konto 2317 / 364.00-003 in der Laufenden Rechnung Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 24'395'173.20 Budget 2005: Fr. 500'000.- Budget 2006: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.5 Mio.	Die Planung für die Sanierung und die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Reinach ist weiter geführt worden; das Vorprojekt liegt vor.

Nr. 4.01.03	Waldenburgerbahn, Oberdorf Bauarbeiten abgeschlossen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1988 / 1999 Total: Fr 12.000'000.- (Konto 2312.701.20-134) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 7'128'330.55 Budget 2005: Fr. 2'000'000.- Budget 2006: Fr. 0.-		Die Bauarbeiten konnten bereits 2005 abgeschlossen werden. Die Nebenarbeiten wurden 2006 abgeschlossen.
Nr. 4.01.04	Dornach / Arlesheim: Umgestaltung Bahnhof Mitwirkung bei der Revision des Quartierplans mit Neubau Gleisanlagen BLT 10 und Doppelspurausbau bis Stollenrain, Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Vorprojekt ist vorhanden, Bauprojekt und Landratsvorlage sind in Bearbeitung.
Nr. 4.01.05	Allschwil, Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen Erarbeitung des Erhaltungskonzeptes und Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. (Konto 2317.501.40-014) Neu Konto 2317 / 364.00-014 in der Laufenden Rechnung Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 1'500'000.- Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.5 Mio.	Das Vorprojekt ist vorhanden, die Vernehmlassung wird eingeleitet.
Nr. 4.01.06	Binningen, Kronenplatz, Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz Bau ab 2006 (nach Beschwerdeentscheid durch das Kantonsgericht). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 142 / 2003 Total: Fr 9'100'000.- (Konto 2312.701.20-090) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 338'272.- Budget 2005: Fr. 200'000.- Budget 2006: Fr. 0.- (Die Realisierung muss wegen eines hängigen Beschwerdeverfahrens verschoben werden.)		Die Projektierungsarbeiten sind abgeschlossen. Der Baubeginn ist zeitlich abhängig von den Aktivitäten eines privaten Investors.

Nr. 4.01.08	Tram- / Bahnübergänge, Optimierungsmassnahmen Realisierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahnübergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. (Konto 2317.501.40-012) Neu Konto 2317 / 364.00-012 in der Laufenden Rechnung Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 2'500'000.- Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.5 Mio.	Nachdem der Landrat den Kredit genehmigt hatte, sind als erstes die Projektierungsarbeiten für die Optimierungsmassnahmen an der Strecke der Waldenburgerbahn aufgenommen worden.
Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, Muttenz - Pratteln Erneuerung der Tramgeleise 2. Etappe, Ausarbeitung des Bauprojektes und Landratsvorlage, Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. (Konto 2317.501.40-006) Neu Konto 2317 / 364.00-006 in der Laufenden Rechnung Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 0.- Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Der genaue Zeitpunkt des Instandsetzungsbedarfs ist in Abklärung.
Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die zurzeit zur Verfügung stehenden Mittel decken den erforderlichen Bedarf nicht ab. Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Den Vorgaben des Bundes entsprechende betriebsbereite Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Der Kanton Basel-Landschaft strebt die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse Basel - Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) wird der Bund ab 2008 die Zuständigkeit für Betrieb und Erhaltung der Nationalstrassen übernehmen. Der Kanton setzt sich zum Ziel, den Werkhof Sissach auch künftig als Standort zu erhalten.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Weiterbearbeiten des Konzeptes Optimierung der Strasseninfrastruktur auf der Basis des Richtplans, des Schwachstellenplans sowie des Ausbaustandards, teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der laufenden Rechnung. Kein Verpflichtungskredit notwendig.		Der Schwachstellenplan Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss liegt in einer ersten Version vor.
Nr. 4.02.02	Standards der Verkehrsinfrastruktur Fertigstellen des Konzeptes betreffend Standards und Mittelbedarf, teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung und soweit möglich regional abgestützt; im Rahmen der laufenden Rechnung. Kein Verpflichtungskredit notwendig.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Ergebnisbericht über die Standards der Verkehrsinfrastruktur ist vom Regierungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen sowie der landrätlichen Bau- und Planungskommission vorgestellt worden. Die Ergebnisse fliessen sukzessive in die Planungen / Projektierungen der kantonalen Verkehrsinfrastruktur ein.
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen (3. Röhre) Detailprojekte für Bau und Elektromechanik / Lüftung. Ziel: Erreichen des definitiven Bauentscheides 2007 und Baureife 2009. Hauptarbeiten gemäss 7. langfristigem Bauprogramm des Bundes 2010 - 2014. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio. (Kantonsanteil BL)	Der Beginn der Detailprojektierung ist um mehr als ein Jahr wegen einer beschaffungsrechtlichen Beschwerde verzögert worden.
Nr. 4.02.04	A2 Erhaltungsabschnitt Basel - Augst Hauptarbeiten 2006 / 2007: Totalersatz Belag, Instandsetzung Kunstbauten mit umfassenden verkehrlichen Hilfsmassnahmen wie Hilfsbrücken, Brückenverbreiterungen. Gemeinsames Projekt BL / BS / AG. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 6.5 Mio. (Kantonsanteil BL)	Die Fahrtrichtung BE / LU wurde programmgemäss instand gesetzt.

Nr. 4.02.05	H2 Umfahrung Sissach Abschluss der Bauarbeiten sowie Fertigstellung Bauprojekt für die flankierenden Massnahmen; Massnahmen zur Bewältigung von Hebungen infolge Gipskeuperdruck; Ausrüstungsarbeiten im Hinblick auf Inbetriebnahme. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0077 / 1987, 2696 / 1991 und 887 / 2004 Total: Fr 274'170'000.- (Konto 2312.701.20-104) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 241'344'428.20 Budget 2005: Fr. 44'800'000.- Budget 2006: Fr. 29'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 29.0 Mio. brutto	Die H2 Umfahrung Sissach wurde am 20. Dezember 2006 in Betrieb genommen.
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Weiterführung der Projektierungsarbeiten und Beginn der Bauarbeiten vorbehaltlich der Finanzierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2418 / 1995 Total: Fr 248'000'000.- (Konto 2312.701.20-004) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 63'244'295.25 Budget 2005: Fr. 200'000.- Budget 2006: Fr. 15'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 15.0 Mio.	Der Landrat hat den Kredit für den durchgehend geschlossenen Tunnel bewilligt. Der Spatenstich im Abschnitt Süd erfolgte am 26. Oktober 2006; die Projektierungsarbeiten für das Tunnelprojekt sind vergeben.
Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Weiterbearbeitung des Verkehrskonzeptes Liestal mit Zentrumsanschluss (Aufnahme in KRIP), Ausarbeitung Generelles Projekt und Landratsvorlage mit dem Ziel Instandsetzung und Realisierung bis 2012. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 1217 / 2001 Total: Fr 900'000.- (Konto 2312.701.10-138) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 459'833.75 Budget 2005: Fr. 100'000.- Budget 2006: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Das Vorprojekt liegt vor und geht in die Vernehmlassung.

Nr. 4.02.08	H2 Umfahrung Laufen / Zwingen Zweckmässigkeitsbeurteilung der Planungsstudien und Start der Arbeiten für das Generelle Projekt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 672 / 2000 Total: Fr 3'000'000.- (Konto 2312.701.10-013) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 426'614.35 Budget 2005: Fr. 300'000.- Budget 2006: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.5 Mio.	Die Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) ist abgeschlossen und der Variantenentscheid gefällt. Die Arbeiten für das Vorprojekt erfolgen ab 2007.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Entscheid (LRB) betreffend Aufnahme in den Richtplan. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1766 / 1994 (Leimental-Birstal, Projektierung) Total: Fr 700'000.- (Konto 2312.701.10-125) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 505'083.15 Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 50'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Die Trassesicherung ist im Kantonalen Richtplan (KRIP) enthalten.
Nr. 4.02.10	Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrssleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung (Rubriken 2312, 2313, 2314).	Finanzielle Auswirkungen 2006: Diverse Konti Lf. Rg. und IV-Rg., Rubriken 2312, 2313 und 2314	Trotz der reduzierten finanziellen Mittel konnte die Betriebsbereitschaft der Strassen aufrechterhalten werden. Für die kommenden Jahre wurde festgelegt, dass die Mittel für die Werterhaltung erste Priorität haben. Die Finanzen sind bei den Investitionen entsprechend erhöht worden. Hingegen sind die Betriebsmittel in der Laufenden Rechnung, insbesondere bei den Kantonsstrassen, nach wie vor zu tief und - soll eine Zunahme der Sachschäden verhindert werden - dringend anzuheben.

Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 0032 / 1996 und 0074 / 1998 Total: Fr 47'722'173.- (Konto 2312.701.20-007) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 22'655'737.85 Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.5 Mio.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen aus Budgetgründen nach reduziertem Programm.
Nr. 4.02.12	A2 Erhaltungsabschnitt Augst - Diegten (inkl. Tunnel Arisdorf) Restarbeiten Erhöhung Tunnelsicherheit in Nachtsperren. Ankerersatz Felswand Tenniken. Erneuerung Rastplätze Itingen / Tenniken 1. Etappe. Instandsetzungen Dienstweg Diegten (Kantonsstrasse) und Rutschgebiet Anschluss Diegten. Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.5 Mio. (Kantonsanteil BL)	Der Ankerersatz der Felswand Tenniken wurde wegen Budgetrestriktionen des Bundes auf 2007 verschoben.
Nr. 4.02.13	H18 Erhaltungsabschnitt Rütihard - Reinach Nord Ausführung 2006: Instandsetzung Viadukt Rütihard, Belag offene Strecke und Teilerneuerung Fahrzeughaltesysteme in je 1 Fahrtrichtung. 2. Etappe (andere Fahrtrichtung) 2006. Keine Vorlagen, Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2 / H18.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 5.0 Mio.	Die Fahrtrichtung Basel 2006 inkl. dringlicher Massnahmen zur geotechnischen Sanierung einer Senkungsmulde ist instand gesetzt. Die Etappe Richtung Delémont folgt 2007.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach Ausarbeitung Bauprojekt und Landratsvorlage. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Vorprojekt ist vorhanden und die Landratsvorlage in Bearbeitung.
Nr. 4.02.15	Gelterkinden - Rickenbach, Korrektur und Radroute Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Der Kreditbeschluss durch den Landrat ist erfolgt.
Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung Bauprojekt. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Vorprojekt ist vorhanden; Bauprojekt und Landratsvorlage sind in Bearbeitung.

Nr. 4.02.17	Füllinsdorf, Korrektur Giebenacherstrasse Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken und Realisierung Bauarbeiten ab 2006. (Konto 2312.501.20-140) Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 450'000.- Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.45 Mio.	Mit den Bauarbeiten ist im August 2006 begonnen worden.
Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke / HWS und Fischgängigkeit Birs Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung Bauprojekt. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Bauprojekt ist vorhanden und die Kreditvorlage an den Landrat überwiesen.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse / HWS Hintere Frenke Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Bauprojekt und der Entwurf zur Landratsvorlage sind vorhanden.
Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Die Projektierungsarbeiten und die Landratsvorlage sind aufgrund von Budgetkürzungen und Projektänderungsanträgen zurückgestellt.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB). Verpflichtungskredit erwirken. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.		Das Bauprojekt ist in Bearbeitung.
Nr. 4.02.22	Binnigen, Sanierung Brücke Schlossgasse Pauschalbeitrag an Brückensanierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1070 / 1989 Total: Fr 900'000.- (Konto 2312.501.20-089) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 900'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.9 Mio.	Da die Brücke noch nicht saniert ist, wurde der Pauschalbeitrag noch nicht fällig.

Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen aus dem Strassensanierungsprogramm, gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung (Rubrik 2312, verschiedene Konti).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.75 Mio.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen nach Programm.
Nr. 4.02.24	Sicherheitsmassnahmen Transportrisikoanalyse Umsetzung der Massnahmen aus der Transportrisikoanalyse, gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung (Konto 2312.501.20-950). Budget 2005: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 200'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Die Bestandesaufnahme im Laufental ist erstellt. Die ersten punktuellen Massnahmen wurden im Rahmen von Instandsetzungen bereits umgesetzt.
Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau: Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.03.01	Einzelne Massnahme Wasserbaukonzept Das neue Wasserbaukonzept (WBauK) wurde im Mai 2005 durch den Regierungsrat beschlossen. Die Realisierung einzelner Projekte aus dem WBauK erfordert entsprechende Verpflichtungskredite und / oder Genehmigung der entsprechenden Mittel im Budget. Kein Verpflichtungskredit notwendig.		Bottmingen, Birsig: Das erste Teilstück der Revitalisierung im Bereich Schwimmbad ist abgeschlossen.
Nr. 4.03.02	Passiver Hochwasserschutz Mitarbeit bei der Erstellung der Gefahrenkarten, ausschliesslich mit eigenen personellen Ressourcen, da 2006 für externe Unterstützung keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Kein Verpflichtungskredit vorgesehen.		Mit den Vorbereitungen für die Ausschreibung der Gefahrenkarten wurde begonnen. Die Federführung liegt bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV).

Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz Erarbeitung des rechtsgültigen Bauprojektes im 2005, Baubeginn vorbereiten im 2005 / 2006, Bauarbeiten ab Anfangs 2006. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2106 / 2003 Total: Fr 7'090'000.- (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2004 verbraucht: Brutto Fr. 512'711.35 Budget 2005: Fr. 100'000.- Budget 2006: Fr. 2'200'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.2 Mio.	Der Baubeginn beim Hochwasserrückhaltebecken "Isigs Brüggli" ist erfolgt, jener für den Amphibienschutz für das 2. Quartal 2007 vorgesehen.
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz Erarbeitung der Landratsvorlage für den Verpflichtungskredit, Realisierung vorbereiten.		Der Landrat hat den Kredit bewilligt; die Realisierung ist ab 2008 vorgesehen.
Nr. 4.03.06	Revitalisierungen der Birs im Raum Reinach Projektierungs- und Bauarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio.	Weitergehende Untersuchungen in den Grundwasserschutzzonen liessen die Projektierungs- und die Bauarbeiten stoppen. Der Bericht liegt Anfang 2007 vor.
Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Mit der Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln aus der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) soll die Erarbeitung eines Flächenmanagementsystems konzeptionell, konzentriert und umfassend erfolgen. Aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage des Kantons sind die anstehenden Nutzerbedürfnisse sowie die notwendigen Sanierungsarbeiten im Hochbauamt zur Substanzerhaltung auf das Notwendigste reduziert. Der durch das Projekt GAP im Jahr 2005 ausgelöste Antrag eines Stellenstopps in der Verwaltung sollte die Notwendigkeit der Schaffung von neuem Raum reduzieren. Die Erfüllung dieses Auftrags kann jedoch nicht vom Hochbauamt beeinflusst werden. Der mehrjährige Finanzplan zeigt den Bedarf von verschiedenen Grossprojekten im Bereich Bildung, Justiz und Gesundheit auf. Die Umsetzung von Investitionsprojekten wird weiterhin nach Prioritäten erfolgen.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Erarbeitung Flächenmanagement Bearbeitung der Phasen (3) Ergebnisse und (4) Massnahmen gemäss des Konzeptes Aufbau eines Flächenmanagementsystems. Das Projekt ist auf Ende 2006 mit der Phase (5) Umsetzung mit einer Information an den Landrat sowie der Einführung der Massnahmen abgeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.15 Mio.	Das Projekt ist infolge der aufwändigen Gebäude- und Personendatenbeschaffung verzögert. Die Resultate liegen erst zum Ende des 1. Quartals 2007 vor.
Nr. 4.04.02	Landratsvorlagen / Verpflichtungskredit LRB		
	Augst, 2. Sanierungsstufe Römisches Theater Total: Fr. 16.35 Mio. (Konto 2320.503.30-189) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 13.87 Mio. Budget 2005: Fr. 1.50 Mio. Budget 2006: Fr. 1.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.1 Mio.	Die umfassenden Umgebungsarbeiten konnten termingerecht abgeschlossen werden, so dass die Fertigstellung des Projektes im 1. Quartal 2007 sichergestellt ist.
	Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung Total: Fr. 1.04 Mio. (Konto 2320.503.30-225) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.46 Mio. Budget 2005: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.80 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.80 Mio.	Der Start der Sommerbaustelle erfolgte im Juli 2006. Im Oktober 2006 erfolgte der Baustart der Hauptbaustelle. Die Arbeiten schreiten programmgemäss voran. Der Bezug im Oktober 2007 ist absehbar.
	Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.40 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.97 Mio. Budget 2005: Fr. 2.50 Mio. Budget 2006: Fr. 6.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 4.10 Mio.	Der Bezug der 1. Etappe erfolgte termingerecht im Mai 2006. Im Juni 2006 erfolgte der Baustart der 2. Etappe. Die Arbeiten schreiten programmgemäss voran. Der Bezug der 2. Etappe im Juni 2007 ist absehbar.
	Binningen, KSB, Sicherheitsrelevante Massnahmen Total: Fr. 15.20 Mio. (Konto 2320.503.30-236) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 3.58 Mio. Budget 2005: Fr. 6.00 Mio. Budget 2006: Fr. 4.70 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 3.40 Mio.	Der Projektabschluss verzögert sich aufgrund der Einsprache "Zuschlag Aufzüge" um rund ein Jahr. Mit Ausnahme des Teilobjektes Aufzüge konnten alle weiteren Teilobjekte auf Ende 2006 jedoch abgeschlossen werden. Ein Projektabschluss auf Mitte 2007 ist absehbar.
	UKBB Neubau Basel (BL 1/2 Anteil) Total: Fr. 74.65 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.52 Mio. Budget 2005: Fr. 0.20 Mio. Budget 2006: Fr. 5.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.2 Mio.	Mit Verfügung vom 2. Januar 2006 wurde der Baukredit für rechtskräftig erklärt. Im Jahr 2006 wurde das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet. Die Arbeiten konnten infolge Komplexität nicht termingerecht auf Ende 2006 abgeschlossen werden. Sie verzögern sich um ein Quartal.

	Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage Total: Fr. 44.5 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2005: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.42 Mio.	2006 wurde ein Projektwettbewerb in einem offenen, anonymen, einstufigen Verfahren durchgeführt. Der Regierungsrat folgte der Empfehlung der Jury und entschied sich im September 2006 für das Projekt der Basler Architekten Kunz und Mösch. Die Optimierung des Siegerprojektes wurde in Angriff genommen.
	Liestal, Kantonsgericht, Projektierungsvorlage Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2005: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.- Mio. Im Jahr 2007 ist dem Landrat eine neue Vorlage zu unterbreiten. Im Jahr 2006 wird das Erdgeschoss des Gerichtsgebäudes, das ehemals von der Kantonsbibliothek genutzt worden ist, über Konto 2300-503.30.248 für 1.3 Mio. Franken umgebaut, sofern der Landrat den entsprechenden Antrag beschliesst.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.30 Mio.	Der Umbau des Erdgeschosses des Gerichtsgebäudes wurde abgeschlossen und im Juli konnten die neuen Räumlichkeiten dem Betrieb übergeben werden.
	FHBB Lüftung Chemie (BL 2/3 Anteil) Total: Fr. 7 Mio. (Konto 2320.503.30-307) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.14 Mio. Budget 2005: Fr. 0.70 Mio. Budget 2006: Fr. 2.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.0 Mio.	Das Projekt ist vorläufig storniert. Die FHNW führt die Ausbildung im Labor in den auf das Schuljahr 2006 / 2007 in Basel-Stadt zugemieteten Räumlichkeiten durch. Eine Reaktivierung des Projektes ist abhängig von der Gesamtlösung für den Fachbereich Life Sciences der FHNW. Allfällige Massnahmen fliessen in das Gesamtprojekt ein.
	HGK, Hochschule für Gestaltung und Kunst (BL Anteil) (Konto 2320.503.30-309) Das Finanzierungsmodell ist noch offen. Per Ende 2004 verbraucht: Fr 0.- Mio. Budget 2005: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0 Mio.	Die Regierungen der Kantone BL und BS haben im Februar 2006 bzw. im Juli 2006 entschieden, dass das Projekt HGK unter der Federführung und der Verantwortung des Kantons BS finanziert und realisiert werden soll.
	HPSA-BB, Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (BL Anteil) (Konto 2320.503.30-310) Das Finanzierungsmodell ist noch offen. Per Ende 2004 verbraucht: Fr 0.- Mio. Budget 2005: Fr. 0.- Mio. Budget 2006: Fr. 0.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0 Mio.	Die Regierungen der Kantone BL und BS haben im Februar 2006 bzw. im Juli 2006 entschieden, dass das Projekt Neue PH / HSA unter der Federführung und der Verantwortung des Kantons BL finanziert und realisiert werden soll. Mit dem RRB 1964 vom 19. 12. 2006 wurde das Raumprogramm genehmigt. Mit dem RRB 1952 vom 19. 12. 2006 wurde das weitere Vorgehen (Machbarkeitsstudie, Bedarfs- / Projektierungsvorlage mit Finanzplan im 2. Semester 2007) festgelegt.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie A Abfall / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Realisierung von Massnahmen in den Bereichen Abfall und Altlasten.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.05.01	Einzelne Massnahme Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle In Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt wurden die im Rahmen der politischen Vorgaben realisierbaren Massnahmen zur Sicherung einer angemessenen Auslastung der KVA getroffen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.09 Mio.	Ziel erreicht: Die Auslastung der KVA Basel ist dank Abfallimporten aus Deutschland für die nächsten 1 - 2 Jahre gesichert. Dieser Zeitraum wird für die Neuregelung der Zuständigkeiten (auch betr. Auslastung) zwischen BS und BL genutzt.
Nr. 4.05.02	Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet (mit dem Kanton Solothurn) Auf der Basis der Planung im Kanton Solothurn werden auch für den Bezirk Arlesheim (und eventuell Laufen) die erforderlichen Massnahmen zur Sicherung der Entsorgung eingeleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.12 Mio.	Ziel noch nicht erreicht: Aufgrund von Verzögerungen bei der Vernehmlassung zur Deponieplanung im Kanton Solothurn konnte erst das grundsätzliche Vorgehen in der Region Basel erarbeitet werden (Export funktioniert aber zur Zeit gut).
Nr. 4.05.03	Aufbau des Katasters der belasteten Standorte Die Erhebung der belastungsrelevanten Betriebs-, Ablagerungs- und Unfallstandorte ist abgeschlossen. Parallel dazu wird bei wichtigen Fällen eine vertiefte Untersuchung und bei Bedarf eine Sanierung veranlasst.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.45 Mio.	Ziel noch nicht erreicht: Die Erhebung in den Pilotgemeinden (Bubendorf, Arisdorf, Augst, Gelterkinden, Ormalingen, Rickenbach, Laufen, Dittingen, Waldenburg) ist abgeschlossen, die Daten liegen in der Datenbank und die Perimeter im GIS vor. Der Auftrag zur Pilotierung der Durchführung der Information "Standortinhaber" ist an die Holinger AG, Liestal vergeben worden. Die Vorarbeiten sind soweit abgeschlossen, dass ab Januar 2007 mit dem Versand der Unterlagen begonnen werden kann. Fazit: Die Arbeiten sind Anfang 2009 fertig.
Nr. 4.05.04	Einführung des neuen Chemikalienrechts Alle vom Wechsel zum neuen Chemikalienrecht Betroffenen sind zeit- und problemgerecht informiert. Die kantonalen Rechtserlasse gemäss neuem Bundesrecht sind in Kraft.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.20 Mio.	Ziel erreicht: Die Einführung des Chemikalienrechts ist ohne grössere Probleme erfolgt. Abklärungen ergaben keinen grösseren Anpassungsbedarf im kantonalen Recht (Ausnahme: neue Gebührenverordnung).

Nr. 4.05.05	Projekt "Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung" In allen drei Handlungsfeldern (Freizeit und Sport, Öffentliche Beschaffung, Betriebe) stehen die 2005 eingeleiteten Pilotprojekte vor dem Abschluss und punktuell sind Übertragungs- resp. Folgeprojekte im Gange. Landratsbeschluss 177 / 2001, Vorlage vom 3. Juli 2001 (nur Sachaufwand).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.25 Mio.	Ziel noch nicht erreicht: Das Pilotprojekt zum Energie- und Produktverbrauch in Fitnesscentern konnte erfolgreich abgeschlossen und die Übertragung eingeleitet werden. Die Optimierung des Produktverbrauchs in Alters- und Pflegeheimen durch Benchmarking läuft noch. Derzeit werden die Tätigkeiten des AUE hinsichtlich Ressourcenschonung überprüft.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie B Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Gemäss Kantonsverfassung und Wasserversorgungsgesetz hat der Kanton für die Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs zu sorgen, und zwar mit folgenden Massnahmen: • Durchführung von Untersuchungen (hydrogeologisch, chemisch-bakteriologisch, technisch und betriebswirtschaftlich); • Ausarbeiten von generellen und detaillierten Projekten; • Errichtung und Betrieb von Anlagen für die regionale Wasserbeschaffung (zum Beispiel Grundwasseranreicherungen, Transportleitungen, Schutzzonen); • Beratung der Gemeinden und Privaten in Wasserversorgungsfragen.	↓ Amtsbericht 2006	

Nr. 4.05.10	Einzelne Massnahme Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität Untersuchungen der Grundwasservorkommen sowie die Errichtung von Grundwasserbeobachtungsnetzen im Bereich von Nutzungsgebieten, Deponien, kantonalen Abwasserleitungen und Kläranlagen. Zurzeit laufen noch Untersuchungen im Birstal sowie im hydrogeologisch sehr komplexen Rheintal. Das Untersuchungsprogramm und der Verpflichtungskredit werden im Jahre 2007 abgeschlossen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1254 vom 21. Juni 1989 Total: 4.0 Mio. (Konto 2330.501.70.002; ohne MWSt und Teuerung) Per Ende 2004 verbraucht: 4.2 Mio. teuerungs- und MWSt.-bereinigt: 3.2 Mio. Budget 2005: 0.4 Mio. Budget 2006: 0.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.4 Mio. Investitionsrechnung Die Finanzierung aus der Laufenden Rechnung erfolgt vollständig via Gebühren (zweckgebundene Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren gemäss § 33 Grundwassergesetz).	Ziel erreicht: Die geplanten Arbeiten im Rahmen des Verpflichtungskredites wurden abgeschlossen. Die Schlussabrechnung des Verpflichtungskredites 1254 wird im 1. Quartal 2007 erfolgen. Die Ziele werden über die normalen Tätigkeiten und über die Laufende Rechnung des AUE weiter verfolgt.
-------------	--	--	---

Nr. 4.05.11	Sicherstellung der regionalen Wasserversorgung Massnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung (zusätzliche Wasserbeschaffung, Wasserleitungen, ev. Aufbereitungsanlagen), die gewässerschutzverordnungskonforme Ausscheidung von Schutzzonen und Zuströmbereichen für regionale Trinkwasserfassungen, die Errichtung neuer Grundwassermessstellen (Bohrungen), den Ersatz der alten mechanischen Grundwassermessgeräte, Abklärungen der Wechselwirkung zwischen Oberflächengewässern und Grundwasser (vor allem im Hinblick auf Gewässerrenaturierung), Massnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen, die Nachführung der kantonalen Wasserversorgungsplanung, die Erarbeitung von Grundwassermodellen, die Abklärung von Salzlaugungsprozessen im Zusammenhang mit Terrainsetzungen etc.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Die Finanzierung dieser Massnahmen erfolgt vollständig via Gebühren (zweckgebundene Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren gemäss § 33 Grundwassergesetz).	Ziel noch nicht erreicht: Die Ziele sind noch nicht erreicht, da es sich um laufende Tätigkeiten im Vollzug handelt. Das Programm und die vorgesehenen Massnahmen wurden weiter geführt. Insbesondere: - "Generelle Wasserversorgungsplanung" für die Region 10 (Laufental) im 2006 gestartet. Überarbeitung für die Regionen 2 (Liestal) und 9 (Pratteln) für 2007 vorgesehen. Neues "Geschäftsmodell" zur Sicherstellung der Wasserversorgung der Region 7 (Oberdorf) in Bearbeitung. - Ausscheidung von Schutzzonen und / oder Zuströmbereichen für folgende Trinkwasserfassungen von regionaler Bedeutung im Auftrag oder mit Unterstützung des Kantons: Pratteln (Löli / Remeli), Gelterkinden (Wolfstiege), Reinach (Reinacherheide), Duggingen (Gillmatten), Zwingen (In den Weiden). Laufende Abklärungen in Liestal (Gitterli) und im ganzen Birstal (im Rahmen GW-Modellierung). - Das Grundwassermodell für das mittlere Birstal ist fertig gestellt. Es dient als Grundlage für diverse Abklärungen im Zusammenhang mit Schutzzonenausscheidungen, Nitratbelastungen, der Wirkung der Versickerungsanlage etc. Das Grundwassermodell für das untere Birstal ist in Bearbeitung. - Ein Feldversuch mit zweimonatiger Abschaltung der Versickerungsanlage Aesch (Oktober bis Dezember 2006) soll deren Wirkung aufzeigen. Die Auswertung der Messergebnisse mit Hilfe des GW-Modells folgt im 2007. - Das Grundwassermessstellennetz wurde weiter verdichtet: Vier Tiefenbohrungen mit modernster Messausrüstung im Rheintal (Muttentz / Pratteln) zur Untersuchung der Strömungsverhältnisse im Felsgrundwasser und der Salzlaugungsprozesse im Zusammenhang mit Terrainsenkungen. Mehrere zusätzliche Messstellen im Birstalschotter zur Validierung des GW-Modells. Das GW-Messstellennetz wurde weiter modernisiert und ist nun zu 90 Prozent mit digitalen Geräten ausgerüstet.
-------------	---	---	--

Nr. 4.05.12	Projekt Grundwassermonitoring Durch das Projekt Grundwassermonitoring wird für den Kanton Basel-Landschaft kontinuierlich ein flächendeckender, detaillierter Datensatz über die Beschaffenheit der Grundwasserqualität aufgebaut. Im BUWAL-NAQUA-Projekt sind die Untersuchungen programmgemäss durchgeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Die Finanzierung dieser Massnahmen erfolgt vollständig via Gebühren (zweckgebundene Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren gemäss § 33 Grundwassergesetz).	Ziel noch nicht erreicht: Das Grundwassermonitoring konzentrierte sich 2006 auf die Untersuchungen gemäss NAQUA-Projekt mit erweiterten Untersuchungsparametern zu den Umweltbereichen Verkehr und Industrie sowie Landwirtschaft (Pestizide).
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie C Gewässerschutz / Abwasserentsorgung Strategische Zielsetzungen Regionale Entwässerungspläne (REP): Mit den Regionalen Entwässerungsplänen sollen die wichtigen Flusssysteme im Kanton mittel- bis langfristig in einen möglichst natürlichen Zustand zurückgeführt werden. Dabei gilt es, die Natur- und Gewässerschutzziele sowie die heutigen und künftigen Nutzungsansprüche in einer Gesamtbetrachtung zu vereinen und optimierte Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeiten erlauben es, die verfügbaren Ressourcen im Rahmen konkreter Massnahmenkataloge örtlich und zeitlich am wirkungsvollsten einzusetzen.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.05.20	Einzelne Massnahme Regionale Entwässerungsplanung "Birs" Der REP Birs ist nach der Vernehmlassung bei den Gemeinden und betroffenen Verbänden für das Teilgebiet Basel-Landschaft vom Regierungsrat genehmigt worden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.12 Mio.	Ziel erreicht: Der Massnahmenkatalog REP Birs ist fertig gestellt und von der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zur Kenntnis genommen worden. Eine Wanderausstellung zeigt die Ergebnisse. Die Vernehmlassung ist vorbereitet.
Nr. 4.05.21	Regionale Entwässerungsplanung "Ergolz" Die Ist-Zustandserfassung ist abgeschlossen. Das Entwicklungs- und das Kommunikationskonzept liegen vor.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.18 Mio.	Ziel erreicht: Die Erhebung des Ist-Zustandes ist abgeschlossen. Die Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes ist angelaufen.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie E Schutz vor Störfällen Strategische Zielsetzungen Die Errungenschaften der letzten Jahre und der hohe Sicherheitsstandard sollen weitergeführt werden. Sicherheit soll als Querschnittsaufgabe in andere Bereiche (wie zum Beispiel die Raumplanung) integriert werden und dank dem umgesetzten GIS auch genutzt werden. Die Beurteilung des Verkehrsweges Schiene soll als Schwerpunkt umgesetzt werden.	↓Amtsbericht 2006 Revisionen von Planungsinstrumenten wie Nutzungspläne werden aus der Sicht der Störfallvorsorge begutachtet. Mit PARZIS sind die Raumplaner über die Standorte von Störfallbetrieben informiert. Die Risiken des Rangierbahnhof MuttENZ sind aus kantonaler Sicht zuhanden des Bundesamtes für Verkehr beurteilt.
Nr. 4.05.40	Einzelne Massnahme Rangierbahnhof MuttENZ Das Risiko des Rangierbahnhof MuttENZ soll anhand der Risikoermittlung der SBB beurteilt werden und allfällige Massnahmen sollen verlangt werden. Total: Fr. 20'000.- (Konto 318.20) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 20'000.- Budget 2007: Fr. 0.-	Die Beurteilung der Risikoermittlung Rangierbahnhof MuttENZ ist aus kantonaler Sicht abgeschlossen. Zusätzliche Sicherheitsmassnahmen sind zuhanden der Vollzugsstelle des Bundes genannt. Die Beurteilung konnte ohne externe Beratung vorgenommen werden und somit wurde der budgetierte Betrag nicht gebraucht.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie G Energie Strategische Zielsetzungen Mit dem fünften Verpflichtungskredit "Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien" nach dem Energiegesetz sowie gezielten Beratungen und Weiterbildungsveranstaltungen soll die Kontinuität der kantonalen Förderung gewährleistet bleiben. Die Finanzierungsart mittels Verpflichtungskredit soll abgelöst werden durch die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich.	↓Amtsbericht 2006

Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien Die Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien erfolgt gemäss Verpflichtungskredit Nr. 1516 / 1999 und 186 / 2004 sowie mit den entsprechenden Globalbeiträgen des Bundes. Landratsbeschluss, Vorlage 1999 / 1516: 4 Mio. Franken zu Lasten Konto 2330.365.80; Landratsbeschluss, Vorlage 2004 / 186: 4 Mio. Franken zu Lasten Konto 2330.365.80	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.28 Mio. (VP-Kredit) 0.40 Mio. Globalbeiträge Bund	Ziel erreicht: Die Vorgaben wurden erreicht. Die BUD konnte zudem mit der Elektra Birseck (EBM) und der BKW FMB Energie AG einen Vertrag über einen finanziellen Beitrag an das Energieförderprogramm des Kantons Basel-Landschaft abschliessen. Darin verpflichten sich EBM und BKW, dem Kanton in den nächsten vier Jahren insgesamt 2.8 Mio. Franken zu überweisen für eine zusätzliche Förderung gemäss der Verordnung über Förderbeiträge nach dem Energiegesetz.
Nr. 4.05.62	Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel Der Kanton beteiligt sich am Bau eines geothermischen Heizkraftwerkes (Deep Heat Mining) in Basel gemäss Landratsbeschluss 2004 und unterstützt die Nutzung der regionalen Biomasse. Landratsbeschluss vom 20. Januar 2005, Vorlage 2004 / 188: 3.2 Mio. Franken zu Lasten Konto 2330.564.00.000	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.88 Mio. Investitionsrechnung	Ziel erreicht: Der Kanton BL hat sich finanziell beteiligt und ist im Verwaltungsrat der Geopower AG vertreten. Mit den Bohrarbeiten und den Versuchen zur Zirkulation von Wasser durch ein künstlich erweitertes Kluftsystem für die Realisierung des geothermischen Heizkraftwerkes wurde begonnen. Die Arbeiten mussten überraschend im Dezember 2006 vorläufig eingestellt werden, weil Erschütterungen an der Erdoberfläche aufgetreten sind.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie H Nachhaltige Entwicklung Strategische Zielsetzungen Koordination der Umsetzung der vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 783 vom 20. Mai 2003 genehmigten Strategie "Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft".		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.05.70	Einzelne Massnahme Forum für nachhaltige Entwicklung Das Forum für nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft führt gemäss Umsetzung der Strategie "Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft 2003 - 2007" seine Arbeit fort.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.08 Mio.	Ziel erreicht: Das Forum hat 2006 eine Sitzung abgehalten und zum 1. Statusbericht zur kantonalen Nachhaltigkeitsstrategie Stellung genommen.

Nr. 4.05.71	Erfolgskontrolle nachhaltige Entwicklung Gemäss der Strategie "Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft 2003 - 2007" ist die Erfolgskontrolle umgesetzt. Das Kernindikator-System wurde im Cercle Indicateur weiter entwickelt. Der Nachhaltigkeitskompass ist zur Beurteilung einzelner Projekte, Programme und Konzepte und als Nachhaltigkeitsaudit der Verwaltung eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Ziel erreicht: Die Kernindikatoren Nachhaltiger Entwicklung wurden erneut gemeinsam mit acht Kantonen erhoben. Der Nachhaltigkeitskompass ist eingeführt und Nachhaltigkeitsaudits werden laufend durchgeführt.
Nr. 4.05.72	"Impuls 21" Mit "Impuls 21", dem Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden, werden die Gemeinden dazu motiviert, ihr Tagesgeschäft und die Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Weitere Gemeinden des Kantons konnten für "Impuls 21" gewonnen werden. Diese unterzeichnen zusammen mit dem Kanton eine Nachhaltigkeitserklärung.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.08 Mio.	Ziel erreicht: Weitere zwei Gemeinden haben 2006 Nachhaltigkeits-erklärungen unterzeichnet. Die Landratsvorlage für den Einbezug von 1/3 der Baselbieter Gemeinden bis 2009 ist vom Regierungsrat verabschiedet.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umweltschutz / Energie I Umweltbeobachtung Strategische Zielsetzungen Die Umweltbeobachtung liefert die Grundlagen zur periodischen Legitimation der Tätigkeiten gegenüber der Politik und der Gesellschaft. Sie stellt Grundlagen bereit für die strategische Steuerung sowie für die Erfassung der Wirksamkeit der Tätigkeiten.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.05.80	Einzelne Massnahme Konzept für die Umweltbeobachtung Das Konzept für die Umweltbeobachtung liegt als Folge des BUWAL Projektes "Netzwerk Umweltdaten Schweiz" vor und ist umgesetzt. Die Umsetzung der Massnahmen gemäss Analyse GIS-Rationalisierungspotenzial BUD ist abgeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Ziel noch nicht erreicht: Im Rahmen der Konzeptentwicklung der kantonalen Umweltbeobachtung hat sich gezeigt, dass diese nur als Teil einer nationalen Umweltbeobachtung sinnvoll realisiert werden kann. Das entsprechende Programm von Bund und Kantonen (Netzwerk Umweltdaten Schweiz, NUD-CH) wurde im Berichtsjahr entscheidend weiterentwickelt. Wegen der grossen Bedeutung von NUD-CH wurden die Ressourcen 2006 mehrheitlich für die Mitarbeit bei NUD-CH in den Bereichen Boden- und Gewässerschutz eingesetzt. Im GIS wurden die Ziele gemäss GIS-Konzept erreicht.

Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe Strategische Zielsetzungen Gewässerschutzmassnahmen im Birstal im Rahmen des interkantonalen Regionalen Entwässerungsplanes (REP).		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.06.01	Einzelne Massnahme Ausbau der Kläranlage Birs 2 in Birsfelden Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 305 / 2004 Total: Fr. 56'950'000.- (Konto 2341.501.51.066) [Investition] Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 2'960'000.- Budget 2005: Fr. 12'400'000.- Budget 2006: Fr. 15'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.
Nr. 4.06.02	Mischwasserbehandlung im Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 305 / 2004 Total: Fr. 24'700'000.- (Konto 2341.501.52.118) [Investition] Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 2'060'000.- Budget 2005: Fr. 2'000'000.- Budget 2006: Fr. 1'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.

Nr. 4.06.03 Neu	Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf und Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz Der Landrat hat am 27. Mai 2004 den Verpflichtungskredit zur Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2 in Füllinsdorf (9.2 Mio.) und den Bau der Werkstätte für die Gruppe Anlagen im Netz (1.7 Mio.) bewilligt (LRB 2004 / 582) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 3'659'944.18 Budget 2006: Fr. 3'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staats-haushaltes)	Die Realisierung ist abgeschlossen.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte bilden die gemeinsame Raumbesichtigung und gemeinsame Kartengrundlagen, gemeinsame Entwicklungskonzepte, Leitbilder und Schlüsselprojekte, die abgestimmte, kantons- und länderübergreifende räumliche Entwicklung und die gemeinsame haushälterische Nutzung des Raumes.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) Umsetzen des Entwicklungskonzeptes und der Entwicklungsprojekte für die Trinationale Agglomeration Basel (TAB), finanziert aus Mitteln des Interreg III A-Projektes.		Die Projektarbeit ist abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in ein neues Entwicklungskonzept einfließen (Abschluss 2007). Ende 2006 wurde mit der Umgestaltung der TAB in den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) eine neue Organisationsstruktur für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beschlossen.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Instrumenten, Abstimmungstätigkeiten, Raumbesichtigung, Planungsprojekten als notwendige Grundlagen für Richtplan, Stellungnahmen und Behördenarbeit.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Abgestimmte räumliche Entwicklung; Genehmigung des Kantonalen Richtplans auf der Grundlage des Konzeptes der räumlichen Entwicklung Basel-Landschaft (KORE). Landratsvorlage.		Der Kantonale Richtplan wurde vom 26. Juni bis 31. Oktober 2006 ein zweites Mal dem öffentlichen Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren unterzogen. Die Stellungnahmen wurden ausgewertet. Zuhanden des Regierungsrates wurden Überarbeitungsvorschläge ausgearbeitet. Dieser wird im ersten Semester 2007 darüber befinden und das weitere Vorgehen festlegen.
Nr. 4.07.11	Raubeobachtung Die räumliche Entwicklung im Kanton wird systematisch erfasst. Aufbau eines Indikatorensystems zur Raubeobachtung Basel-Landschaft - insbesondere zur Wirtschaftsentwicklung und zur Standortgunst. Erhebung der erforderlichen Daten, Beschreibung und Bewertung der Entwicklung im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung im Kanton (KORE). Bericht an den Landrat.		Das Indikatorensystem zur systematischen Raubeobachtung ist erstellt. Im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Basel wurde auch ein erster Test des Indikatorensystems mit zwei Zeitschnitten durchgeführt. Verschiedene Indikatoren wurden im Zusammenhang mit dem Kantonalen Richtplan vertieft untersucht.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Erarbeitung und Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Siedlungsentwicklung und Verkehr) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms ist auf Kurs. Es soll zeitgerecht im Laufe des Jahres 2007 beim Bund eingereicht werden.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 4.07.20	Verbesserung des öffentlichen Verkehrs: Wisenbergtunnel Erarbeiten und Erstellen der Grundlagen für die nationale Zustimmung zum Wisenbergtunnel als Schlüsselprojekt für den regionalen öffentlichen Verkehr und für die Anbindung an das nationale Schienennetz.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Zusammen mit den Nachbarkantonen wurden die Grundlagen für ein koordiniertes Lobbying geschaffen. Für die "Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte" (ZEB) wurde ein spezielles Positionspapier für die Verkehrsanliegen der Nordwestschweiz entwickelt.

Teil 5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Wir wollen ein hohes Mass an Sicherheit für unsere Bevölkerung bieten und damit zu einer möglichst guten Lebensqualität beitragen."

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

1. Sicherheit erhalten und ausbauen

Wir leben in einem sicheren Kanton. Die regelmässig durchgeführten Bevölkerungsumfragen zeigen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons mit den Sicherheitsdienstleistungen zufrieden sind und dass ihr Sicherheitsgefühl intakt ist. Es ist unser Ziel, den erreichten Sicherheitsstandard zu halten und dort, wo Verbesserungen nötig sind, zu steigern. Dazu braucht es eine vorausschauende Planung und Ziel gerichtete Massnahmen, die konsequent umzusetzen sind. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion hat in den letzten beiden Jahren eine Sicherheitsstrategie entwickelt. Sie dient dazu, die mittel- und langfristigen Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung frühzeitig zu erfassen. Mit der Sicherheitsstrategie soll das Sicherheitsangebot auf strategischer Ebene bedarfsgerecht und wirtschaftlich geplant und gesteuert werden können.

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion misst der vernetzten, interdisziplinären Sicherheitszusammenarbeit eine sehr grosse Bedeutung zu. In Form der "Runden Tische Sicherheit" ist ein Gefäss geschaffen worden, das eine enge Kooperation mit den Gemeinden und mit den Fachleuten aus den Bereichen Schule, Sozialarbeit, Jugendanwaltschaft und Polizei gewährleistet. Die Sicherheitslage in den Gemeinden wird "vor Ort" gemeinsam analysiert und es werden Massnahmen entwickelt, um ein möglichst gutes Sicherheitsniveau zu erreichen, bzw. zu erhalten.

Die Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum bildet auch im Jahr 2006 ein Schwerpunktthema auf dem Weg zu mehr Sicherheit. Die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes zur Wegweisung bei häuslicher Gewalt ermöglichen eine rasche und effiziente Intervention zum Schutz Gewalt betroffener Frauen und Kinder. Die Gesetzesbestimmungen werden voraussichtlich am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Sie bilden die Grundlage, damit die Sicherheit innerhalb des sozialen Nahraums nachhaltig verbessert wird.

2. Nachhaltige Projekte konzipieren und umsetzen

Zur Zeit wird unter der Bezeichnung Polycom ein gesamtschweizerisches, einheitliches Sicherheitsfunknetz für Polizei, Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz, Strassendienste und Führungsstäbe aufgebaut. Die Kantone sind für das Teilnetz Polizei, Feuerwehr, Sanität und Führung verantwortlich. Polycom ermöglicht, dass die Sicherheitsorgane kantonsflächendeckend untereinander kommunizieren können. Stimmt der Landrat dem Verpflichtungskredit zu, kann im Jahr 2006 mit der Realisierung des Sicherheitsfunknetzes begonnen werden.

Ein weiteres strategisches Projekt ist eine gemeinsame Informatiklösung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt für die Motorfahrzeug-Prüfstation. Sie wird der Kundschaft beider Kantone erlauben, Termine für die theoretischen und die praktischen Führerprüfungen auf dem Weg des Internet zu reservieren. Im Jahr 2006 tritt das Projekt in eine entscheidende Phase. Per Ende 2006 wird der veraltete Zentralrechner (Host) der kantonalen Verwaltung abgeschaltet. Dies bedingt den Aufbau einer neuen modernen Informatiklösung bei der Motorfahrzeugkontrolle. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im Sommer / Herbst 2005 zugehen.

3. Gesetzgebungsaufträge erfüllen

Neben der Sicherheit gehört auch die Rechtsetzung zu den Kerngeschäften der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. Im Jahr 2006 werden dem Landrat die Vorlage für ein neues Jugendstrafrechtspflegegesetz sowie das revidierte Filmgesetz unterbreitet werden. Vorgesehen ist, dass eine Revision des Bürgerrechtsgesetzes eingeleitet wird (Vernehmlassungsvorlage). In Erfüllung eines vom Landrat überwiesenen Postulats wird geprüft, ob und gegebenenfalls in welcher Form das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung eingeführt werden kann.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Mit gezielten Massnahmen, einer noch engeren Vernetzung mit den anderen Sicherheitsbehörden und Sicherheitsorganisationen sowie durch eine aktive Kommunikation soll der gute Sicherheitsstandard in unserem Kanton erhalten und ausgebaut werden. Die Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum und im sozialen Nahraum ist gleichermassen wichtig.	↓ Amtsbericht 2006	
Nr. 5.01.05	Einzelne Massnahme Umsetzung der Vorschläge der Fachgruppe "Gewalt im öffentlichen Raum" Die vom Regierungsrat im Juni 2004 eingesetzte interdisziplinäre Fachgruppe "Gewalt im öffentlichen Raum" hat eine Analyse zur Sicherheit im öffentlichen Raum ausgearbeitet und ein Bündel von Massnahmenvorschlägen unterbreitet. Der Regierungsrat hat die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion beauftragt, zusammen mit den anderen zuständigen Stellen die Vorschläge im Rahmen des Budgets umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine LRV, keine ausser-ordentlichen Kosten	Die Direktionen haben den Auftrag, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Massnahmen zu prüfen und im Rahmen des Budgets zu realisieren. In der 1. Hälfte 2007 wird der vom Regierungsrat eingesetzte "Runde Tisch Sicherheit" des Kantons eine Standortbestimmung vornehmen, die aktuelle Sicherheitslage analysieren, die Massnahmen aktualisieren und diese dem Regierungsrat zum Beschluss unterbreiten.
Nr. 5.01.06	Polizeiliche Wegweisung von Personen, die im sozialen Nahraum Gewalt ausüben Die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes zur Wegweisung bei häuslicher Gewalt treten am 1. Januar 2006 in Kraft. Bis dahin werden die involvierten Stellen ausgebildet. Es werden schriftliche Unterlagen erstellt, in denen Durchführung und Vorgehen der polizeilichen Wegweisung transparent dargestellt werden. Die weggewiesene Person erhält eine Liste mit Übernachtungsmöglichkeiten und wird von der Bewährungshilfe zu einem Gespräch eingeladen. Auch das Opfer wird von der Opferhilfestelle kontaktiert und beraten. Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt übernimmt die Koordination und die Durchführung der einzelnen Vorbereitungs-massnahmen und ab 1. Januar 2006 die Überprüfung der Umsetzung. Ziel ist es, die Wegweisung möglichst reibungslos und effizient zu gestalten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 090.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Total 0.465 Mio. in diversen Konti verschiedener Rubriken per Budget 2006	Die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes traten am 1. Juli 2007 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden umfangreiche Schulungs- und Vorbereitungs-massnahmen getroffen. In fast allen Fällen, wo Wegweisungen durch die Polizei verfügt wurden, kam es in der Folge auch zur Einleitung eines Strafverfahrens. Die flankierenden Massnahmen erweisen sich als notwendig und wichtig, sowohl für die Opfer als auch für die Täter. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den wichtigsten Akteuren, trifft sich regelmässig zum Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, die Vorgehensweisen noch weiter zu optimieren.

Nr. 5.01.07	Noch mehr Sicherheit im Belchentunnel Es sind verschiedene Massnahmen vorgesehen, um die Verkehrssicherheit im Belchentunnel zu steigern. Dazu gehören die Einführung des Überholverbots für Lastwagen sowie die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Personenwagen von heute 80 auf neu 100 km/h, wodurch der Fahrzeugverkehr im Belchentunnel verflüssigt wird. Der Bund hat diesen beiden Massnahmen zugestimmt und somit für die Umsetzung "grünes Licht" gegeben. Ein Kernelement der Massnahmen zur erhöhten Verkehrssicherheit ist die Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK). Die AGK ist in der Lage, die Geschwindigkeit nicht nur an einem bestimmten Querschnittsstandort, sondern über die ganze Tunnelstrecke zu messen. Unter der Voraussetzung, dass der Landrat die finanziellen Mittel für die Verwirklichung der AGK bewilligt, kann diese zusammen mit den anderen beiden Massnahmen - Überholverbot für Lastwagen und Tempo 100 km/h für Personenwagen - im Verlaufe des Jahres 2006 umgesetzt werden. Die LRV betreffend Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) im Belchentunnel ist in Vorbereitung und soll im Herbst 2005 noch vor der Debatte zum Budget 2006 dem Landrat zugeleitet werden. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf 2.0 Mio. Franken (Personal 0.5 Mio., Sachaufwand 1.5 Mio.), wovon 0.3 Mio. des Personalaufwandes bei den Gerichten (Statthalteramt Waldenburg) anfallen. Der Ertrag wird im ersten Betriebsjahr (2006) mit 2.0 Mio. Franken budgetiert (Bussen). Die Budgetierung erfolgt in verschiedenen Rubriken.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Aufwand rund 2.0 Mio., Ertrag ebenfalls rund 2.0 Mio., damit ist die Realisierung von AGK zumindest kostenneutral	Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen werden die Nationalstrassen per 2008 entschädigungslos in das Eigentum des Bundes übergehen, eingeschlossen sämtliche Installationen an den Nationalstrassen, wie beispielsweise eine Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK). Das Bundesamt für Strassenwesen (Astra) bestätigte diesen Sachverhalt im August 2006 ausdrücklich. Bei dieser neuen Sachlage verzichtet der Regierungsrat darauf, vorzeitig und auf Kosten des Kantons die AGK im Belchentunnel einzurichten und zu betreiben. Per 2008 hätte der Bund die Anlage übernommen, ohne dem Kanton eine Entschädigung für die Investition von rund 1.5 Mio. Fr. zu leisten. Der Regierungsrat ist nach wie vor überzeugt, dass die AGK ein wirkungsvolles, faires und zukunftsweisendes Instrument der Verkehrsüberwachung darstellt. Sowohl für den Belchentunnel, als auch für den Arisdorftunnel erhöhte der Bund die Höchstgeschwindigkeit von 80 km / h auf 100 km / h. Entgegen einer ursprünglichen Einschätzung des Bundes wurde die Einführung des Lastwagenüberholverbotes im Belchentunnel hingegen abgelehnt. Dieser Entscheid wurde vom Bundesamt für Strassenwesen mit verkehrlichen (relativ kurze Autobahneinfahrt Diegten) und geometrischen (keine Steigung und keine Kurve im Belchentunnel) Charakteristiken begründet.
Nr. 5.01.08	Vollzug des Gesetzes über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten Nach der Annahme des Gesetzes in der Volksabstimmung vom September 2005 wird dieses per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Von diesem Zeitpunkt an sind die neuen Regelungen zum Jugendschutz, zur Meldepflicht für den Anbau von Hanf und zur Bewilligungspflicht für die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten zu vollziehen. Für den Vollzug ist wichtig, dass ein ausgewogenes Verhältnis von Prävention und Repression erreicht wird.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Rechtserlass, die Umsetzung wird voraussichtlich kostenneutral erfolgen können	Das Gesetz über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Bisher wurde 1 Anpflanzung gemeldet und es wurde kein Gesuch betreffend Handel gestellt. Das Gesetz hat somit seinen präventiven Zweck erreicht. Daher waren andere Elemente (sofortige Beschlagnahmung oder Vernichtung ausserhalb von Strafverfahren) bisher nicht notwendig. Zu ergänzen ist, dass in unserem Kanton gemäss allgemeiner Einschätzung der Konsum von Cannabis durch Jugendliche in der Öffentlichkeit abgenommen hat.

Nr. 5.01.09	"Runde Tische Sicherheit" Die "Runden Tische Sicherheit" sollen mit den interessierten Gemeinden in möglichst allen Bezirken des Kantons fortgeführt werden. Die Sicherheitssituation wird "vor Ort" mit den Fachleuten (Schulen, Polizei, Jugendanwaltschaft) aus den Gemeinden und aus dem Kanton analysiert. Die Sicherheitsfragen werden in gemischten Arbeitsgruppen behandelt. Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit werden gemeinsam konzipiert und umgesetzt. Für die Koordination der "Runden Tische Sicherheit" ist die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zuständig.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine LRV, keine ausserordentlichen Kosten	Neben den bereits bestehenden "Runden Tischen Sicherheit" mit den Gemeinden Laufen, Liestal, Pratteln, Sissach und Gelterkinden ist im Jahr 2006 ein weiterer "Runder Tisch Sicherheit" zusammen mit der Gemeinde Reinach gebildet worden. Diese Form der Sicherheitspartnerschaften bewährt sich in jeder Hinsicht. Die intensive und vernetzte Zusammenarbeit erhöht die Sicherheit für die Bevölkerung.
Nr. 5.01.10	Umsetzung der Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft Die beiden letzten Bevölkerungsumfragen zur Polizei Basel-Landschaft haben ergeben, dass die Bevölkerung eine grössere Präsenz der Uniformpolizei erwartet. Ebenfalls werden mehr Kontrollen im öffentlichen Raum verlangt. Die Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft will den sicherheitspolizeilichen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen. Sie sieht vor, dass neu eine Sicherheitspolizei und eine Einsatzpolizei geschaffen werden. Mit dem Element der Sicherheitspolizei wird die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum verstärkt, womit speziell auch die subjektive Sicherheit, d.h. das Sicherheitsgefühl, verbessert werden kann. Die Einsatzpolizei schafft die Voraussetzungen für noch kürzere Interventionszeiten im Ereignisfall. Der Regierungsrat hat der Reorganisation im Grundsatz zugestimmt. Sobald der erforderliche Raum und die Fahrzeuge für die Einsatzpolizei zur Verfügung stehen, kann die Reorganisation im Jahr 2006 umgesetzt werden. Die Totalkosten von 1.25 Mio. Franken verteilen sich auf diverse Konti verschiedener Direktionen für Raum- und Fahrzeugbeschaffungen und Personalkosten sowie Materialaufwand (Umrüstung der Fahrzeuge).	Finanzielle Auswirkungen 2006: Total 1.25 Mio., wobei 0.39 Mio. für Ausrüstungen und 0.3 Mio. für Personalaufwand bei der Polizei BL	Per 1. Mai 2006 wurde der Kommandowechsel bei der Polizei Basel-Landschaft vollzogen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Arbeiten für die Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung sistiert. Der neue Polizeikommandant, Daniel Blumer, verschaffte sich in den ersten Monaten nach dem Amtsantritt einen Überblick über die Situation und über die bisherigen Vorarbeiten für die Reorganisation. Er unterbreitete im August 2006 den Vorschlag, weitere Möglichkeiten und Wege für die Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung zu prüfen. Regierungsrätin Sabine Pegoraro stimmte diesem Vorgehen zu und erteilte dem Polizeikommandanten den Auftrag dazu. Aufgrund der Vorschläge des Polizeikommandanten wird die Vorsteherin der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) im Jahr 2007 über den Umfang und die Stossrichtung der weiteren Reorganisationsarbeiten entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt wird sich auch zeigen, ob für die Umsetzung der Reorganisation eine Landratsvorlage notwendig sein wird.

Nr. 5.01.11	Massnahmen für die Verkehrssicherheit während der Sanierungsarbeiten auf der A2, Abschnitt Basel - Augst Im Jahr 2006 werden die Sanierungsarbeiten auf der A 2, Erhaltungsabschnitt Basel - Augst, eingeleitet. Während den Bauarbeiten wird es auf diesem sehr viel befahrenen Abschnitt der Hochleistungsstrasse zu Verkehrsbehinderungen kommen. Mit einem besonderen Massnahmendispositiv wird die Polizei Basel-Landschaft für einen möglichst sicheren, andererseits aber auch für einen möglichst flüssigen Verkehrsablauf sorgen. Die Federführung des Geschäftes liegt bei der Bau- und Umweltschutzdirektion. Die Polizei Basel-Landschaft stellt beim Bund ein Gesuch um Kostenbeteiligung von 0.3 Mio. Franken an die Verkehrssicherungsmassnahmen. Die Zusicherung ist noch hängig. Die übrigen Kosten und Erträge sind bei der Bau- und Umweltschutzdirektion budgetiert.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Kosten werden im Rahmen des ordentlichen Budgets erfasst. Ertrag 0.3 Mio. (Bundesbeitrag, falls zuge-sprochen)	Die Polizei Basel-Landschaft hat ihr Massnahmen-dispositiv erfolgreich umsetzen können. Trotz der erheblichen Einschränkungen infolge der Bauarbeiten konnte der Verkehr zum überwiegenden Teil ohne grössere Probleme und zur Zufriedenheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer abgewickelt werden.
Nr. 5.02	Programmpunkt Migration Strategische Zielsetzung Das Integrationsgesetz zielt darauf ab, die Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und auf diese Weise zu erreichen, dass sie rascher und besser integriert werden. Umgekehrt wird von den Migrantinnen und Migranten verlangt, dass sie sich selber aktiv für ihre eigene, rasche Integration engagieren.	↓ Amtsbericht 2006	
Nr. 5.02.01	Einzelne Massnahme Vollzug des Integrationsgesetzes Vorausgesetzt der Landrat bzw. das Volk stimmt dem Integrationsgesetz zu, tritt dieses im Verlaufe des Jahres 2006 in Kraft. Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Gesetz möglichst rasch vollzogen werden kann. Bei der Umsetzung des Integrationsgesetzes arbeiten die Behörden des Kantons mit den Einwohnergemeinden, mit den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern und mit den privaten Organisationen, insbesondere den Organisationen der Migrantinnen und Migranten, eng zusammen. Das Migrationsgesetz ist bei Redaktionsschluss in der parlamentarischen Beratung.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine ausserordentlichen Kosten oder Erlöse aus dem Vollzug des Migrations-gesetzes	Die Justiz- und Polizeikommission des Landrates beriet den Entwurf zum Integrationsgesetz intensiv und änderte ihn in bestimmten Punkten. Das Grundprinzip des "Fördern und Fordern" ist in der von der Justiz- und Polizeikommission beschlossenen Fassung als wesentliches Element weiterhin enthalten. Im Frühjahr 2007 werden die Gesetzesberatungen im Landrat stattfinden.

Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft Strategische Zielsetzung Die Straftaten von Jugendlichen sollen durch Frühkontakte, effizient geführte Strafuntersuchungen und wirkungsvolle Sanktionen möglichst verhindert oder zumindest rechtzeitig aufgeklärt werden. Die Aktivitäten der Jugendanwaltschaft sollen in den nächsten Jahren schwerpunktmässig bei der Prävention liegen, weil mit präventiven Massnahmen die stärkste Wirkung erzielt werden kann.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 5.03.01	Einzelne Massnahme Rechtzeitige Interventionen dank Frühkontakten mit gefährdeten Jugendgruppierungen Es sollen vermehrt Frühkontakte mit gefährdeten Jugendgruppierungen zustande kommen. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit den polizeilichen Jugendsachbearbeitern und Jugendsachbearbeiterinnen sowie mit den Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen erforderlich. Mit den Frühkontakten können die Chancen erhöht werden, dass die gefährdeten Jugendlichen durch frühzeitige Interventionen der Fachleute von deliktischem Verhalten abgehalten werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Kosten 0.02 Mio. bei der Jugendanwaltschaft	Die Strategie der gezielten Frühkontakte zu Risikogruppen im Jugendbereich erweist sich als zweckdienliches Instrument, dessen Wirkung weitgehend von einer engen Kooperation der beteiligten Akteure (Sozialbereich der Jugendanwaltschaft, Jugendsachbearbeitende der Polizei, Schulsozialarbeit, Streetworker, Jugendhäuser, Schulleitungen etc.) und deren "störender" und intervenierender Präsenz getragen wird. Mittels konsequenter Information werden auch die Eltern miteinbezogen. Im Bereich der Frühkontakte besteht nach wie vor ein Potenzial, das verstärkt genutzt und nach Möglichkeit auch gezielter auf spezifische Freizeit- bzw. Risikoräume ausgedehnt werden soll.
Nr. 5.03.03	Einführung von Elternworkshops Die Jugendanwaltschaft will präventiv auf die Jugenddelinquenz einwirken, indem sie die Eltern gefährdeter Jugendlicher frühzeitig und wirkungsvoll unterstützt. Es werden Elternworkshops geschaffen zur Unterstützung und Beratung betroffener Eltern.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Kosten 0.01 Mio. bei der Jugendanwaltschaft	In enger Zusammenarbeit mit dem Blauen Kreuz Baselland und der Drogenberatung Baselland sind bisher drei Elternworkshops durchgeführt worden. Ein vierter Elternworkshop wird im Frühling 2007 stattfinden. Die jeweiligen Eltern sind bisher gezielt angesprochen und persönlich auf das Angebot aufmerksam gemacht worden. Künftig soll der Kreis der Interessierten Schritt für Schritt erweitert und das Angebot entsprechend auf die Kundschaft der Sozialdienste ausgeweitet werden. Die bisherigen Rückmeldungen stimmen zuversichtlich. Der Workshop wird von den bisherigen Teilnehmenden als durchwegs hilfreich und nützlich beurteilt.

Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungsschutz		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzung Mit dem Projekt Polycom soll die Kommunikation zwischen den Sicherheitsorganen (Feuerwehr, Rettungssanität, Polizei, Führungs- und Einsatzorgane Zivilschutz u.a.) kantonsflächendeckend und kantonsübergreifend gewährleistet werden. Es soll eine einheitliche Struktur für eine gemeinsame Führungskommunikation für alle Partner des Bevölkerungsschutzes geschaffen werden.		
Nr. 5.06.02	Einzelne Massnahme Sicherheitsfunknetz Basel-Landschaft Die in unserem Kanton bestehenden Funksysteme sind 1997 in Betrieb gesetzt worden. Bei der verwendeten Technik wird von einem Lebenszyklus von circa zehn Jahren ausgegangen. Die zeitgerechte Ablösung muss eingeleitet werden. Zur Zeit wird das gesamtschweizerische Sicherheitsfunknetz für Sicherheitsorganisationen und Sicherheitsbehörden (Polycom) realisiert. Der Kanton Basel-Landschaft soll als Teilnetz gleichzeitig mit dem Teilnetz Basel-Stadt in dieses nationale Sicherheitsfunknetz integriert werden. Polycom erfüllt alle wichtigen Anforderungen der Partner des Bevölkerungsschutzes (Sanität, Feuerwehr, Polizei, Zivilschutz). Die Einsatz- und Führungskräfte werden somit in der Lage sein, kantonsflächendeckend und kantonsübergreifend untereinander kommunizieren zu können. 2006 ist die Bildung einer schlanken und leistungsfähigen Projektorganisation vorgesehen. Mit dem Aufbau der Funkinfrastruktur (Funkanlage mit Stromversorgung, Festnetzinfrastruktur mit Einrichtungen sowie Antennenmasten) soll ebenfalls begonnen werden. Eine LRV ist in Vorbereitung, welche dem Landrat im Herbst 2005 zugehen wird (noch vor der Budgetdebatte zum Budget 2006). Die 1. Tranche des Projektes von 3.5 Mio. Franken ist in der Investitionsrechnung bei der Rubrik 2470 budgetiert. Der Gesamtkredit beläuft sich voraussichtlich auf rund 19.15 Mio. Franken, wobei der Kanton Basel-Landschaft Kosten von rund 12 Mio. Franken zu tragen hat. Der Rest wird via Bundesgelder finanziert. Das Projekt soll in den Jahren 2005 - 2008 realisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Budget 2006: 3.5 Mio. in der Investitionsrechnung der Rubrik 2470 eingestellt	Der Landrat stimmte im Januar 2006 dem Verpflichtungskredit zur Realisierung des Sicherheitsfunknetzes Polycom zu. Es wurde verwaltungsintern ein vierköpfiger Projektausschuss gebildet samt einer aus zwei Personen bestehenden Projektleitung. Die Abdeckung der fachtechnischen Planungen erfolgt durch eine interdisziplinär zusammengesetzte Ingenieurgemeinschaft. Die Vorbereitungen für den Aufbau der Funkinfrastrukturen und für die Ausbildung der Nutzergruppen konnten bisher plangemäss durchgeführt werden.

Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle (MFK) Strategische Zielsetzung Die Motorfahrzeugkontrolle will ihre Dienstleistungen gegenüber der Bevölkerung im Sinne ihrer Kundenorientierung laufend verbessern.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 5.08.01	Einzelne Massnahme Einführung eines gemeinsamen Dispositions-Tools mit der MFK Basel-Stadt und der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP) Die umfangreichen Arbeiten für das gemeinsame Dispositions-Tool können abgeschlossen werden und die neue Applikation steht ab Mitte 2006 zur Verfügung. Die Kundschaft wird die Termine für die theoretischen und praktischen Führerprüfungen sowie für die periodischen Fahrzeugprüfungen selber anmelden, mutieren und löschen können. Diese e-Government-Lösung wird in der geplanten Form einzigartig in der Schweiz sein. Gemeinsame Informatiklösung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Beide Kantone tragen je die Hälfte der anfallenden Kosten.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio.	Das vorgesehene gemeinsame Dispositions-Tool (Dispo-Tool) mit der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP) und mit der Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt konnte bisher nicht realisiert werden. Grund: Der Bund ist noch nicht in der Lage, MOFIS (= Register aller in der Schweiz registrierten Motorfahrzeuge) in der gewünschten Form zur Verfügung zu stellen. MOFIS sind eine Voraussetzung für das Dispo-Tool. Die Einführung wird stattdessen im Herbst 2007 stattfinden.
Nr. 5.08.02	Inbetriebnahme einer neuen MFK-Host-Applikation Der Zentralrechner (Host) bei den Zentralen Informatik Diensten (ZID) steht ab 1. Januar 2007 nicht mehr zur Verfügung. Für die MFK-Host-Applikation muss deshalb eine neue Lösung gefunden werden. Vorgesehen ist, dass die drei Adressatenbanken der MFK (Fahrzeug-, Führer- und Mofadatenbank) zu einer einzigen Personendatenbank vereinigt werden. Diese neue MFK-Applikation gründet auf der neuesten Internet-Technologie. Sie ermöglicht, die e-Government-Dienstleistungen für die Kundschaft zu erweitern. Eine LRV wird dem Landrat im Sommer / Herbst 2005 noch vor der Budgetdebatte zum Budget 2006 vorgelegt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Gesamtkosten rund 3.2 Mio., wovon im Budget 2006 in der Rubrik 2470 total 2.244 Mio. eingestellt sind	Die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) führte die neue EDV-Applikation "cari+" im September 2006 erfolgreich ein.

Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtsdienst Strategische Zielsetzung Das Projekt Effilex wird in der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion als Dauerauftrag fortgeführt. Die Überarbeitung und Erneuerung der Rechtserlasse gemäss den Effilex-Kriterien ist in unserer Direktion weit fort geschritten und soll in den nächsten beiden Jahren vorläufig abgeschlossen werden. 2006 werden die Überprüfung und Aktualisierung der Verwaltungsprozessordnung, des Bürgerrechtsgesetzes, des Filmgesetzes und der Verordnung zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr im Mittelpunkt der Effilex-Arbeiten stehen. Ausserhalb von Effilex sind die Gesetzgebungsaufträge des Landrates möglichst speditiv zu erfüllen.	↓ Amtsbericht 2006 Innerhalb der JPMD sind die zu ihrem Bereich gehörenden wichtigen Erlasse gemäss Projekt Effilex auf ihre Notwendigkeit, Aktualität und Verständlichkeit überprüft worden. Die Überprüfungskriterien haben sich bewährt. Effilex wird bei der JPMD als Dauerauftrag fortgeführt. Die Überprüfungskriterien gemäss Effilex werden bei jeder Gesetzesrevision angewandt.
Nr. 5.09.02	Einzelne Massnahme Landratsvorlage zur Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege Bei der Überarbeitung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege müssen die Anpassungen an das neue Bundesrecht (Strafgesetzbuch, Jugendstrafrecht) durchgeführt werden. Die ursprünglich für 2005 vorgesehene Gesetzesvorlage kann infolge anderer Rechtsetzungsarbeiten erst 2006 fertig gestellt werden.	Der Landrat stimmte dem revidierten Gesetz über das Jugendstrafverfahren im Dezember 2006 mit überwiegender Mehrheit zu. Voraussichtlich wird das neue Gesetz im 1.Quartal 2007 in Kraft treten.
Nr. 5.09.05	Landratsvorlage Filmgesetz Nach der Auswertung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Filmgesetzes wird die Landratsvorlage vorbereitet und dem Kantonsparlament unterbreitet werden. Nach Möglichkeit wird die Gesetzesrevision als partnerschaftliches Geschäft zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt durchgeführt werden.	Das Vernehmlassungsverfahren wurde durchgeführt und ausgewertet. Einzelne Punkte sind zu vertiefen und zu überarbeiten. Die Vorlage wird in der Folge bereinigt und innerhalb des 1. Semesters 2007 dem Regierungsrat zur Weiterleitung an den Landrat unterbreitet.
Nr. 5.09.06	Landratsvorlage zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr Die Verordnung zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr ist am 1. Juli 1968 in Kraft getreten. Sie enthält verschiedene Kompetenzzuweisungen, die gemäss den Vorgaben der Kantonsverfassung auf Gesetzesstufe gehören. Auch in systematischer und struktureller Hinsicht bedarf der Erlass einer durchgreifenden Überarbeitung. Verschiedene Doppelspurigkeiten mit anderen Erlassen müssen eliminiert werden.	Der Entwurf für die Vernehmlassungsvorlage wird zur Zeit überarbeitet. Die Gesetzesvorlage wird dem Regierungsrat im 2007 zur Weiterleitung an den Landrat unterbreitet werden.

Nr. 5.09.07	Überprüfung der Verwaltungsprozessordnung Landrätin Elisabeth Schneider verlangt mit einem Postulat die Einführung des Beschwerderechts der Gemeinden im Baubewilligungs- und Vorteilsbetragswesen. Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Direktionen und des Kantonsgerichts eingesetzt mit dem Auftrag, die sich stellenden Fragen abzuklären und gegebenenfalls die Gesetzesrevision einzuleiten. Die Gelegenheit wird wahrgenommen, um die Verwaltungsprozessordnung gesamthaft gemäss den Kriterien von Effilex auf ihre Aktualität hin zu überprüfen.		Der Regierungsrat unterbreitete den Gesetzesentwurf im Januar 2007 zur Vernehmlassung.
Nr. 5.09.08	Vernehmlassungsvorlage Teilrevision Bürgerrechtsgesetz Im Rahmen einer Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes sollen gesetzliche Kriterien für die ausreichende Integration als Einbürgerungsvoraussetzung definiert werden. Ein weiterer Revisionspunkt betrifft die Anpassung an die neuen bundesgesetzlichen Bestimmungen zu den Einbürgerungsgebühren.		Im November 2006 wurde der Entwurf für ein revidiertes Bürgerrechtsgesetz zur Vernehmlassung unterbreitet. Die Vernehmlassungsvorlage enthält neben anderem die Anpassungen an das neue Bundesrecht (kosten-deckende Einbürgerungsgebühren). Sie enthält auch die gesetzliche Grundlage für Gebühren bei negativen Entscheiden sowie bei der Abschreibung von Einbürgerungsverfahren. Im September 2006 wurde der "Runde Tisch Integration" eingesetzt, dem Fachleute aus den Gemeinden und aus dem Kanton angehören. Im Jahr 2007 befasst sich der "Runde Tisch" mit den Kriterien für die Einbürgerung und er setzt sich mit der Frage auseinander, ob Kriterien für die Integration in das Bürgerrechtsgesetz aufgenommen werden sollen. Aufgrund der Abklärungen des "Runden Tisches Integration" wird der Regierungsrat über die Einleitung einer weiteren Revision des Bürgerrechtsgesetzes entscheiden.

Nr. 5.09.09	Erarbeitung zusätzlicher Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit Kinderpornographie Landrätin Madeleine Göschke-Chiquet verlangt in ihrer als Postulat überwiesenen Motion (Nr. 2004 / 207) zusätzliche kantonale Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung von Kinderpornographie und Pädophilie. Unter anderem sollen die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet werden, unverzüglich die Anstellungsbehörde zu benachrichtigen, wenn bei Lehrpersonen kinderpornographisches Material vorgefunden worden ist. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der u.a. auch Fachpersonen aus dem Schulbereich und aus den Strafverfolgungsbehörden angehören. Die Arbeitsgruppe prüft die sich stellenden Rechtsfragen und wird die Rechtsgrundlagen ausarbeiten.		Die Vorlage betreffend Meldewesen der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, Änderung der Strafprozessordnung (Landratsvorlage 2006 / 242), ist dem Landrat unterbreitet worden. Die Vorlage wird zur Zeit von der Justiz- und Polizeikommission beraten.
Nr. 5.09.10	Prüfung der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips Im Postulat 2001 / 163 lädt Remo Franz den Regierungsrat ein, in unserem Kanton das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung einzuführen. Der Landrat überwies das Postulat dem Regierungsrat. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion wird im Jahr 2006 die nötigen Abklärungen zuhanden des Regierungsrats und des Landrats vornehmen.		Es liegt ein Entwurf für ein Informationsgesetz vor, worin das Öffentlichkeitsprinzip umgesetzt wird. Die vorgeschlagene gesetzliche Regelung wird 2007 zur Vernehmlassung unterbreitet werden.

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Kultur ist Stoff der Bildung, Bildung ist Voraussetzung für Kultur."

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Das Bildungswesen steht vor grossen Herausforderungen: Mehr Menschen wollen, können und müssen in längeren und anspruchsvolleren Ausbildungen Qualifikationen für den globalisierten Arbeitsmarkt erwerben. Mehr Menschen haben aber auch Mühe, diesen höher werdenden Anforderungen zu genügen und benötigen wirkungsvolle Unterstützung, so dass sie den für die soziale und wirtschaftliche Integration unentbehrlichen Abschluss einer Ausbildung der Sekundarstufe II tatsächlich erreichen.

Die Reformen im schweizerischen Bildungswesen sind eine Antwort auf diese Herausforderungen: Für die Sekundarstufe II wurde das Maturitäts-Anerkennungsreglement bereits vor zehn Jahren gesamthaft revidiert, das Berufsbildungsgesetz trat auf 2004 in Kraft und bringt mit der Attestausbildung und der grösseren Durchlässigkeit wesentliche neue Elemente. Zu nennen ist zudem der Aufbau der Fachhochschulen und die Umsetzung der Erklärung von Bologna mit der Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen an den Hochschulen. Die schweizerische Bildungspolitik nimmt nun als Schwerpunkt für die Weiterentwicklung und Harmonisierung Kindergarten und Volksschule auf. Sie sind das Fundament des Bildungswesens. Der Entwurf einer neuen schweizerischen Bildungsverfassung geht in die Beratungen und wird mit der Inkraftsetzung den Druck auf die Kantone erhöhen, die Volksschule interkantonal auch tatsächlich zu harmonisieren.

Die Volksschule muss indessen nicht nur harmonisiert, sondern gleichzeitig auch verbessert werden, damit schwächere und stärkere Schülerinnen und Schüler bessere Lernergebnisse erreichen. Die Kompetenzen müssen vermehrt auch im Sinne einer Wirkungskontrolle gemessen und öffentlich dargestellt werden. Die Öffentlichkeit stellt nicht nur Mittel für das Bildungswesen zur Verfügung, sie möchte auch vermehrt wissen, welche Ergebnisse mit diesen Mitteln erzielt werden oder erzielt werden könnten. Orientierungsarbeiten und Vergleichsarbeiten werden eine grössere Bedeutung erhalten. Im Jahre 2006 wird der Kanton Basel-Landschaft auch an PISA teilnehmen und die Kompetenzen der 15jährigen Schülerinnen und Schüler im schweizerischen und internationalen Vergleich messen und auswerten.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Weiterentwicklung und Harmonisierung der Volksschule Der Entwurf der neuen Bildungsverfassung sowie die laufenden Arbeiten der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) werden Fragen zur weiteren Entwicklung und Harmonisierung der Volksschule in der Schweiz und im Kanton Basel-Landschaft aufwerfen. Während die inhaltliche Harmonisierung der Volksschule mit Bildungsstandards im 2., 6. und 9. Schuljahr sowie einem ergänzend initiierten Lehrplanprojekt für alle deutschschweizerischen Kantone mit verhältnismässig wenig Aufwand Ergebnisse bringen wird, ist die Angleichung von Schulstrukturen mit einem immensen Aufwand verbunden. Zusammen mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn soll nun vertieft die Frage der gemeinsamen Weiterentwicklung und Harmonisierung der Volksschule angegangen werden. Die grössten Unterschiede in den Schulstrukturen der Schweiz sind in diesen vier Kantonen zu finden. Wegen des Aufwandes sollen aber nur Strukturveränderungen in Angriff genommen werden, die zu besseren Lernbedingungen führen oder Mobilitätshindernisse beseitigen. Unabhängig von den Strukturveränderungen werden kontinuierlich Mittel für die Weiterentwicklung des Unterrichtes zur Verbesserung der Lernergebnisse sowohl für die schwächeren als auch für die stärkeren Schülerinnen und Schüler investiert. Eine wichtige Rolle spielt das Projekt "Bildungsmonitoring Schweiz" der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) gemäss Beschlüssen vom 28. Oktober 2004. "Bildungsmonitoring" ist gemäss Projektplan „die systematische und auf Dauer angelegte Beschaffung und Aufbereitung von Informationen über ein Bildungssystem und dessen Umfeld. Es dient als Grundlage für die Bildungsplanung und für bildungspolitische Entscheide, für die Rechenschaftslegung und für die öffentliche Diskussion.“ Der Bildungsbericht "Bildungsmonitoring Schweiz" wird alle vier Jahre veröffentlicht werden, erstmals im Jahr 2006. Masterplan Bildung Der Masterplan Bildung soll einen Beitrag zur Verbesserung der Kosten- und Wirkungstransparenz im Bildungswesen mit optimierten Planungs- und Steuerungsinstrumenten leisten. Übergeordnetes Ziel ist der effiziente und effektive Einsatz der knappen öffentlichen Mittel, die Entwicklungsfähigkeit des Bildungswesens und die Förderung des Vertrauens zwischen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Der Masterplan Bildung soll zu einem Instrument der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ausgebaut werden, das im Planungszeitraum von zehn Jahren die bedeutsamsten Herausforderungen aufgreift und mit Projektskizzen zu strategischen Optionen verdichtet. Ziel ist eine Priorisierung und Fokussierung der Projekte und die Sicherstellung ihrer Finanzierbarkeit. Eine solche Priorisierung soll einerseits fortlaufend, dann aber im Hinblick auf den Bildungsbericht 2007 des Regierungsrates an den Landrat gemäss § 89 des Bildungsgesetzes sowie des Regierungsprogramms 2008 - 2011 erfolgen. Wichtige Entwicklungen des Bildungswesens sind langfristig anzugehen.	↓ Amtsbericht 2006 Die EDK hat das Projekt zur Entwicklung von "Bildungsstandards" lanciert. Im November 2006 hat der Regierungsrat aufgrund einer breit angelegten Konsultation Stellung zum Entwurf eines Konkordates zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) bezogen. Der "Bildungsbericht Schweiz" ist Ende 2006 veröffentlicht worden und wird als Grundlage für den Bildungsbericht 2007 des Regierungsrates an den Landrat genutzt. Der Regierungsrat nahm eine erste Fassung des Masterplans Bildung zur Kenntnis. Er umfasst Skizzen mit Folgeabschätzungen zu allen wichtigen möglichen Vorhaben im Bildungswesen einschliesslich Kostenschätzungen. Aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates und den möglichen Grossprojekten (insbesondere die Verlängerung der Primarschule und die Neugliederung der Schuleingangsstufe) wurde der Auftrag zur Aktualisierung des Masterplans Bildung unter Einbezug der HarmoS-Stellungnahme gegeben.
-----------------	--	---

Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept Die Bildungsdirektionen der Kantone BE, BL, BS, FR, SO und VS sind übereingekommen, eine Vorverlegung des Französischunterrichtes auf das dritte Schuljahr und den Beginn von Englisch ab dem 6. Schuljahr zu prüfen und gegebenenfalls diese Sprachenstaffelung in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der EDK umzusetzen. Der Bildungsrat hat die Bildungsdirektion aufgefordert, für die Volksschule zwei Optionen zu prüfen, eine mit Frühfranzösisch und eine mit Frühenglisch. Das Gesamtsprachenkonzept für den Kanton Basel-Landschaft soll geklärt und das weitere Vorgehen vom Landrat beschlossen werden. Total: Fr. 100'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 50'000.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Regierungsrat hat die Vorlage zur Genehmigung des Konzeptes für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule zuhanden des Landrates verabschiedet (Landratsvorlage 2006 / 261).
Nr. 6.01.06	Integration Die Integrationspolitik im Kanton Basel-Landschaft wird auch im Jahr 2006 konsequent ressourcen- und ausbildungsorientiert weiter entwickelt. Das Ziel bleibt, eine qualitativ gute und niederschwellig zugängliche Sprachförderung für Zielgruppen zu fördern, die durch die bestehenden Angebote nur ungenügend erreicht werden. Interkulturelle Pädagogik Die Integration der Schülerinnen und Schüler, die nicht Deutsch als Erstsprache sprechen, wird mit gezielten, spezifischen Massnahmen gefördert. Das Amt für Volksschulen initiiert und begleitet Projekte und Massnahmen im Bereich der Kurse HSK (Heimatliche Sprache und Kultur) und der Fördermassnahme Deutsch als Zweitsprache, um so den Schulerfolg und die Integration der Kinder der Migrationsbevölkerung zu ermöglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.046 Mio. 0.01 Mio.	Die Zusammenarbeit mit den Vertretungen für Heimatkundliche Sprache und Kultur wurde institutionalisiert und ein entsprechender Leistungsauftrag mit dem HEKS abgeschlossen. Die Kurse Deutsch als Zweitsprache bewähren sich.
Nr. 6.01.08	Begleitung des Berufseinstiegs Die Begleitung des Berufseinstiegs unterstützt die berufliche Identifikation und Integration der Lehrperson und trägt zur Vertiefung der Professionalität bei.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Das Amt für Volksschulen lädt die neuen Lehrpersonen zu insgesamt vier Veranstaltungen ein. Die Themen dieser Veranstaltungen orientieren sich an der Zielsetzung der Berufseinführung: Information, Reflexion, Kooperation und Professionalität. Zusätzlich werden die Lehrpersonen in den einzelnen Schulen durch die Schulleitung betreut.

Nr. 6.01.09	Masterplan Bildung Der Masterplan Bildung beinhaltet zwei Bereiche: Erstens ist er ein fortzuschreibendes Planungsinstrument für die gewichtigsten Vorhaben für einen Zeitraum von zehn Jahren, um die Umsetzbarkeit und die Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Insofern gibt es eine Schnittstelle zum Projekt Generelle Aufgabenprüfung (GAP). Zum anderen geht es materiell um den Aufbau besserer Steuerungsinstrumente für die Schulen selbst und die Bildungsverwaltung. Total: Fr. 440'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 50'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Masterplan Bildung wurde als Planungsinstrument der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion entworfen.
Nr. 6.01.10	Bildungsbericht 2007 Der Bildungsbericht 2007 an den Landrat wird sich erstens auf die politischen Vorgaben des Bildungsgesetzes, zweitens auf die Ergebnisse der externen Evaluationen der einzelnen Schulen und drittens auf den Schweizerischen Bildungsbericht 2006 "Bildungsmonitoring Schweiz" von Bund und Kantonen abstützen und zu beziehen haben. Im Rahmen des Bildungsberichts 2006 werden Daten und Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung gesammelt, aufgearbeitet, sinnvoll dargestellt und miteinander in Beziehung gesetzt. Total: Fr. 200'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 100'000.- Budget 2007: Fr. 100'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Der "Bildungsbericht Schweiz" wurde Ende 2006 veröffentlicht.
Nr. 6.02	Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 6.02.02	Einzelne Massnahme PISA 2006 Im Jahr 2006 wird der dritte Zyklus von PISA durchgeführt, im Zentrum der Studie stehen die naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit. Neben der Beteiligung an der nationalen Stichprobe wird der Kanton Basel-Landschaft das erste Mal mit einer kantonalen Erhebung teilnehmen. Total: Fr. 216'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 22'000.- Budget 2006: Fr. 117'000.- Budget 2007: Fr. 33'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.117 Mio.	Die Leistungsmessungen zu PISA 2006 sind im Kanton Basel-Landschaft wie geplant im Mai 2006 durchgeführt worden. Erste nationale Ergebnisse werden Ende 2007 veröffentlicht. Die Auswertung der kantonalen Stichprobe dauert bis 2008.
Nr. 6.02.06	Projekt "Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlicher visuell-räumlicher Begabung" Zusammen mit der Fachschaft der Sekundarschule Liestal werden Lernumgebungen zur Förderung der visuell-räumlichen Begabung entwickelt und dokumentiert. Die strukturierten Aufgabenreihen berücksichtigen die Lehrplanziele und sind so gestaltet, dass sie für schwächere sowie für überdurchschnittlich begabte Jugendliche Forderungen bereithalten und die Schülerinnen und Schüler auf eigenen Wegen verschiedene gestalterische Lösungen erproben und erarbeiten können. Total: Fr. 90'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 60'000.- Budget 2006: Fr. 30'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.03 Mio.	Das Projekt konnte Ende 2006 abgeschlossen werden. Über die entstandenen Lernumgebungen haben die Basellandschaftlichen Schulnachrichten in der ersten Ausgabe von 2007 berichtet.
Nr. 6.02.07	Projektierung Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung In den Jahren 2004 und 2005 hat die BKSD die Grundlagenarbeiten für die Einführung einer neuen Regelung im Bereich der Speziellen Förderung ausgeführt. Die Ergebnisse der Grundlagenarbeiten sollen mit den Schulbeteiligten gesichtet und bewertet und gegebenenfalls die Umsetzung der Pensenpoolregelung projektiert werden. Total: Fr. 105'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 25'000.- Budget 2006: Fr. 30'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.03 Mio.	Der Bildungsrat hat 2006 von den Arbeiten zum Pensenpool Kenntnis genommen und beschlossen, dass das Projekt weiter verfolgt werden soll. Aufgrund der Rückmeldungen der Vorstände des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG), verschiedener Konferenzen sowie der Lehrerorganisationen wird die BKSD zusammen mit dem Bildungsrat das weitere Vorgehen festlegen.

Nr. 6.02.08	Spezielle Förderung Vorschulheilpädagogik und Förderunterricht Umsetzung der Handreichungen für die Vorschulheilpädagogik in den einzelnen Gemeinden und Entwicklung eines Fortbildungskonzeptes. Entwicklung einer multifunktionalen Fortbildung für Förderlehrpersonen und damit Schaffung von Grundlagen für einen flexiblen Personaleinsatz in diesem Bereich.		Die Handreichungen für die Vorschulheilpädagogik liegen vor. Die Arbeiten zum Fortbildungskonzept für die Förderlehrpersonen konnten gegen Ende 2006 abgeschlossen werden. Die Einrichtung des neuen Fortbildungsangebotes soll im 2007 geprüft bzw. vorbereitet werden.
Nr. 6.02.12	Projekt HarmoS Das Projekt zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) soll die Ziele der Volksschule landesweit und verbindlich festlegen. Das Vorhaben ist auf die Jahre 2003 - 2007 angelegt und soll die Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschulbildung einen massgeblichen Beitrag leisten. Im Zusammenhang mit dem Projekt HarmoS hat die Nordwestschweizerische EDK die Entwicklung eines Kompetenzmodells im musikalischen Bildungsbereich der Volksschule in Auftrag gegeben. Total: Fr. 200'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 75'000.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 25'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Regierungsrat führte eine breite Konsultation über den Entwurf des HarmoS-Konkordates durch und gab seine Stellungnahme ab. Die EDK hat in Aussicht genommen, das HarmoS-Konkordat Ende 2007 zuhanden der Kantone für die Ratifizierung zu verabschieden. Mit der Annahme der Verfassungsbestimmungen zur Bildung am 21. Mai 2006 hat der Druck in Richtung Harmonisierung der Schulstrukturen zugenommen.

Nr. 6.02.13	Deutschweizerischer Lehrplan In Abstimmung und Ergänzung zu den schweizerischen Bildungsstandards gemäss HarmoS soll ein deutschschweizerischer Lehrplan für die Volksschule entstehen. Während HarmoS in ausgewählten Fachbereichen Klarheit in Bezug auf die durch alle Schülerinnen und Schüler zu erreichenden Leistungen schaffen soll, soll der Deutschschweizer Lehrplan die Unterrichtsziele und -inhalte in ihrer Gesamtheit aufnehmen. Im 7. bis 9. Schuljahr soll der Lehrplan gemäss vorliegender Projektskizze in den Fremdsprachen und in Mathematik in Grundanforderungen für alle Schülerinnen und Schüler und in erweiterte Anforderungen für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler gegliedert werden. Der Lehrplan würde durch die Trägerkonferenz der deutschschweizerischen Kantone bis zum Jahr 2010 erarbeitet und zur Inkraftsetzung durch die zuständigen kantonalen Behörden empfohlen. Anpassungen an die kantonalen Besonderheiten sind möglich. Nach Anhörung des Bildungsrates wird der Regierungsrat noch im Jahr 2005 eine Stellungnahme zur Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an diesem Lehrplanprojekt abgeben. Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 10'000.- Budget 2007: Fr. 30'000.- Budget 2008: Fr. 30'000.- Budget 2009: Fr. 30'000.- Budget 2010: Fr. 30'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Die Schweizer Projektorganisation ist aufgebaut. Der Kanton Basel-Landschaft arbeitet in der Projektgruppe mit.
-------------	---	--	--

Nr. 6.02.14	Basisstufe / Grundstufe Die Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektionen (EDK-Ost) koordiniert die laufenden Schulversuche mit der Basis- und der Grundstufe. Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche durch, er ist aber in der Projektkommission und weiteren Gremien vertreten. Das EDK-Ost-Projekt soll die Grundlagen dafür bereitstellen, um in den Kantonen im Jahr 2009 oder 2010 über die landesweite Einführung der Basis- oder der Grundstufe politisch entscheiden zu können. Total: Fr. 75'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 25'000.- Budget 2006: Fr. 25'000.- Budget 2007: Fr. 25'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.025 Mio.	Der Kanton Basel-Landschaft ist im Beobachterstatus in der Projektkommission "Erziehung und Bildung in Kindergarten und Unterstufe im Rahmen der EDK-Ost" vertreten. Auf eigene Schulversuche wurde verzichtet.
Nr. 6.02.15	Projekt Standardsprache am Kindergarten In den Schuljahren 2005 / 2006 - 2008 / 2009 werden drei verschiedene Modelle für den Unterricht in der Standardsprache im Kindergarten erprobt. Beim Modell I wird ausschliesslich in Hochdeutsch unterrichtet. Beim Modell II erfolgt der Unterricht nur in Deutsch, als Zweitsprache auf Hochdeutsch, der Regelunterricht hingegen in Mundart. Beim Modell III werden alle geführten Sequenzen in Hochdeutsch unterrichtet und im Übrigen in der Mundart kommuniziert. Die HPSA-BB begleitet das Projekt, das in den Quartieren Fraumatt und Weiermatt der Stadt Liestal durchgeführt wird. Ziel ist es, abzuklären, mit welchen Gebrauchsweisen der Standardsprache am Kindergarten der Schulerfolg fremdsprachiger Kinder in den ersten beiden Primarschuljahren unterstützt und verbessert werden kann. Total: Fr. 80'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 20'000.- Budget 2006: Fr. 20'000.- Budget 2007: Fr. 20'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.02 Mio.	Im ersten Jahr wurden die Eltern über das Projekt informiert, die Kindergartenlehrpersonen weitergebildet und Sprachdatenerhebungen bei den Kindern im September 2005 sowie im Mai 2006 durchgeführt. Erste Ergebnisse über die Sprachentwicklung der Kinder in den drei verschiedenen Modellen werden 2007 vorliegen.

Nr. 6.02.16	Projekt "Lernumgebungen für sprachlich schwache bis hochbegabte Schülerinnen und Schüler " Als Folgeprojekt zum Mathematikunterricht startet im Jahr 2006 ein dreijähriges Entwicklungsprojekt in der Unterrichtssprache an der Primarschule Lupsingen. Für die Teilbereiche Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen sollen Lernumgebungen entwickelt werden, die für alle Schülerinnen und Schüler reichhaltige Aufgabenstellungen bereithalten. Die Ergebnisse des Projekts sollen in eine Publikation münden und im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung weitergegeben werden. Total: Fr. 105'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 35'000.- Budget 2007: Fr. 35'000.- Budget 2008: Fr. 35'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.035 Mio.	Der Start des Projektes hat sich auf Beginn des Schuljahres 2006 / 2007 verzögert. Die Entwicklung des sprachdidaktischen Konzeptes für das Projekt hat mehr Zeit, als ursprünglich vorgesehen, in Anspruch genommen. Ein erster Zwischenbericht über den Verlauf des Vorhabens wird auf Ende Schuljahr 2006 / 2007 erwartet.
Nr. 6.02.17	Instrumente zur Qualitätssicherung und -optimierung Zuhanden der Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klassen, ihrer Lehrpersonen und auch ihrer Erziehungsberechtigten sollen zur Unterstützung des Berufswahlvorbereitungs- und Laufbahnberatungsprozesses folgende Instrumente zur Verfügung gestellt werden: Eine Berufswahlagenda und der Online-Zugang zur Software "Stellwerk", mit welcher Kompetenzprofile in Kernfächern erstellt werden können. Die Ergebnisse des Prozesses werden mittels einer Befragung der Schulabgängerinnen und -abgänger erhoben.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.14 Mio.	Die neu erstellte Berufswahlagenda konnte den Zielgruppen abgegeben werden. Der Online-Zugang zur Software "Stellwerk" bedarf eines Verpflichtungskredites durch den Landrat.
Nr. 6.02.18	Orientierungsarbeiten (OA) Die Orientierungsarbeiten dienen der Leistungsbeurteilung und der Standortbestimmung des Schülers oder der Schülerin, der Überprüfung des Unterrichts sowie der kantonalen Überprüfung der erreichten Lernergebnisse gemäss den Stufenlehrplänen. Erstmals findet die Durchführung der OA in den 5. Klassen der Primarschule und in den 4. Klassen aller drei Niveaus der Sekundarschule statt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.09 Mio.	Die Orientierungsarbeiten sind in den 5. Klassen der Primarschule bereits institutionalisiert und werden jährlich in Deutsch und Mathematik durchgeführt. In allen Niveaus der 4. Klassen der Sekundarschule fanden im 2006 Orientierungsarbeiten in den Fächern Mathematik und Französisch statt. In beiden Fächern wurden die Arbeiten in Zusammenarbeit mit der Weiterbildungsschule Basel-Stadt erarbeitet und durchgeführt.
Nr. 6.02.19	Werkjahr Das Konzept zur Einführung des 2-jährigen Werkjahres wird erarbeitet und dessen Umsetzung auch mit der Schulraumplanung koordiniert. Eine mögliche Landratsvorlage sollte bis im Dezember 2006 dem Regierungsrat zur Verfügung stehen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Der definitive Entscheid zur Schulraumplanung Sekundarstufe I konnte noch nicht getroffen werden, womit auch die Einführung des zweijährigen Werkjahres verschoben werden muss.

Nr. 6.02.20	Geschlechtergerechte Pädagogik Bei der Umsetzung einer geschlechtergerechten Pädagogik und der Förderung der Gleichstellung werden die Schulen vom Amt für Volksschulen (AVS) mit spezifischen Angeboten unterstützt. Einerseits wird Genderwissen in der Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen vermittelt und andererseits werden für die Kollegien und die einzelnen Lehrpersonen mindestens zwei Weiterbildungsveranstaltungen angeboten. Die Etablierung von Genderbeauftragten in den Schulen wird vom AVS mittels zweier Veranstaltungen initiiert und die Schulen werden begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.02 Mio.	Bei der Umsetzung einer geschlechtergerechten Pädagogik und der Förderung der Gleichstellung werden die Schulen vom Amt für Volksschulen mit spezifischen Angeboten unterstützt. Einerseits wird Genderwissen in den Aus- und Weiterbildungen der Schulleitungen und Schulräte vermittelt, andererseits werden vor allem für die Kollegien Weiterbildungsangebote bereitgestellt. Das AVS beteiligt sich mit zwei Schulen am Transferprojekt "Gleichstellungs-Controlling" des Kantons.
Nr. 6.02.21	Angebot "TimeOut" Das Angebot "TimeOut" verhilft Jugendlichen, die disziplinarisch auffällig und im Klassenverband schwer tragbar sind, sich aufzufangen, um dadurch einen Ausschluss aus der Schule zu verhindern. Die Jugendlichen werden in Absprache mit allen Beteiligten vom Schulunterricht befreit und müssen für eine bestimmte Zeit (in der Regel zwei bis vier Wochen) in einem geeigneten Gewerbebetrieb oder einer Institution der öffentlichen Verwaltung eine unbezahlte Arbeitsleistung erbringen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.06 Mio.	Die Umsetzung des Konzeptes "TimeOut" in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt bewährt sich.
Nr. 6.02.22	Weiterbildung und Podium Musikschulen Neben den durch die Fachstelle Musikschulen durchgeführten Weiterbildungsworkshops und der Unterstützung von Projekten der Musikschulen werden im Rahmen des Impulsprogramms innovative Projekte in der Musikerziehung gefördert und am Konzert-Podium aussergewöhnliche Leistungen der Öffentlichkeit vorgestellt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.08 Mio.	Die geplanten Aktivitäten konnten zugunsten der Musikschulen umgesetzt werden.
Nr. 6.03	Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		↓Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Externe Evaluation Die externe Evaluation der einzelnen Schulen ist Teil des Konzeptes der Qualitätssicherung, wie sie mit dem Bildungsgesetz eingeführt wird. Das Amt für Volksschulen hat ein entsprechendes Konzept vorbereitet und ist an der Umsetzung. Für die Berufsfachschulen und die Gymnasien sind zwei externe Evaluationen pro Jahr vorgesehen, der Regierungsrat hält trotz Budgetkürzungen daran fest und möchte zum Ausgleich im Jahre 2006 drei externe Evaluationen durchführen und gleichzeitig eine Standortbestimmung über den Nutzen durchführen.		Die Ergebnisse der Umsetzung des Konzeptes der externen Evaluation in den Volksschulen stossen bei den beteiligten Schulen auf positives Echo, und die Schulräte haben die Möglichkeit, zusammen mit der Schule die Empfehlungen im Sinne der Qualitätssicherung umzusetzen. Es wurden im Kalenderjahr 2006 sechs Kindergärten / Primarschulen und sieben Sekundarschulen evaluiert.

Nr. 6.03.02	Einzelne Massnahme Externe Evaluation Sekundarstufe II Gemeinsam mit sieben anderen Kantonen der erweiterten Nordwestschweiz ist an der Universität Zürich eine Fachstelle für die externe Evaluation der Schulen der Sekundarstufe II eingerichtet worden, die nun einen entsprechenden Leistungsauftrag für drei Schulen im Jahr 2006 erhalten soll. Total: Fr. 440'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- (Bedarf Fr. 120'000.-) Budget 2006: Fr. 200'000.- Budget 2007: Fr. 120'000.- Budget 2008: Fr. 120'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Ein Konzept für die externen Evaluationen der Schulen der Sekundarstufe II in den Jahren 2006 bis 2010 gemäss § 85 Buchstabe e des Bildungsgesetzes ist erarbeitet und auf Antrag des Bildungsrates von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erlassen worden. Der Bildungsrat beantragte die Durchführung der externen Evaluationen für Schulen der Sekundarstufe II mit den thematischen Schwerpunkten "Qualitätsmanagement" und "Lernarrangements für selbstständiges, gemeinsames und lebenslanges Lernen und Umgang mit Heterogenität" sowie mit einem frei durch die Schulen wählbaren weiteren thematischen Schwerpunkt im Zyklus 2006 bis 2010.
Nr. 6.03.04	Sekundarstufe II - Stärkung der dualen Berufslehre Im Vergleich zu anderen Kantonen der deutschsprachigen Schweiz hat der Kanton Basel-Landschaft - insbesondere auch wegen des hochwertigen Angebotes der Handelsmittelschule und der Fachmittelschule - einen relativ hohen und in den letzten Jahren stark gewachsenen Anteil an Vollzeitschülerinnen und -schülern. Die Möglichkeiten zur Stärkung der dualen Berufslehre sollen geprüft werden, weil dieses Ausbildungsangebot für die soziale und wirtschaftliche Integration möglichst aller jungen Menschen von grösster Bedeutung ist. Es muss eruiert werden, inwiefern ein Handlungsbedarf für die Ausbildungsangebote der Sekundarstufe II in ihrer Gesamtheit besteht. Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 40'000.- Budget 2007: Fr. 40'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Durch die Schaffung einer Passerelle von der Berufsmaturität zur Universität wurde die Attraktivität der Berufsmatur erhöht.
Nr. 6.03.05	Umsetzung der kleinen MAR-Reform Die Teilrevision der Basellandschaftlichen Maturitätsregelung bringt eine Vereinfachung der bisher etwas unübersichtlichen Promotionsregelungen und reduziert die Prüfungsfächer auf die vom Bund geforderten fünf zu prüfenden Fächer.		Eine kleine Revision der kantonalen Verordnung wurde 2005 verabschiedet und tritt 2007 in Kraft.
Nr. 6.03.06	Orientierungsarbeit 11. Schuljahr Erstmals wird eine Orientierungsarbeit an der Maturitätsabteilung durchgeführt, in welcher das auf dieser Stufe erworbene Wissen in vergleichbarer Weise geprüft wird. Prüfungsfächer sind Mathematik und Englisch.		Diese Orientierungsarbeit wurde 2006 erstmals durchgeführt. Sie wird von jetzt an jährlich in anderen Fächern durchgeführt.

Nr. 6.03.07	Ausgestaltung der Fachmaturität, insbesondere der FM Pädagogik Mitte 2007 werden die ersten Schülerinnen und Schüler den Fachmittelschulausweis erwerben. Für die Schülerinnen und Schüler des Berufsfelds Pädagogik soll eine sinnvolle Zusatzqualifikation zum Erwerb der Fachmaturität ausgestaltet werden, welche den an der FMS erworbenen spezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten gebührend Rechnung trägt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.015 Mio.	Die Ausgestaltung der Fachmaturität, insbesondere Pädagogik, ist in Bearbeitung. Das Angebot wird auf Mitte 2007 realisiert.
Nr. 6.04	Sonderschulung		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Integrative Schulung von Kindern mit Behinderungen Angestrebt wird eine Volksschule für alle. Die integrative Schulung von Kindern mit Behinderungen in der Regelschule wird gemäss Sonderschulkonzept und Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) stark gefördert.		
Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Das bestehende Sonderschulkonzept wird überarbeitet und ein neues Konzept gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt gemäss der Auflage in den Übergangsbestimmungen zur NFA in der Bundesverfassung erstellt. Die Bildungsgesetzgebung zur Sonderschulung wird überprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Externe Projektkosten ca. 0.02 Mio.	Als erstes Ergebnis der Arbeit am gemeinsamen Sonderschulkonzept Basel-Stadt und Basel-Landschaft liegt ein Bericht mit einer Bestandesaufnahme und einer Einschätzung vor (www.nfa-bs-bl.ch). Auf den Frühsommer 2007 soll ein erster Berichtsentwurf vorliegen mit Vorschlägen für die Übergangszeit. Darauf gestützt wird die Sonderschulverordnung angepasst.
Nr. 6.04.02	Integrationsklassen Das Projekt „Integrationsklassen“ wird ausgewertet und weitere Integrationsklassen in Klassen der Regelschule werden geplant.		Ein Konzept für die Integrationsklassen wurde zwischen dem Amt für Volksschulen, der Fachstelle für Sonderschulung, der Jugend- und Behindertenhilfe und der Heilpädagogischen Schule Baselland vereinbart. Im Schuljahr 2006 / 2007 bestehen vier Integrationsklassen.
Nr. 6.04.03	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) im Sonderschulbereich wird umgesetzt.		Die notwendigen Änderungen in den Leistungsvereinbarungen mit Sonderschulen wurden vorgenommen. Mit der NFA, voraussichtlich auf den 1. 1. 2008, wird die Anwendung der IVSE erweitert werden.
Nr. 6.05	Jugendhilfe		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 6.05.01	Einzelne Massnahme Pflegekinderrecht Die Änderungen im Pflegekinderrecht mit der Gewährung von Beiträgen an Unterbringungen in Pflegefamilien und der Neuregelung der Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen gemäss Landratsvorlage werden realisiert. Instrumente der Angebotsüberprüfung und Bedarfsplanung werden gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt und in Koordination mit den neuen Gremien der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in der Nordwestschweiz entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Die Gesetzesänderung zur Förderung des Pflegekinderwesens wurde vom Landrat beschlossen. Die neue Regelung ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft getreten.
Nr. 6.05.02	Bedarfsplanung stationäre Jugendhilfe Instrumente der Angebotsüberprüfung und Bedarfsplanung werden gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt und in Koordination mit den neuen Gremien der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in der Nordwestschweiz entwickelt.		Ein neues Instrument für die Bedarfsplanung BL / BS liegt noch nicht vor. Die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wurde im Rahmen der IVSE-Organen verstärkt.
Nr. 6.06	Behindertenhilfe		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Die Planung der Kantonalisierung der Behindertenhilfe nach Inkrafttreten der NFA wird gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt an die Hand genommen. Darunter fällt insbesondere die Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes für die Behindertenhilfe, das durch den Bundesrat genehmigt werden muss, gemäss Übergangsbestimmungen NFA in der Bundesverfassung und den Vorgaben in der Anschlussgesetzgebung (IFEG). Das Konzept soll auf den 1. Januar 2008, dem mutmasslichen Inkrafttreten der NFA, vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ca. 0.02 Mio.	Im Rahmen des Teilprojektes Behindertenhilfe Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurde ein erster Bericht erarbeitet. Der Bericht enthält Grundlagen mit statistischem Datum und die Beschreibung der gegenwärtigen Situation in den Lebensbereichen "Wohnen" und "Arbeit". Darauf aufbauend nennt der Bericht die Handlungen, mit welchen beide Kantone die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung sichern wollen. Ein Ausblick am Ende des Berichtes zeigt erste Ideen über Entwicklungsleitlinien der Behindertenhilfe in kantonaler Verantwortung (www.nfa-bs-bl.ch). Als erster Umsetzungsschritt für die Übergangsphase nach Inkrafttreten der NFA wurde die Einführung von Leistungsvereinbarungen in der Behindertenhilfe gemeinsam mit den Wohnheimen, Werkstätten und Tagesstätten im Dezember 2006 in Angriff genommen.

Nr. 6.06.03	Verbundsystem Nach der Auswertung der ersten Erfahrungen mit dem "Verbundsystem für Menschen mit geistiger und / oder mehrfacher Behinderung" werden gleichartige Projekte für Menschen mit körperlichen oder psychischen Behinderungen geprüft. Zusätzliche Wohnplätze in neuen Wohngruppen in den Verbundsystemen werden geschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektierungskosten ca. 0.05 Mio.	Es konnte noch kein neuer Verbund abgeschlossen werden. Innerhalb bestehender Organisationen sind neue Wohnplätze entstanden.
Nr. 6.06.04	Laubiberg Die räumliche Situation des Wohnheimes Laubiberg soll verbessert werden.		Die private Trägerschaft des "Laubiberg" klärt mit der Vermieterin des Gebäudes (Kanton, Hochbauamt) Möglichkeiten ab. Bis Ende 2006 wurde kein Umbauprojekt eingereicht.
Nr. 6.06.05	Wohnprojekt APH Ein Wohnprojekt für jüngere Menschen mit Behinderungen in Alters- und Pflegeheimen (APH) soll mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden realisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektbegleitung ca. 0.05 Mio.	Das Projekt wurde vom Bundesamt für Sozialversicherung genehmigt. Der Umbau beginnt Anfang 2007. Der Bezug ist auf Herbst 2007 geplant
Nr. 6.06.06	Förderstätte Der Neubau einer Förderstätte (Tagesheim) für erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung durch insieme Baselland wird geschaffen; Landratsvorlage zur Errichtung einer Bürgschaft des Kantons für die Finanzierung des Neubaus.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektleitung ca. 0.04 Mio.	Die Förderstätte ist im Bau (in Binningen). Die Betriebsaufnahme ist auf Mitte Mai 2007 vorgesehen.
Nr. 6.09	Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsschulen)		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Seit 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund werden bis ins Jahr 2008 alle Ausbildungsreglemente überarbeitet. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt gemäss Planungsbericht vom 23. September 2004.		

Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Umsetzen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) Die Umsetzung der neuen Reglemente (neu: Bildungsverordnungen) erfolgt jeweils in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Berufsfachschulen und den betroffenen Verbänden. Generell ist zu beobachten, dass die neuen Bildungsverordnungen mehr Lektionen an der Berufsfachschule und teilweise mehr Tage für überbetriebliche Kurse vorsehen. Im Weiteren wird die Einführung der Attestausbildungen, welche die Anlehren ablösen, Mehrkosten verursachen. Es ist wichtig, dass keine Lehrstellen durch die Vielzahl der Reformprozesse verloren gehen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio.	Die Umsetzung des neuen BBG erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt und den Berufsfachschulen. Im Jahr 2006 wurden in 14 Berufen neue Bildungsverordnungen eingeführt. Die Zahl der Lehrstellen konnte in den zur Umsetzung stehenden Berufen konsolidiert werden. In den Berufen des Detailhandels wurden im zweiten Umsetzungsjahr die Lehrstellen sogar erhöht. Eine kontinuierliche Steigerung der Lehrstellen ist auch bei den Gesundheits- und den Sozialberufen zu beobachten. Weiter investiert werden muss in die Förderung der Attestausbildung.
Nr. 6.09.06	Neupositionierung der DMS 2 Die zweijährige Diplommittelschule (DMS 2) muss neu positioniert werden, weil sich die gesamtschweizerische Bildungssystematik verändert hat. In der neuen Bildungssystematik sind keine zweijährigen Vollschoलाusbildungen auf der Sekundarstufe II mehr vorgesehen, und es gilt zudem der Grundsatz: Kein Abschluss ohne Anschluss. Es muss überlegt werden, durch welches Ausbildungsangebot die jetzige DMS 2 ersetzt werden kann und soll.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Eine Projektgruppe unterbreitet den Vorschlag, die DMS 2 per Sommer 2008 durch ein einjähriges Brückenangebot "Schulisches Brückenangebot Plus modular" zu ersetzen, das weiterhin durch den Kaufmännischen Verein Baselland in Muttenz geführt würde. Dazu braucht es eine Änderung des Bildungsgesetzes.
Nr. 6.10	Tertiäre Bildung (Universität, Fachhochschulen)		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraumes Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung im Bereich Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.		

Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die Fusion der bisherigen Fachhochschulen (FHBB und HPSA-BB) zur Fachhochschule Nordwestschweiz wird umgesetzt. (Einsetzen des Fachhochschulrats FHNW, Umsetzung der im Leistungsauftrag FHNW formulierten politischen Ziele und Entwicklungsschwerpunkte, Klärung des Raumbedarfs im Kanton Basel-Landschaft gemäss Portfolio FHNW.) Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 284 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Leistungsauftrag FHNW LRV 2005/177.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 47.5 Mio. (=Trägerschafts-Beitrag BL)	Die fusionierte FHNW hat am 1. 1. 2006 ihren Betrieb aufgenommen und die für das erste Betriebsjahr vorgesehenen Ziele erreicht. Zusätzlich zu den genannten Umsetzungsmassnahmen konnte ein Gesamtarbeitsvertrag für das Personal der FHNW abgeschlossen werden; er ist von den Regierungen aller vier Trägerkantone genehmigt worden und ist per 1. 1. 2007 in Kraft getreten.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die Verhandlungen um die Mitträgerschaft werden abgeschlossen. Der Universitätsvertrag unter Einbezug der Lehre und Forschung in klinischer Medizin und der Immobilien wird erneuert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit, partnerschaftliches Geschäft (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 89 Mio. indexiert (= Unibeitrag BL)	Der Staatsvertrag mit dem Kanton Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) ist von den Regierungen im Juni 2006 abgeschlossen und von beiden Kantonsparlamenten im Dezember 2006 genehmigt worden (Landratsvorlage 2006 / 179).
Nr. 6.10.06	Institut für Systembiologie Das Institut für Systembiologie (partnerschaftliches Geschäft) wird aufgebaut, erste Forschungsgruppen werden gebildet, der definitive Standort wird bestimmt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 275 Total: Fr. 10'000'000.- (Konto 2539.360.00) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 500'000.- Budget 2005: Fr. 1'500'000.- Budget 2006: Fr. 3'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 3.0 Mio.	Auf Beschluss der ETH Zürich wird das Institut für Systembiologie ab dem 1. 1. 2007 als selbstständiges Departement für Biosysteme der ETH Zürich geführt und somit strukturell und finanziell verankert. Die ersten Forschungsgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen. Der ETH-Rat hat eine Standort-Evaluation für den definitiven Standort in der Region Basel durchgeführt; der Entscheid ist noch offen.
Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) auf dem Dreispitzareal und der Fachbereiche Pädagogik und Soziale Arbeit in Muttenz Projekt der BUD (Nr. 4.04.02).		Das Planungsprojekt unter der Federführung der BUD wurde an die neue Portfolioverteilung der FHNW angepasst und insbesondere um die Bedürfnisse des Fachbereichs Life Sciences ergänzt.

Nr. 6.10.08	FHNW: Angliederung des Institutes für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL / BS geführt. Die Ausbildungen in schulischer Heilpädagogik und Logopädie sowie Psychomotoriktherapie werden dem Fachbereich Pädagogik der FHNW zugeordnet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.23 Mio.	Die Kantonsparlamente von BL und BS haben der FHNW den bikantonalen Leistungsauftrag für die Jahre 2006 bis 2008 erteilt (Landratsvorlage 2005 / 198, LRB vom 27. 11. 2005).
Nr. 6.10.09	FHNW: Trinationaler Bachelor- und Masterstudiengang Bauingenieurwesen Die Finanzierung des trinationalen Bachelor- und Masterstudiengangs Bauingenieurwesen dient der internationalen Zusammenarbeit am Oberrhein. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 095 Total: Fr. 478'000.- (Konto 2005.367.00 Interreg III, LKA) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 178'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.- Budget 2006: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Der Studiengang wurde plangemäss durchgeführt.
Nr. 6.10.10	Universität Basel: Immobilienfonds Gemäss Immobilienvertrag leistet der Kanton Basel-Landschaft einen Beitrag an den Immobilienfonds der Universität Basel.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 7.0 Mio.	Gemäss Planung. Der Immobilienvertrag ist in den neuen Universitätsvertrag integriert worden (siehe Kommentar unter Nr. 6.10.05).
Nr. 6.10.11	Universität Basel: Strategieumsetzung Die Universität Basel setzt die Strategie gemäss Portfoliobericht des Universitätsrates um. Sonderbeitrag. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 5.0 Mio.	Siehe Kommentar unter Nr. 6.10.05.
Nr. 6.11	Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung		↓Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Der quartäre Bildungsbereich wird neben der obligatorischen Schule, der weiterführenden Schule und der tertiären Stufe als gleichberechtigte Stufe im kantonalen Bildungssystem konsolidiert. Die Angebote für Schulleitungen und Schulleitungsteams inklusive deren strategische Leitung durch Schulräte wird weiter entwickelt. Für die Sekundarstufe II werden zusätzliche Weiterbildungen angeboten.	Die Erwachsenenbildung konsolidiert sich zunehmend als Quartärbereich im Kanton. Neben den nachfolgend aufgeführten Projekten wurde die Erwachsenenbildung durch die Mitarbeit an einem Projekt des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) zum Thema Allgemeinbildung im Bereich Validierung unterstützt. Informationspolitik und Sensibilisierung zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen wird aktiv betrieben.	

Nr. 6.11.02	Einzelne Massnahme Konzept Weiterbildung Die im Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft vorgeschlagenen Massnahmen werden umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.25 Mio.	Die Bevölkerung wird mittels der Kampagne "Stark durch Erziehung" zum Thema Elternarbeit sensibilisiert. Die Drehscheibe mit Informationen und Angeboten zur Weiterbildung wurde aktualisiert und wird von der Bevölkerung zunehmend genutzt. Zur Information und Vernetzung zum Thema "Regionale Entwicklung" wurden Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bildung an die Tagung "Region der Zukunft" eingeladen. Transparente Förderstrategien und -kriterien im Bereich Allgemeine Erwachsenenbildung wurden erarbeitet.
Nr. 6.11.03	Führungskurse In Zusammenarbeit mit der Schulleiteraus- und Fortbildung beider Basel und dem Amt für Volksschulen (AVS) werden Modulkurse zu Führungs- und Schulentwicklungsthemen und Organisationsbereichen mit Schwerpunkt Transferunterstützung angeboten.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Die Angebote für Schulleitungen wurden weiter entwickelt und vermehrt. Die Einführung für Schulleitungen wurde umstrukturiert und für obligatorisch erklärt. Zusätzliche Angebote für die Sekundarstufe II konnten in Zusammenarbeit mit neuen Kooperationspartnern (Universität, Literaturhaus, FHNW) realisiert werden.

Teil Kultur

Nr. 6.12	Römerstadt Augusta Raurica	↓ Amtsbericht 2006	
	Strategische Zielsetzungen Mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten im Theater wird das wichtigste Monument der Römerstadt nach rund 15 Jahren wieder für die Bevölkerung und Touristen zugänglich gemacht und damit eine Freilichtbühne ersten Ranges.	Die Sanierung ist beinahe abgeschlossen.	
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica Umsetzung des Archäologiegesezes, Schaffung einer archäologischen Schutzzone, Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung, Koordination mit der Gemeinde Augst).	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Das Archäologiegesez konnte wegen Verzögerungen von Salina Raurica noch nicht raumplanerisch umgesetzt werden. Die Arbeiten am Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica (RRB 912 vom 31. 5. 2005) wurden infolgedessen noch nicht begonnen.
Nr. 6.12.04	Erneuerung der Ausstellung im Römermuseum Die Erneuerung eines Teils der Dauerausstellung steht an. Gleichzeitig kehrt der Silberschatz von der Sonderausstellung im Badischen Landesmuseum in Karlsruhe zurück und kann definitiv in die neue Ausstellung integriert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Erneuerung eines Teils der Ausstellung (neu mit dem kompletten Silberschatz) wird vorbereitet.

Nr. 6.12.06	Vermittlung des römischen Theaters Augst Realisierung der für die Publikumserschliessung notwendigen Infrastrukturen, Informationstafeln, Audioguides und Begleitdokumentationen im Hinblick auf die Eröffnung im Jahre 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Vorbereitungen sind im Zeitplan.
Nr. 6.12.07	Aufbau Geografisches Informations-System (GIS) Aufbau und Erweiterung der archäologischen GIS-Datenbank (in Zusammenarbeit mit der GIS-Fachstelle der VSD). Ziel: ein digitaler Kataster der römischen "Grossstadt" für Forschung und Publikum.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Arbeiten gehen unter dem neuen GIS-Verantwortlichen für Augst zügig voran; leider mit Ausnahme der GIS-Dokumentation Kaiseraugst (beschränkte Personalressourcen des entsprechenden Teams).
Nr. 6.12.08	Erweiterung Funddepots / Auflösung Einmietungen Beseitigung des Raumnotstandes für die archäologischen Kulturgüter gemäss GPK-Bericht vom 9. Mai 2001. LRV Herbst 2005 (Federführung BUD / Hochbauamt).		Der Museumsneubau bleibt zurückgestellt. Die Depotprobleme sind weiterhin ungelöst.
Nr. 6.12.09	Ersatzinvestition/Auflösung Einmietungen für Arbeitsplätze Beseitigung der unbefriedigenden Arbeitsplatzverhältnisse gemäss GPK-Bericht vom 9. Mai 2001. LRV Herbst 2005 (Federführung BUD / Hochbauamt).		Der Museumsneubau bleibt zurückgestellt. Die Arbeitsplatzprobleme sind weiterhin ungelöst.
Nr. 6.13	Archäologie / Kantonsmuseum		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Erhöhung der Effizienz aller Abläufe zur Kompensierung der knappen Mittel und optimierte externe Kommunikation der vielfältigen Leistungen und Resultate der Hauptabteilung Archäologie und Museum.		Zur Effizienzerhöhung und bestmöglichen Mittelnutzung wurde mit IMDAS (siehe Kommentar unter Nr. 6.13.07) der erste Schritt gemacht, um die nachhaltige Pflege des Kulturgutes, insbesondere der Sammlungen, sicherzustellen.
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Sanierung kantonseigener Ruinen An der Burgruine Homburg stehen dringende Sanierungsarbeiten an. Die Richtofferte eines Experten wird erwartet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ca. 0.5 Mio.	Für die Ruinen Homburg und Pfeffingen konnten in 2006 Notmassnahmen zur Beseitigung der schlimmsten, die Sicherheit der Besuchenden gefährdenden Schäden eingeleitet werden. Eine Vorlage an den Landrat, welche die gesamte Problematik der Ruinen behandelt und die Prioritäten formuliert, ist in Arbeit.

Nr. 6.13.05	Neue Sonderausstellung Im Herbst 2006 wird eine neue grosse Sonderausstellung in Kooperation mit anderen Häusern und kulturellen Institutionen eröffnet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Finanzierung über laufendes Budget	Die neue grosse Sonderausstellung "Voll Fett" wurde im Herbst 2006 wie geplant eröffnet.
Nr. 6.13.07	Einführung einer Datenbank Ein System zur Verwaltung der Sammlungen, zur Dokumentation und Archivierung soll eingeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.09 Mio.	Das Dokumentations- und Archivierungssystem IMDAS wurde im Jahr 2006 in Teilbereichen implementiert. Plangemäss werden die restlichen Umsetzungsschritte im Jahr 2007 vollzogen.
Nr. 6.13.08	Sammlungen des Kantonsmuseums Für eine längerfristige fachgerechte Unterbringung der Sammlungen des Kantonsmuseums in Muttenz und in Frenkendorf wird ein Konzept erarbeitet. Damit soll eine weitere Gefährdung des Sammlungsgutes verhindert werden.		Das Konzept zur zukünftigen Unterbringung der Sammlungen wurde erarbeitet und ist integraler Bestandteil des Projektes "Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung" des Hochbauamtes.
Nr. 6.14	Kantonsbibliothek		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Die BKSD möchte die neue Kantonsbibliothek als sozialen und kulturellen Treffpunkt in der Öffentlichkeit etablieren und deren Profil als Kulturveranstalter umsetzen.		
Nr. 6.14.03	Einzelne Massnahme Kulturveranstalter Bibliothek Entwicklung und Umsetzung eines Programms als Kulturveranstalter. Bespielen des neuen Hauses.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.015 Mio.	Erste Schritte zur Etablierung als Treffpunkt und zur Profilierung als Kulturveranstalter waren erfolgreich.
Nr. 6.14.04	Leitbild Baselbieter Bibliotheken Das bestehende Leitbild der Baselbieter Bibliotheken läuft im Jahre 2006 aus und muss aktualisiert werden. Einführung des Bibliothekspasses beider Basel.		Das bestehende Leitbild wurde durch die "akzente" ersetzt und von der Regierung am 12. September 2006 verabschiedet.
Nr. 6.15	Kulturförderung		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Die Arbeiten an einem neuen Kulturfördergesetz werden weiter voran getrieben.		

Nr. 6.15.05	Einzelne Massnahme Kulturpolitisches Verhältnis Kanton - Gemeinden / Partnerschaft BS / BL Das Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden soll im Kontext des Teilprojektes 4 Kultur der Partnerschaftsverhandlungen BS / BL evaluiert werden. Die Gemeinden sollen - unter Berücksichtigung des Postulats im Partnerschaftsbericht und auf der Basis der Bestimmungen in der Kantonsverfassung - mittelfristig in die Abgeltung von kulturellen Zentrumsleistungen in Basel einbezogen werden.		Die im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen beauftragte Arbeitsgruppe Kultur hat eine Analyse über die Nutzung der baselstädtischen Kulturinstitutionen durch die Baselbieter Bevölkerung erstellt. Zudem wurden - mit Blick auf eine gemeinsame Trägerschaft für das Theater Basel ab 2010 - erste Grundlagen für einen Finanzierungs- und Verteilungsschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden erarbeitet. Die Arbeit wird 2007 fortgesetzt.
Nr. 6.15.06	Revision des Kulturförderungsgesetzes aus dem Jahre 1963 Das bestehende Gesetz über die "Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen" (GS 22.440 / SGS 366) soll an die bestehende Kulturförderstruktur angepasst und nach den WoV-Kriterien neu formuliert werden (Motion2003 / 090).		Die Grundlagen für das neue Kultugesetz sind erarbeitet; eine von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eingesetzte Arbeitsgruppe hat eine erste Arbeitsphase abgeschlossen. Die Arbeit wird 2007 fortgesetzt.

Teil Sport

Nr. 6.16	Sport	↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Bewegung und Sport: Das Konzept definiert die Bewegungs- und Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft und beinhaltet sechs Hauptziele. Infrastruktur: Das Konzept KASAK 2 beinhaltet die Weiterführung der kantonalen Sportanlagenpolitik. Mit dem zur Verfügung stehenden Verpflichtungskredit können die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden. EURO 2008 Basel: Für die Region Basel bietet diese weltweit drittgrösste Sportveranstaltung eine einzigartige Plattform für Standortförderung und Imagewerbung.	

Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Konzept für Bewegung und Sport Das "Konzept für Bewegung und Sport" mit gezielten Massnahmen für bisher Bewegungsinaktive, übergewichtige Kinder und Jugendliche sowie diversen Aktivitäten im Schulsport, Pilotversuch eines lokalen Bewegungs- und Sportnetzes wird schrittweise umgesetzt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 020 Total: Fr. 1.12 Mio. für die Jahre 2005 - 2008 (Konto 2590.317.90) Budget 2005: Fr. 0.28 Mio. Budget 2006: Fr. 0.28 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.28 Mio.	Die gezielte Umsetzung des Konzeptes für Bewegung und Sport wurde an die Hand genommen. Zahlreiche Projekte, primär in den Bereichen Gesundheit und Bildung, wurden vorbereitet und werden ab Januar 2007 schrittweise lanciert werden. Das Schwergewicht liegt in der Aktivierung der bisher Bewegungsinaktiven, doch auch die bereits Bewegungsaktiven sollen von verschiedenen Projekten profitieren.
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Hauptpriorität im Jahr 2006 hat die Erstellung von diversen Kunstrasenspielfeldern, damit die Fussballklubs möglichst viele Fussball interessierte Kinder und Jugendliche, welche bis jetzt auf einer Warteliste registriert waren, aufnehmen können. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 173 Total: Fr. 12 Mio. für die Jahre 2005 - 2009 (Konto 2590.562.10) Budget 2005: Fr. 2.4 Mio. Budget 2006: Fr. 2.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.4 Mio. (Investitionsbeitrag)	Im Jahr 2006 genehmigte der Regierungsrat Kantonsbeiträge in der Höhe von 2.966 Mio. Franken an zehn Sportanlagenprojekte von kantonaler oder überkommunaler Bedeutung. Wie es der Regierungsrat angekündigt hatte, lag das Schwergewicht auf der Erstellung von Kunstrasenspielfeldern. Die Jahres tranche fiel höher aus als budgetiert, doch im Jahr 2005 waren noch keine Mittel aus dem Verpflichtungskredit beansprucht worden.

Nr. 6.16.07	EURO 2008 Basel Eine bikantonale Projektorganisation ist für die Vorbereitung und Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing zuständig. Die im Fachbereich Standortmarketing notwendigen Massnahmen umfassen im Jahr 2006 u. a. den Aufwand für eine proaktive Angebotsgestaltung, die Erarbeitung eines Masterplans für die geografische Ausbreitung des Anlasses, eine Zielgruppen übergreifende Dachkommunikation, touristische Destinationswerbung, eine frühzeitige Vermarktung und eine Sensibilisierung der Bevölkerung der Region. Eine erste Landratsvorlage an das Parlament erfolgt im Sinne eines Projektierungskredites im Sommer 2005 und betrifft lediglich das Projektbudget in der Projektierungsphase 2006. Im Jahr 2006 ist eine zweite Landratsvorlage zu erstellen. Darin werden die gesamten Kosten (inklusive Investitionen) für die Umsetzungsphase in den Jahren 2007 - 2009 dargestellt werden. Vorderhand RRB 2005 / 1001 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: Fr. 0.358 Mio. für das Jahr 2006 Budget 2005: Fr. 0.05 Mio. (Lotteriefonds) Budget 2006: Fr. 0.358 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.358 Mio. (ausserhalb Saldo BKSD)	Die Vorbereitungen für die Planung, die Organisation und die Durchführung der EURO 2008 in Basel konnten in der bikantonalen Projektorganisation weiter vorangetrieben werden. Die Erstellung der Parlamentsvorlage mit den Gesamtkosten für die Region Basel nahm mehr Zeit als erwartet in Anspruch. Die Landratsvorlage lag erst Ende 2006 vor. Erfolgreich abgeschlossen werden konnten die Verhandlungen über die Vereinbarung mit der UEFA und der Euro 2008 SA. Die so genannte Host City Charta lag im Dezember 2006 unterschiftsbereit vor. In dieser sind die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den Austragungsorten der EURO 2008, der UEFA und der Euro 2008 SA geregelt.
-------------	---	---	--

Teil 7 Landeskanzlei (LAKA)

Zitat

"Die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung wirksam unterstützen!"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Landeskanzlei

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten.

Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen ist eine weitere Kernaufgabe der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 7.01.01	Einzelne Massnahme Überprüfung der Dienstleistungen für den Landrat Die landrätliche Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" hat die Regelungen und die Instrumente des seit 1995 geltenden Landratsgesetzes und der Geschäftsordnung und insbesondere auch die Dienstleistungen der Parlamentsdienste im Lichte der gemachten Erfahrungen und der möglichen künftigen Entwicklungen überprüft und dem Landrat einen entsprechenden Bericht vorgelegt. Die vom Landrat in der Folge beschlossenen Änderungen und Ergänzungen der Landratsgesetzgebung werden zum Teil bereits im Jahr 2006 umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehraufwand durch erhöhte Fraktionsentschädigung 0.112 Mio. (Konto 1005.365.90)	Die Umsetzung ist erfolgt.
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Betrieb und Ausbau des Guichet virtuel Die Internet-Plattform Guichet virtuel von Bund, Kantonen und Gemeinden ist in den Dauerbetrieb überführt worden und soll weiter ausgebaut werden. Allerdings haben sich nicht alle ursprünglich gehegten Erwartungen erfüllen lassen. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft soll weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden anwenderorientiert und kostenbewusst ausgebaut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.043 Mio. (Konto 2005.318.81)	Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 - 2010 ist am 14. 11. 2006 durch den Regierungsrat unterzeichnet worden (Kosten: maximal Fr. 21'407.- pro Jahr).

Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 7.03.02	Einzelne Massnahme Realisierung des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs Mit dem Um- und Ausbau des Staatsarchivs in Liestal soll die infrastrukturelle Voraussetzung für die sichere und fachgerechte Langzeitaufbewahrung und die benutzerfreundliche Konsultation der archivierten Unterlagen geschaffen werden. Mittels eines neu konzipierten Kulturgüterschutzraumes soll zudem ein Totalverlust von Kulturgut durch Feuer oder Wasser möglichst verhindert werden. Der 2005 begonnene Um- und Ausbau soll 2006 weitergeführt werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB vom 10.6.2004 Total: Fr. 14'730'000.- (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 970'000.- Budget 2005: Fr. 2'500'000.- Budget 2006: Fr. 6'300'000.-	Der Um- und Ausbau erfolgt programmgemäss. Die Eröffnung ist am 26. 6. 2007.
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.	↓ Amtsbericht 2006

Nr. 7.04.01	Einzelne Massnahme Umsetzung der neuen Vereinbarung über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz Die Arbeit im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz soll wirkungsvoller werden. Vor allem soll auch die Vertretung von Interessen der Nordwestschweiz gegenüber Bundesbern intensiviert werden. Wichtige Geschäfte der Konferenz der Kantonsregierungen sollen durch den Arbeitsausschuss und eine ständige Arbeitsgruppe der Nordwestschweizer Regierungskonferenz vorbesprochen und optimal koordiniert werden.		Die Umsetzung ist erfolgt.
Nr. 7.04.02	Erarbeitung einer neuen Vereinbarung über den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis Die bestehende Vereinbarung (BS, BL, AG, SO, JU, Regio Basiliensis) läuft Ende 2006 aus. Eine neue Vereinbarung soll auch die Bereiche Sekretariat der Oberrheinkonferenz, die Dreiländerkongresse und das Forum Junior einschliessen. In Zusammenarbeit mit Vertretern der anderen Nordwestschweizer Kantone und auf der Basis einer Evaluation gegenwärtiger Stärken und Schwächen der Kooperationsstrukturen sind konkrete Vorschläge für die zukünftige Aufgabenwahrnehmung und die Ausrichtung dieser Strukturen zu erarbeiten.		Die neue Vereinbarung für die Jahre 2007 - 2010 ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.
Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 7.05.01	Einzelne Massnahme Erllass einer Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte Das Gesetz über die politischen Rechte ist zu evaluieren und in verschiedenen Teilen neueren Entwicklungen anzupassen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschehen. Das teilweise revidierte Gesetz soll ermöglichen, Volkswahlen und -abstimmungen reibungslos und in Zukunft mit möglichst etwas verringertem administrativem Aufwand durchführen zu können. Wenn möglich soll die Teilrevision im Hinblick auf das Wahljahr 2007 rechtzeitig in Kraft treten.		Die Teilrevision ist am 1. 10. 2006 in Kraft getreten.

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2006 des Regierungsrates.

Liestal, 30. Januar 2007

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat im Jahr 2006 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet:

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/004	Interpellation von Rudolf Keller vom 12. Januar 2006: Dürfen die Finanzverwaltung und der Finanzdirektor des Kantons Basel-Landschaft ergangene Gerichtsentscheide negieren?	beantwortet	12/01/2006
2006/003	Interpellation von Eugen Tanner vom 12. Januar 2006: Eigenmächtiger Steuervogt?. Schriftliche Antwort vom 12. Januar 2006	erledigt	12/01/2006
2006/006	Interpellation der FDP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Wann kommt endlich die H2? Irrungen und Wirrungen bei Finanzierung und Agglomerationsplan.	beantwortet	12/01/2006
2006/005	Interpellation von Georges Thüring vom 12. Januar 2006: H2 und Agglomerationsprogramm Basel.	beantwortet	12/01/2006
2005/068	Interpellation von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Einsprachen und Beschwerden. Schriftliche Antwort vom 26. April 2005	erledigt	26/01/2006
2005/103	Interpellation von Thomas de Courten vom 7. April 2005: Geplante Sommersmog-Massnahmen der Bau- und Umweltschutzdirektorenkonferenz bzw. der Regierung des Kantons Basellandschaft. Schriftliche Antwort vom 14. Juni 2005	erledigt	26/01/2006
2005/069	Interpellation von Patrick Schäfli vom 24. Februar 2005: Parkraumbewirtschaftungskonzept Basel-Stadt: Baselbieter unerwünscht. Schriftliche Antwort vom 3. Mai 2005	erledigt	26/01/2006
2005/120	Interpellation von Rudolf Keller vom 21. April 2005: Verkommt Pratteln zum regionalen Einkauf "paradies"?	beantwortet	26/01/2006
2005/133	Interpellation der SP-Fraktion vom 12. Mai 2005: Interessenskonflikte bei Beratungsmandaten. Schriftliche Antwort vom 13. September 2005	erledigt	26/01/2006
2005/147	Interpellation von Esther Maag vom 26. Mai 2005: Umsetzung der Massnahme 1-1 im Luftreinhalteplan beider Basel und Anwendung der Wegleitung "Bestimmung der Anzahl Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Velos/Mofas in den Gemeinden": publikumsintensive Anlagen.	beantwortet	26/01/2006
2005/047	Interpellation von Urs Hintermann vom 3. Februar 2005: Vereinheitlichung Bauvorschriften und Bauverfahren. Schriftliche Antwort vom 26. April 2005	erledigt	26/01/2006
2006/047	Interpellation der FDP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Standortevaluation Bruderholzspital - Mitentscheid des Parlamentes.	beantwortet	16/02/2006
2005/011	Interpellation von Martin Rüegg vom 13. Januar 2005: Schwerverkehrskontrollen. Ergebnisse? Weitere Massnahmen? Schriftliche Antwort vom 12. Mai 2005	erledigt	16/02/2006
2005/137	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Integration von behinderten SchülerInnen. Schriftliche Antwort vom 13. September 2005	erledigt	23/03/2006
2006/008	Interpellation von Esther Maag vom 12. Januar 2006: Fussbälle auf den Augen.	beantwortet	23/03/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/135	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Angebotener Lehrgang Passarelle (BAZ vom 30.4.2005). Schriftliche Antwort vom 20. Dezember 2005	erledigt	23/03/2006
2005/085	Interpellation von Juliana Nufer vom 10. März 2005: Tourismusförderung, Mountainbikestrecken legalisieren. Schriftliche Antwort vom 16. August 2005	erledigt	23/03/2006
2005/191	Interpellation von Remo Franz vom 23. Juni 2005: Wo steht die Wirtschaftsförderung heute? Schriftliche Antwort vom 14. März 2006	erledigt	06/04/2006
2005/238	Interpellation von Sabine Stöcklin vom 8. September 2005: Langfristige Strategie betreffend Medizinische Fakultät, hoch spezialisierte Medizin und Universitätsspital.	beantwortet	06/04/2006
2005/273	Interpellation von Remo Franz vom 20. Oktober 2005: Neue Hoffnung für Ikea und andere Projekte? Schriftliche Antwort vom 29. November 2005	erledigt	06/04/2006
2005/259	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 22. September 2005: Einhaltung der Zahlungsfristen durch den Kanton. Schriftliche Antwort vom 8. November 2005	erledigt	06/04/2006
2005/165	Interpellation von Madeleine Göschke vom 9. Juni 2005: Angemessene Einkommen für Kaderärzte von Kantonsspitalern. Schriftliche Antwort vom 14. März 2006	erledigt	06/04/2006
2005/322	Interpellation von Isaac Reber vom 15. Dezember 2005: Zeit zur Besinnung tut Not - Ausbau Rheinstrasse statt Tunnel H2? Schriftliche Antwort vom 25. Januar 2006	erledigt	27/04/2006
2005/136	Interpellation der Fraktion der Grünen vom 12. Mai 2005: Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer. Schriftliche Antwort vom 30. August 2005	erledigt	27/04/2006
2005/252	Interpellation von Patrick Schäfli vom 8. September 2005: Nebenjobs für Vollzeitangestellte des Kantons: Beim Bund skandalös - wie sieht es im Baselbiet aus? Schriftliche Antwort vom 20. Dezember 2005	erledigt	27/04/2006
2006/030	Interpellation von Madeleine Göschke vom 26. Januar 2006: Instrumentenlandesystem Süd - wie weiter? Schriftliche Antwort vom 28. März 2006	erledigt	27/04/2006
2006/020	Interpellation von Rudolf Keller vom 12. Januar 2006: Die Pannen der Flirt-Züge.	beantwortet	11/05/2006
2006/137	Interpellation von Georges Thüring vom 18. Mai 2006: Krawalle anlässlich des Meisterschaftsspiels FCB - FCZ vom Samstag, 13. Mai 2006.	beantwortet	18/05/2006
2006/054	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 16. Februar 2006: Verkehrssituation Neuhof Liestal - Bubendorf. Schriftliche Antwort vom 9. Mai 2006	erledigt	18/05/2006
2005/283	Interpellation von Dieter Völlmin vom 27. Oktober 2005: Schwerpunkte von Verkehrsunfällen im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 2. Mai 2006	erledigt	18/05/2006
2005/189	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Jugendliche auf Lehrstellensuche.	beantwortet	18/05/2006
2005/188	Interpellation der SVP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Lehrer schliessen die Schule für die Teilnahme an Gewerkschaftsdemo. Schriftliche Antwort vom 2. Mai 2006	erledigt	18/05/2006
2006/138	Interpellation der FDP-Fraktion vom 18. Mai 2006: Meisterspiel im St. Jakobspark vom 13. Mai 2006.	beantwortet	18/05/2006
2006/019	Interpellation von Bea Fuchs vom 12. Januar 2006: Jugendarbeitslosigkeit. Schriftliche Antwort vom 28. März 2006	erledigt	18/05/2006
2005/241	Interpellation von Urs Hammel vom 8. September 2005: Gefahr der Vogelgrippe Influenza bald auch bei uns?	beantwortet	08/06/2006
2006/053	Interpellation von Helen Wegmüller vom 16. Februar 2006: Vogelgrippe erreicht Europa - ist das Baselbiet gerüstet?. Schriftliche Antwort vom 21. März 2006	erledigt	08/06/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2005/159	Interpellation der FDP-Fraktion vom 9. Juni 2005: Eigenmietwert und Mietkostenabzug - wie weiter? Schriftliche Antwort vom 12. Juli 2005	erledigt	21/09/2006
2006/198	Interpellation von Rita Bachmann vom 7. September 2006: Life Sciences in Muttenz. Schriftliche Antwort vom 12. September 2006	erledigt	19/10/2006
2006/125	Interpellation von Peter Zwick vom 27. April 2006: Fragen zu Kosa-Initiative. Schriftliche Antwort vom 22. August 2006	erledigt	19/10/2006
2006/081	Interpellation von Hanspeter Frey vom 23. März 2006: Belohnt soll werden wer Lernende ausbildet! Schriftliche Antwort vom 22. August 2006	erledigt	19/10/2006
2006/212	Interpellation von Karl Willmann vom 7. September 2006: Life Sciences in der Fachhochschule Muttenz - wurden der Landrat und das Baselbiet getäuscht? Schriftliche Antwort vom 12. September 2006	erledigt	19/10/2006
2006/103	Interpellation von Aldo Piatti vom 6. April 2006: Beitritt der Schweiz zur EU?	beantwortet	02/11/2006
2006/082	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. März 2006: Bildungspolitische Weichenstellungen und ihre Folgen.	beantwortet	02/11/2006
2005/274	Interpellation von Georges Thüning vom 20. Oktober 2005: Beabsichtigte Veränderung der Bezirksgerichts-Struktur.	beantwortet	02/11/2006
2006/018	Interpellation der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Schliessung der Rohner AG in Pratteln? Schriftliche Antwort vom 30. Mai 2006	beantwortet	02/11/2006
2006/105	Interpellation der SVP-Fraktion vom 6. April 2006: Undurchsichtiges Finanzgebaren in der BKSD - zum Zweiten.	beantwortet	02/11/2006
2005/272	Interpellation von Thomas de Courten vom 20. Oktober 2005: Sicherstellung der Gleichbehandlung der Baselbieter KMU-Wirtschaft.	beantwortet	02/11/2006
2005/282	Interpellation der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Polizeireorganisation Sicherheit und Ordnung - Warum keine Vorlage an den Landrat?	beantwortet	02/11/2006
2006/133	Interpellation von Daniela Gaugler vom 11. Mai 2006: Fragen zum Kirchenasyl. Schriftliche Antwort vom 11. Juli 2006	erledigt	02/11/2006
2006/067	Interpellation von Daniel Münger vom 23. Februar 2006: Verwaltungsratsmandat des Wirtschaftsdelegierten des Kantons Basellandschaft.	beantwortet	02/11/2006
2006/142	Interpellation von Rudolf Keller vom 18. Mai 2006: Lücken beim Schwimmunterricht an den Baselbieter Schulen.	beantwortet	02/11/2006
2006/080	Interpellation von Georges Thüning vom 23. März 2006: Konkurs der "Schmidlin AG Fassadentechnologien", Aesch. Schriftliche Antwort vom 30. Mai 2006	erledigt	02/11/2006
2006/056	Interpellation von Ivo Corvini vom 16. Februar 2006: Verwendung von Leichenteilen zur medizinischen Aus-, Weiter- und Fortbildung. Schriftliche Antwort vom 28. März 2006	erledigt	02/11/2006
2005/315	Interpellation von Daniel Münger vom 14. Dezember 2005: Umsetzung flankierende Massnahmen "Bilaterale 2". Schriftliche Antwort vom 17. Januar 2006	erledigt	02/11/2006
2006/141	Interpellation von Madeleine Göschke vom 18. Mai 2006: Dummdumähnliche Spezialmunition für die Polizei?	beantwortet	16/11/2006
2005/272	Interpellation von Thomas de Courten vom 20. Oktober 2005: Sicherstellung der Gleichbehandlung der Baselbieter KMU-Wirtschaft. Schriftliche Antwort vom 21. November 2006	erledigt	30/11/2006
2004/248	Interpellation der Fraktion der Grünen vom 23. September 2004: Uni Basel - quo vadis? Schriftliche Antwort vom 27. Juni 2006 (2006/179)	erledigt	30/11/2006
2006/175	Interpellation von Regula Meschberger vom 22. Juni 2006: Zunahme von Mobilfunkantennen im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 15. August 2006	erledigt	14/12/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/214	Interpellation von Agathe Schuler vom 7. September 2006: Mobilfunk: Kantonale Koordination. Schriftliche Antwort vom 31. Oktober 2006	erledigt	14/12/2006
2006/159	Interpellation von Karl Willmann vom 8. Juni 2006: Energiepolitik, Energieversorgung und Energieproduktion. Schriftliche Antwort vom 24. Oktober 2006	erledigt	14/12/2006
2006/140	Interpellation von Bea Fünfschilling vom 18. Mai 2006: BUD-Stelle Projektleitung / Koordination Sekundarbauten.	beantwortet	14/12/2006
2006/123	Interpellation von Georges Thüring vom 27. April 2006: Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Laufental. Schriftliche Antwort vom 27. Juni 2006	erledigt	14/12/2006
2006/079	Interpellation von Hanni Huggel vom 23. März 2006: Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (Langsamverkehr) im Rahmen der Agglomerationsprogramme. Schriftliche Antwort vom 30. Mai 2006	erledigt	14/12/2006

Erläuterungen

beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates
erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2006/021	Schriftliche Anfrage von Annemarie Marbet vom 12. Januar 2006: Tätigkeitsgebiet und Arbeit des Besonderen Untersuchungsrichteramtes für Wirtschaftsdelikte und für Delikte im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität (BUR).	12/01/2006
2006/068	Schriftliche Anfrage von Ruedi Brassel vom 23. Februar 2006: Razzia im Notzentrum für abgewiesene Asylbewerber.	23/02/2006

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.	
2006/255	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 19. Oktober 2006: Sonnenkollektoranlage in der Gemeinde Blauen.

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/002	Bericht der Landeskanzlei vom 10. Januar 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 12. Januar 2006.	alle Fragen (5) beantwortet	12/01/2006
2006/039	Bericht der Landeskanzlei vom 14. Februar 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 16. Februar 2006.	alle Fragen (7) beantwortet	16/02/2006
2006/096	Bericht der Landeskanzlei vom 4. April 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 6. April 2006.	alle Fragen (5) beantwortet	06/04/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2006/131	Bericht der Landeskanzlei vom 9. Mai 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 11. Mai 2006.	alle Fragen (3) beantwortet	11/05/2006
2006/223	Bericht der Landeskanzlei vom 19. September 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 21. September 2006.	alle Fragen (7) beantwortet	21/09/2006
2006/259	Bericht der Landeskanzlei vom 31. Oktober 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 2. November 2006.	alle Fragen (8) beantwortet	02/11/2006
2006/300	Bericht der Landeskanzlei vom 28. November 2006: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 30. November 2006.	alle Fragen (13) beantwortet	30/11/2006

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2006 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/056	Motion von Justiz- und Polizeikommission vom 24. Februar 2005: Lancierung einer Standesinitiative für die Strafbarkeit des Konsums von Kinderpornographie und anderer verbotener Pornographie.	abgeschrieben; überwiesen	12/01/2006	2005/265
2002/282	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. November 2002: Fremdplatzierung von Kindern in Gastfamilien.	abgeschrieben; Mot als Postulat (modifiziert) überwiesen	26/01/2006	2005/150
2005/117	Postulat von Rudolf Keller vom 21. April 2005: Für eine gedeihliche Entwicklung von Pratteln.	überwiesen und abgeschrieben	26/01/2006	
2004/310	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Ausbildungsdarlehen statt Stipendien.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	26/01/2006	2005/249
2005/115	Postulat von Rita Bachmann vom 21. April 2005: "Neues Leben in Pratteln West".	überwiesen und abgeschrieben	26/01/2006	
1999/202	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal.	abgeschrieben; überwiesen	16/02/2006	2005/179
2004/130	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Alterslimiten bei politischen Ämtern im Kanton BL.	abgeschrieben; überwiesen	16/02/2006	2005/263
2003/236	Postulat von Hildy Haas vom 16. Oktober 2003: Schaffung eines direktionsübergreifenden Publikationsorgans für die Kantonsverwaltung Baselland.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	16/02/2006	2005/305
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein.	abgeschrieben; überwiesen	16/02/2006	2005/299
2005/088	Verfahrenspostulat von Ruedi Brassel vom 10. März 2005: Schriftliche Begründung bei gleichzeitiger Überweisung und Abschreibung von Postulaten und Motionen.	abgeschrieben; überwiesen	16/02/2006	2006/022

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/185	Postulat von Remo Franz vom 23. Juni 2005: Ohne Infrastrukturen keine Arbeit!	überwiesen und abgeschrieben	23/02/2006	
2002/281	Motion von Fredy Gerber vom 14. November 2002: Konzept zur Einführung von Schnellrichterinnen und Schnellrichtern gegen die Massenkriminalität, insbesondere gegen den Drogenhandel.	abgeschrieben; überwiesen	23/02/2006	2005/243
2004/068	Motion von Heinz Aebi vom 18. März 2004: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte.	abgeschrieben; überwiesen	23/03/2006	2005/312
2004/208	Motion von Madeleine Göschke vom 9. September 2004: Zwei neue Grossspitäler auf engstem Raum?	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2005/250
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2005/250
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung.	abgeschrieben; überwiesen	06/04/2006	2005/250
2004/090	Motion der FDP-Fraktion vom 1. April 2004: Kooperationsmodell zur Erhaltung der medizinischen Fakultät.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/04/2006	2005/250
2003/235	Postulat von Sabine Stöcklin vom 16. Oktober 2003: Regulierung medizinischer Grossgeräte.	abgeschrieben; überwiesen	06/04/2006	2005/250
2002/229	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat.	abgeschrieben; überwiesen	06/04/2006	2005/250
2005/005	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. Januar 2005: Einsitz eines Jugendlichen Bildungsrat.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2006/072
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2005/250
2002/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2005/250
2002/183	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/04/2006	2005/250
2005/131	Postulat von Agathe Schuler vom 12. Mai 2005: Projekt ILS 34.	abgeschrieben; überwiesen	27/04/2006	2006/083
2004/026	Postulat von Jürg Wiedemann vom 5. Februar 2004: Verkehrserziehung auch für Unverbesserliche.	abgeschrieben; überwiesen	27/04/2006	2006/084

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/129	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Mai 2005: Beschränkung der Tiefflüge über das Birs- und das Leimental nach Einführung des Instrumentenlandesystems Süd.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	27/04/2006	2006/083
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr.	abgeschrieben; überwiesen	27/04/2006	2006/085
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz.	abgeschrieben; überwiesen	11/05/2006	2005/193
2006/045	Motion von Rudolf Keller vom 16. Februar 2006: Zusatzkredit zum H2-Verpflichtungskredit.	abgeschrieben; überwiesen	11/05/2006	2006/093
2005/321	Postulat der Parlamentarischen Gruppe Sport vom 15. Dezember 2005: Konzept Sport und Umwelt.	abgeschrieben; überwiesen	18/05/2006	2006/109
2003/120	Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Aufhebung des Verkehrsteuerrabattes.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/05/2006	2006/034
2004/204	Motion der FDP-Fraktion vom 9. September 2004: Finanzierungsmodelle unter teilweiser Aufhebung des Verkehrssteuerrabattes für die Realisierung der H2 Pratteln - Liestal.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	18/05/2006	2006/034
2004/203	Motion von Peter Holinger vom 9. September 2004: Schnelle Realisierung der H2 Pratteln - Liestal.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	18/05/2006	2006/034
2004/101	Motion von Patrick Schäfli vom 22. April 2004: Unverzögliche Realisierung der H2 zwischen Pratteln und Liestal.	abgeschrieben; überwiesen	18/05/2006	2006/034
2005/059	Postulat von Patrick Schäfli vom 24. Februar 2005: Zweckbindung für Verkehrsabgaben.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/05/2006	2006/034
2003/119	Postulat von Urs Hintermann vom 22. Mai 2003: Anpassung des Verkehrssteuer-Rabatts.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	18/05/2006	2006/034
2004/061	Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2004: Reaktivierung der Task Force "Adtrans / Bombardier".	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2003/311	Motion der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Förderabgabe zur Finanzierung der sich aus dem Energiegesetz ergebenden finanziellen Verpflichtungen.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/042
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2002/191	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotenzial der BL-Spitäler nutzen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/06/2006	2006/041
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2003/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der neue Lohnausweis, Kampf gegen die Bürokratie im KMU-Bereich.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub".	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2003/145	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Beseitigung der gefährvollen Einfahrt Reichensteinerstrasse in die Baselstrasse, Reinach.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2005/112	Postulat von Hannes Schweizer vom 21. April 2005: Ausnahmegewilligung für die Gemeinde Lauwil zur Erhaltung des Kindergartens Schuljahr 2005/2006.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/042
2005/030	Verfahrenspostulat von Karl Willmann vom 20. Januar 2005: Fumoir und Fitnessraum / -parcours im Regierungsgebäude.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	08/06/2006	2006/042
1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen).	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/06/2006	2006/041
2004/103	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. April 2004: Zusammenlegung Veterinäramt BL und Kantonales Veterinäramt BS (Zum Partnerschaftsbericht).	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2005/288	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. November 2005: Qualitätssicherung auf Niveau A der Sekundarschule.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/042
2005/037	Motion von Juliana Nufer vom 3. Februar 2005: KISS-Studie (Kinder und Jugend Sport Studie) an der Grundschule ab September 2005.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	08/06/2006	2006/042
2002/250	Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
1998/197	Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2003/239	Postulat von Thomi Jourdan vom 16. Oktober 2003: Sicherung des gefährvollen Tramüberganges Rennbahnkreuzung in Muttenz.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2003/150	Postulat von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Tramübergang Reichensteinerstrasse Reinach.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/06/2006	2006/041
2003/297	Postulat der VGK vom 27. November 2003: Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2004/288	Postulat von Karl Willmann vom 11. November 2004: Rheinstrasse Liestal - Pratteln: Stauprobblem kann entschärft werden!	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/042
2004/008	Postulat von Christoph Rudin vom 22. Januar 2004: Schwimmzentrum beider Basel.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/041
2004/272	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Sichtbare Budgetierung der Abteilung Gesundheitsförderung.	abgeschrieben; überwiesen	08/06/2006	2006/042
2002/193	Motion von Madeleine Göschke vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabakwaren.	abgeschrieben; überwiesen	22/06/2006	2005/004

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2003/149	Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/06/2006	2006/086
2005/044	Motion der FDP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Verwendung des Kantonsanteils aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank für Schuldentilgung!	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/06/2006	2006/086
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher.	abgeschrieben; überwiesen	22/06/2006	2005/004
2002/194	Motion von Agathe Schuler vom 5. September 2002: Werbeverbot für Tabak und Alkoholgetränke auf Plakatwänden.	abgeschrieben; überwiesen	22/06/2006	2005/004
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/09/2006	2006/110
2005/181	Motion der SVP-Fraktion vom 22. Juni 2005: Für einen sofortigen, ausgleichenden Steuerrabatt.	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	21/09/2006	
2004/210	Postulat von Jürg Wiedemann vom 9. September 2004: Steuerfreies Einkommen unter dem Existenzminimum.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
2005/095	Postulat von Madeleine Göschke vom 7. April 2005: Krankenkassenprämienverbilligung direkt an die Versicherungen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/162
2001/155	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
2002/301	Postulat von Urs Wüthrich vom 28. November 2002: Steuerbelastung der Rentnerinnen und Rentner - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
2005/184	Motion von Jürg Wiedemann vom 23. Juni 2005: Umsetzung des Bundesgerichtsurteils zum Eigenmietwert und Mietkostenabzug.	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	21/09/2006	
2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten.	abgeschrieben; mit Änderungen überwiesen	21/09/2006	2006/108
2004/268	Postulat der SP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Anpassung der Richtprämien.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	21/09/2006	2006/162
2002/299	Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Kinderabzug vom Steuerbetrag.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2002/306	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. November 2002: 600 Franken Kinderabzug vom Steuerbetrag.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
2003/111	Postulat von Peter Meschberger vom 8. Mai 2003: Vereinfachung des Verfahrens für Steuererlassgesuche von Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/147
2005/161	Motion der SP-Fraktion vom 9. Juni 2005: Steuerliche Entlastung - sozial ausgestaltet.	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	21/09/2006	
2005/158	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 9. Juni 2005: "Vollzug Bundesgerichtsurteil ohne Steuererhöhung".	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	21/09/2006	
2004/129	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 27. Mai 2004: Steuererleichterungen für Familien.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
2005/027	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Strukturreform der Verwaltung (im Zusammenhang mit GAP).	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/147
2002/146	Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Gezielte Steuerentlastung für AHV-Rentnerinnen und- Rentnern mit kleinem Einkommen.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
2004/312	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Abschluss des Projektes zur Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV).	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/147
2005/023	Postulat von Regula Meschberger vom 20. Januar 2005: Steuerabzug für die Personen, die schwer kranke, behinderte oder betagte Menschen zu Hause pflegen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
2004/271	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Neuordnung der Krankenversicherungs-Prämienverbilligung zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/162
2004/106	Postulat von Jürg Wiedemann vom 22. April 2004: Einkommen unterhalb des Schwellenwertes.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/108
1998/153	Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/09/2006	2006/108
2005/006	Postulat von Hanni Huggel vom 13. Januar 2005: Schulung für Menschen, die freiwillig als Vormund oder Beistand in den Gemeinden arbeiten.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/146

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2001/228	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung.	abgeschrieben; überwiesen	21/09/2006	2006/147
2003/017	Postulat von Remo Franz vom 23. Januar 2003: Wie kommen die staatlichen Dienstleistungen an?	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/10/2006	2006/043
2004/329	Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge - Jetzt braucht es konkrete Schritte!	abgeschrieben; überwiesen	19/10/2006	2006/037
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes.	abgeschrieben; überwiesen	02/11/2006	2006/182
2005/223	Motion von Ursula Jäggi vom 8. September 2005: Das Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer sei dahingehend zu ändern, dass in eingetragener Partnerschaft lebende Personen von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit sind.	abgeschrieben; überwiesen	02/11/2006	2006/163
2002/197	Postulat von Eric Nussbaumer vom 5. September 2002: Statistische Auswertung der kantonalen Beschaffung.	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	16/11/2006	2005/111
2005/042	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 3. Februar 2005: Parlamentarische Oberaufsicht über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB).	abgeschrieben; überwiesen	16/11/2006	2006/183
2004/289	Postulat von Thomas Schulte vom 11. November 2004: Öffentliche Beschaffungen: Schwellenwerte sind auszuschöpfen!	abgeschrieben; überwiesen	16/11/2006	2005/111
2002/200	Postulat von Patrick Schäfli vom 5. September 2002: Öffentliche Beschaffungen im Baselbiet.	abgeschrieben; überwiesen	16/11/2006	2005/111
2004/319	Postulat von Anton Fritschi vom 8. Dezember 2004: Partnerschaftliche Geschäfte mit Basel-Stadt - Wie weiter?	abgeschrieben; überwiesen	13/12/2006	2006/179
2002/252	Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung.	abgeschrieben; überwiesen	13/12/2006	2006/179
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft.	abgeschrieben; überwiesen	13/12/2006	2006/179
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980.	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	13/12/2006	2006/196
2004/099	Motion der SP-Fraktion vom 22. April 2004: Zukunftssicherung der Universität (beider) Basel - der Kanton Basel-Landschaft muss zur gemeinsamen Trägerschaft schreiten.	abgeschrieben; überwiesen	13/12/2006	2006/179

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben
abgeschrieben; überwiesen = am angegebenen Datum abgeschrieben; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1997/132	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung.	2006/165
1998/036	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen.	2005/300
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein.	2006/165
1999/198	Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden.	2005/300
1999/245	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik.	2006/177
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental.	2006/278
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen.	2006/177
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz).	2005/174
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide.	2005/002
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion.	2006/177
2001/296	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt.	2005/300
2002/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion III" Konsequente Umsetzung § 35 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes.	2005/300
2002/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: "Stopp der Kostenexplosion VI" Hoher Standard für Bauten und Anlagen.	2005/021
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parc Reinach und ähnlich gelagerter Projekte.	2006/177
2002/303	Motion der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Schuldenbremse.	2005/300
2003/237	Postulat der FDP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Evaluation der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann.	2006/166
2004/051	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Aktive Vertretung der beiden Basel in Bern.	2006/310
2004/139	Motion der FDP-Fraktion vom 10. Juni 2004: Standesinitiative für die Aufhebung des Planungsstopp bei der Bahn 2000, 2. Etappe (3. Juradurchstich Wisenberg).	2006/296
2004/194	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Erfahrungsgruppen.	2006/193
2004/196	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenzugang / Gebühren.	2006/193
2004/197	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikleitbild.	2006/193
2004/198	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Informatikorganisation und -koordination.	2006/193

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2004/199	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Verbesserung der gesamtschweizerischen Informatikkoordination.	2006/193
2004/207	Postulat von Madeleine Göschke vom 9. September 2004: Massnahmen gegen Kinderpornographie.	2006/242
2004/214	Postulat von Karl Willmann vom 9. September 2004: Motorfahrzeugkontrolle: Warum keine Zusammenarbeit mit den Privaten?	2006/188
2004/315	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Beseitigung von Doppelspurigkeiten im Datenschutz.	2006/187
2005/009	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Januar 2005: "Verfahren vor Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht".	2006/262
2005/026	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Kostengünstiger Betrieb von ARA (im Zusammenhang mit GAP).	2006/136
2005/222	Postulat von Regula Meschberger vom 8. September 2005: Anpassung des Rheinhafengesetzes.	2006/165
2005/229	Postulat von Romy Anderegg vom 8. September 2005: 175 Jahre Kanton Baselland: Mit neuem Schwung in ein Jubiläum!	2006/282

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden.	01/06/1992
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.).	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen.	15/01/1996
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen.	14/05/1998
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien.	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags.	30/11/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton.	11/01/2001
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget.	14/11/2002
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung.	06/02/2003

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse.	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel.	04/09/2003
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge.	30/10/2003
2002/308	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung.	30/10/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen.	30/10/2003
2002/310	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Verrechnungsmöglichkeit von betrieblichen Verlusten mit Grundstückgewinnen.	30/10/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg.	13/11/2003
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes.	27/05/2004
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen.	09/09/2004
2003/234	Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden.	23/09/2004
2004/195	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz.	14/10/2004
2005/083	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. März 2005: Effilex: Aufhebung des Landratsbeschlusses betreffend Bergwerkseigentum.	17/11/2005
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge.	17/11/2005

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen.	26/04/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen.	31/05/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen.	05/09/2002
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter.	28/11/2002
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung.	28/11/2002
2002/285	Postulat von Peter Zwick vom 14. November 2002: "Raum der Stille" in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Liestal.	10/04/2003
2003/192	Postulat von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: In Würde sterben - auch im Spital!	01/04/2004
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen.	01/04/2004
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtraucher.	13/01/2005

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen.	08/09/2005
2005/230	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Neue Arbeitsplätze für Pratteln sichern!	20/10/2005

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel.	02/02/1987
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB.	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen.	05/02/1996
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten.	25/09/1997
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam.	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald.	04/03/1999
1999/130	Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen.	11/11/1999
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal.	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental.	06/04/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz.	21/09/2000
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70.	22/02/2001
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung.	05/04/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe.	31/05/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung.	29/11/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim).	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont.	29/11/2001
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse.	10/01/2002
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit.	19/09/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs.	17/10/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben.	12/12/2002
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton.	30/10/2003
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr.	30/10/2003
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob.	15/01/2004
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie).	22/01/2004
2003/221	Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Überprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft.	22/01/2004
2003/196	Postulat von Esther Maag vom 4. September 2003: Ozonwerte.	01/04/2004
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental.	22/04/2004
2003/296	Postulat von Christian Steiner vom 27. November 2003: Änderung der Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen.	22/04/2004
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal.	22/04/2004
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob.	06/05/2004
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel.	14/10/2004
2004/020	Postulat von Rudolf Keller vom 5. Februar 2004: Bericht über die geologische Situation im SBB-Adlertunnel.	25/11/2004
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park.	13/01/2005
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park.	13/01/2005
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009.	13/01/2005
2004/256	Postulat von Georges Thüring vom 14. Oktober 2004: Das Laufental braucht seine Rastplätze!.	03/02/2005
2004/116	Postulat von Esther Maag vom 6. Mai 2004: Neubau BLPK.	03/02/2005
2004/276	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Car-Sharing bei Dienstfahrten der Kantonsverwaltung.	12/05/2005
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien.	12/05/2005
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS.	12/05/2005
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel.	12/05/2005
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob.	12/05/2005

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis.	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht.	27/01/2000
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes.	22/02/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips.	10/01/2002
2002/050	Postulat von Roland Plattner vom 28. Februar 2002: Effektives und effizientes Vernehmlassungsverfahren.	23/01/2003
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman.	23/01/2003
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons.	27/11/2003
2003/282	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren.	22/01/2004
2003/298	Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen.	22/01/2004
2003/280	Postulat von Willy Grollimund vom 13. November 2003: Überholverbot für Lastwagen im Arisdorf - Belchentunnel.	22/01/2004
2004/154	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegen gesetzter Richtung.	23/09/2004
2004/274	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!	24/02/2005
2004/242	Postulat von Patrick Schäfli vom 23. September 2004: Flüssigerer Verkehr in Tunnels: Tempo 100 im Tunnel Arisdorf- und im Belchentunnel.	24/02/2005
2004/302	Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen.	24/02/2005
2004/311	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Effilex.	21/04/2005

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal.	30/11/2000
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion.	30/11/2000
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen.	10/01/2002
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen.	08/05/2003
2004/009	Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft.	06/05/2004

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 2004).	25/11/2004
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	25/11/2004
2004/300	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung.	10/03/2005
2005/025	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Betriebsprüfung Amt für Volksschulen (im Zusammenhang mit GAP).	26/05/2005

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle.	27/10/2005

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II.	02/09/1999

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht.	04/05/2000
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen.	02/11/2000
2003/256	Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 2003: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden.	22/04/2004
2003/313	Motion von Remo Franz vom 10. Dezember 2003: Personalstopp.	22/04/2004

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Änderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe.	29/11/2001
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn.	14/11/2002

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen.	04/03/1999
2002/142	Motion von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Änderung der Zuständigkeit zum Erlass und zur Genehmigung von kantonalen Nutzungsplänen.	10/04/2003
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen).	28/10/2004

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz.	17/12/1998
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen.	18/09/2003

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2004/206	Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schüler.	11/11/2004

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.5 Im Jahre 2006 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/096	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: "GAP 2".	23/02/2006
2005/141	Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden.	23/02/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet.	27/04/2006
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge.	27/04/2006
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien.	11/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung.	11/05/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2006/010	Postulat der SVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Die H2 Pratteln - Liestal jetzt bauen.	18/05/2006
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds.	08/06/2006
2006/099	Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen".	21/09/2006

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/281	Postulat von Thomas de Courten vom 27. Oktober 2005: Aktivierung der Wirtschaftspolitik des Kantons Baselland.	06/04/2006
2005/113	Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen.	06/04/2006
2005/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 20. Oktober 2005: Statt Bruderholz- und Felix Platter- ein neues gemeinsames Bruder Felix-Spital.	06/04/2006
2005/162	Postulat von Georges Thüring vom 9. Juni 2005: Das Baselbiet braucht eine Wachstumsinitiative!	06/04/2006
2005/099	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.	18/05/2006
2005/224	Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald.	08/06/2006
2005/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Mehr Sicherheit in der Region durch eine partnerschaftliche Revision der Hundegesetze.	08/06/2006
2006/027	Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register.	02/11/2006

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck.	26/01/2006
2005/102	Postulat von Esther Maag vom 7. April 2005: Keine Benachteiligung von Energie sparenden Gebäuden.	26/01/2006
2005/116	Postulat von Esther Maag vom 21. April 2005: Ziele der Luftreinhaltepolitik, Anwendung Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz in den Gemeinden, Erweiterung der Ersatzabgabe gemäss § 107 RBG.	26/01/2006
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio.	26/01/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen.	26/01/2006
2005/163	Postulat der BPK vom 9. Juni 2005: Baubewilligungsgebühren.	26/01/2006
2006/064	Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio-S-Bahn nutzen!	06/04/2006
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz.	06/04/2006
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen.	06/04/2006
2005/319	Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen öffentlicher Gebäude.	06/04/2006
2005/235	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkinden - Aesch.	06/04/2006
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung.	06/04/2006
2005/258	Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantonsspital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr.	06/04/2006
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub.	06/04/2006
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel.	27/04/2006
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale.	11/05/2006
2005/233	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Geschäftsbereiche Hochleistungsstrassen.	11/05/2006
2005/269	Postulat von Hannes Schweizer vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen Beschaffungen.	19/10/2006
2005/280	Postulat der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolztal.	16/11/2006
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in MuttENZ.	30/11/2006
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung.	14/12/2006
2006/052	Postulat von Rolf Richterich vom 16. Februar 2006: Einsatz von Erdgasfahrzeugen bei Ersatz und Neubeschaffungen von kantonalen Fahrzeugen.	14/12/2006
2006/077	Postulat von Daniel Wenk vom 23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von Kantonsstrassen.	14/12/2006
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica.	14/12/2006
2006/174	Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentlastung im Ergolztal.	14/12/2006
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes.	14/12/2006

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/100	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 7. April 2005: Ausschaffung Familie Haljiljaj.	16/02/2006
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel.	16/02/2006
2005/098	Postulat der SVP-Fraktion vom 7. April 2005: Effilex: Kündigung der Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte.	16/02/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt.	18/05/2006
2006/013	Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung.	18/05/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion.	18/05/2006
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird.	18/05/2006
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof.	08/06/2006
2006/117	Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebranntem Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680).	02/11/2006
2006/169	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken.	16/11/2006
2006/152	Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr.	16/11/2006
2006/170	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke.	16/11/2006
2006/154	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution.	30/11/2006
2006/156	Postulat von Siro Imber vom 8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung.	30/11/2006

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen.	23/03/2006
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen.	23/03/2006
2006/114	Postulat von Daniel Münger vom 27. April 2006: Lernzentrum Pratteln wie weiter?	27/04/2006
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1.	18/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft.	18/05/2006
2006/046	Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltort.	18/05/2006
2005/186	Postulat von Matthias Zoller vom 23. Juni 2005: Dauerausstellung Trinationaler Lebensraum.	18/05/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kultugesetz.	18/05/2006
2005/255	Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sissach.	18/05/2006
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences.	19/10/2006
2006/206	Postulat der Petitionskommission vom 7. September 2006: Schaffung eines Berufsbildungsfonds.	19/10/2006
2006/015	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Januar 2006: Ausstiegshilfen für jugendliche Konsumierende von Kinderpornografie.	02/11/2006
2006/172	Postulat von Rudolf Keller vom 22. Juni 2006: Handy-Verbot an den Baselbieter Schulen.	02/11/2006
2006/116	Postulat von Georges Thüring vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung.	02/11/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren.	02/11/2006

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/057	Verfahrenspostulat der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 16. Februar 2006: Behandlung von Resolutionen.	11/05/2006
2006/119	Verfahrenspostulat von Patrick Schäfli vom 27. April 2006: Mehr Transparenz für die Öffentlichkeit bei Abstimmungen im Landrat!	02/11/2006
2006/283	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 16. November 2006: Klarheit über Life Sciences-Standort Muttenz.	30/11/2006

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

2.6 In den Jahren 2005 bis 2006 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/080	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 10. März 2005: "Management-Audit bis auf Direktionsebene".	07/04/2005
2005/320	Motion der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Senkung der Staatsquote.	11/05/2006
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge".	11/05/2006

Volkswirtschafts- Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss.	13/01/2005
2006/168	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 22. Juni 2006: Gesetzliche Regelung der privatärztlichen Tätigkeiten an den Kantonsspitalen und deren Abgeltung.	19/10/2006

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	06/04/2006
2006/199	Motion der Petitionskommission vom 7. September 2006: Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen.	19/10/2006

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes.	01/12/2005
2006/132	Motion von Karl Willmann vom 11. Mai 2006: Motorfahrzeugprüfungen im Oberbaselbiet: Transparenz herstellen!	11/05/2006
2006/063	Motion von Ivo Corvini vom 23. Februar 2006: Verfahrensvereinigung mit Gebührenreduktion im Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren.	18/05/2006
2006/050	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Aufhebung der Alterslimite für Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes.	02/11/2006

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat.	03/02/2005
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat.	03/02/2005
2006/025	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 26. Januar 2006: Gesamtkosten Euro 2008.	23/03/2006
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung.	23/03/2006

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Kantonsgericht

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. 12. 2006)

1 Hängige Initiativen

Keine Schulgebühren	
Titel	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005 / 019 (Rechtsgültigkeit am 24. 4. 2005 beschlossen) 2006 / 257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist)

Keine Autobahn im Leimental	
Titel	
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227

Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)	
Titel	
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004

Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 171 (Rechtsgültigkeit am 25. 11. 2004 beschlossen) 2005 / 275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1. 12. 2005 beschlossen)

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
	2003 / 135 (Rechtsgültigkeit 18.9.2003 beschlossen)
Geschäft des Landrats Nr.	2004 / 180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23. 9. 2004 beschlossen) 2005 / 304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12. 1. 2006 beschlossen)

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen)

2 Erledigte Initiativen

Titel	Für eine Schule mit Qualität" (Qualitäts-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'784
Geschäft des Landrats Nr.	- 2006 / 148 (Rechtsgültigkeit) - Vom Landrat am 21. 9. 2006 Rechtsgültigkeit beschlossen, Initiative vom Landrat abgelehnt
Abstimmung am	26. November 2006 (Initiative abgelehnt; 18'090 Ja, 52'738 Nein)
Titel	Unverzöglichen Bau der H2 («Sofort-Bau der H2» - Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	23. Februar 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	9. März 2006
Zustande gekommen (Publikation)	16. März 2006
Anzahl gültige Unterschriften	2'172
Zurückgezogen am	7. September 2006 (Verfügung über Rückzug)
Titel	Bildungsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001(mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003

Anzahl gültige Unterschriften	1'979
	2003 / 272
Geschäft des Landrats Nr.	2003 / 272a (Korrigierte Fassung)
	2005 / 264
Zurückgezogen am	27. Januar 2006 (Verfügung über Rückzug)